



# AIB

Antiimperialistisches Informationsbulletin

2V 7426 E

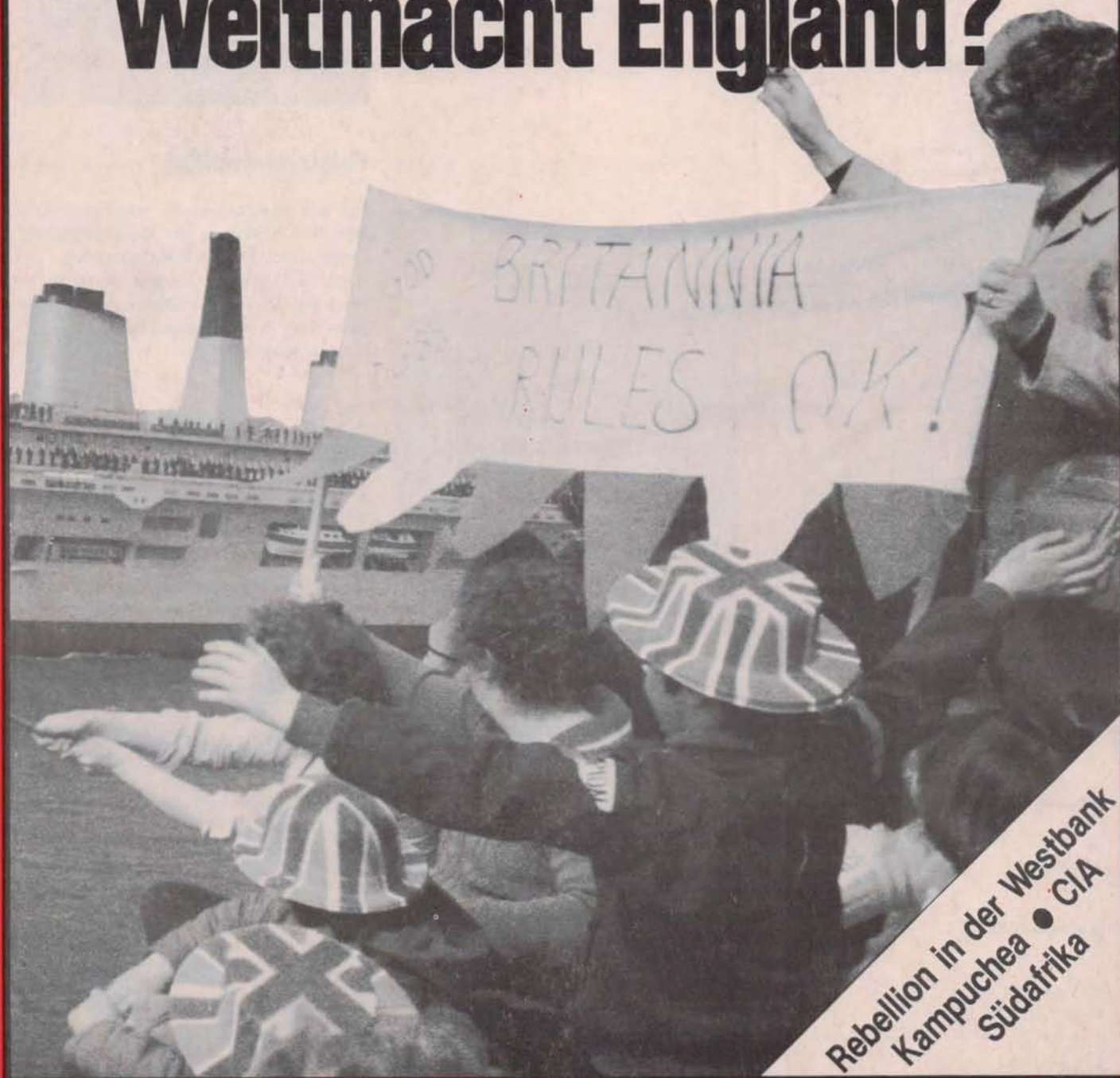
2,50 DM

Juni

6/1982

13. Jahrgang

## Krieg um Falkland Weltmacht England?



Rebellion in der Westbank  
Kampuchea • CIA  
Südafrika

## Inhalt

<b>AIB-Aktuell:</b> Im Jahr der Sanktionen	3
<b>Argentinien – Großbritannien</b> Krieg um Falkland England – Weltmacht ohne Empire?	4 8
<b>Guatemala</b> Interview mit A. M. Albizurez	11
<b>Südafrika</b> Widerstand gegen Botha	12
<b>Südliches Afrika</b> Gespräch mit J. Chissano (Moçambique) Kommuniqué des Frontstaaten-Gipfels Kontaktgruppe blockiert Namibia-Verhandlungen Interview mit R. Ngongo (Angola)	15 16 18 20
<b>Guinea-Bissau</b> Reaktivierung der PAIGC	21
<b>Kampuchea</b> Wilfried Burchett: Vom Widerstand zur Befreiung (1. Teil)	30
<b>Palästina</b> Rebellion in der Westbank	32
<b>Türkei</b> Interview mit F. Rezan: Die Unter- drückung der Kurden	36
<b>USA – dritte Welt</b> CIA nach Vietnam (3. Teil)	39
<b>Rückblick: 20 Jahre FRELIMO</b>	43
<b>Rezensionen: Bücher zu Südafrika</b>	44
<b>Infodienst</b>	45
<b>Kurzinformationen</b>	46
<b>Kommentar:</b> Auch Lügen will gelernt sein	48



## Südafrika

S.12

Dauerkonflikt im Süden Afrikas: Der Widerstand in Südafrika ruht nicht. Blockierte Verhandlungen in der Namibiafrage. Ein neuer Rassistenkrieg gegen Angola droht. Das AIB bringt Überblicke über die aktuelle Lage und die Standpunkte der Beteiligten.

## Rebellion in der Westbank

S.32

Israels Begin-Regierung geht in der Westbank und Gaza aufs Ganze. Sie droht mit Annexion. Sie hat vor, fast 100.000 Israelis neu anzusiedeln. Die Besatzungstruppen machen Jagd auf Palästinenser, aber die Rebellion dauert an.



## Falkland-Konflikt

S.4

Um die Falkland-Inseln wird gekämpft. Seit dem Scheitern der Vermittlungsversuche der Reagan-Administration mit scharfer Munition. Unsere Beiträge beleuchten die Konflikt-Hintergründe. Und sie skizzieren die Grenzen der Weltmachtrolle Großbritanniens.

## Kampuchea

S.30

So gut wie unbekannt war bisher die Geschichte des Widerstands gegen Pol Pots Völkermordregime. Wilfried Burchett, einer der profundesten Indochina-Kenner, recherchierte mehrere Jahre in Kampuchea. Er zeichnete nach, was der zweiten Befreiung vom Januar 1979 vorausging.

## Impressum

Das AIB erscheint monatlich. **Jahresabonnement** (inklusive Porto): Inland 25 DM; Ausland normal 30 DM, Luftpost Europa 35 DM, übrige Länder 50 DM; Förderabos. 50 DM oder mehr. Einzelheft: 2,50 DM, Doppelheft: 4,50 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33 % Ermäßigung

**Anschrift** von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Tel. (06421) 2 46 72

**Konten:** AIB-Weltkreis-Verlag, Postscheckkonto 312093-607, Postscheckamt Frankfurt/M. oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz (BLZ 533 900 00) Nr. 9660

**Herausgeber:** Prof. Dieter Boris, Dr. Wilhelm Breuer, Wolfram Bröner, Dr. Jutta von Freyberg, Werner Stürmann, Mechthild Jansen, Georg Kwiatowski, Herbert Lederer, Uwe Knickrehm, Erich Rudolf, Peter Tanzmeier, Dr. Frank Werkmeister, Prof. Erich Wulff

**Redaktionskollektiv:** Wolfram Bröner (verantw.), Hanne Denk, Rainer Falk, Jürgen Ostrowsky, Ludger Schmitz

**Mitarbeiter:** R. Baben, N. Biver, K. D. Fischer, P. Garcia, P. Grund, M. Hoffmann, C. Klotz, A. Krajczek, H. Mayer, U. Rupp, H. E. Schäfer, G. Schmidt-Bollmann, J. Weber, B. Weng

**Verlag:** Weltkreis Verlags GmbH, Dortmund  
**Druck:** Plambeck & Co., Neuss

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider.

Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion.

Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

**Adressenänderung** bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg und bei der Post bekanntgeben.

**Redaktionsschluß:** 8. 5. 1982

**Anzeigen:** Röderberg Verlag, ISSA, IZ 3W, ASK, Frontal, rote blätter, elan

# AIB-Aktuell: Im Jahr der Sanktionen gegen Südafrika

Über der Diskussion um Sanktionen gegen Polen und die UdSSR, die von der Reagan-Administration Ende 1981 angezettelt wurde, wäre das internationale Sanktionsthema Nr. 1, Südafrika, fast vergessen worden. Immerhin hatte die letzte UN-Vollversammlung das Jahr 1982 zum „Jahr der Mobilisierung für Sanktionen gegen Südafrika“ erklärt.

Während die Länder der Europäischen Gemeinschaft (EG) in der Falkland-Krise eilig zur Unterstützung des britischen Besitzanspruchs einen wirtschaftlichen Boykott Argentiniens beschlossen haben, scheint die umfassende Isolierung des südafrikanischen Apartheidregimes hierzulande weniger denn je zur Debatte zu stehen. Eine Anfrage, die die Anti-Apartheid-Bewegung in Form eines offenen Briefes am 14. April d.J. an Bundespräsident Karl Carstens und Bundeskanzler Helmut Schmidt richtete, wie die Bundesregierung dieses Jahr der Sanktionen gegen Südafrika zu begehen gedenke, blieb bis heute unbeantwortet.

Die Forderungen der internationalen Gemeinschaft nach Sanktionen gegen das Rassistenregime sind bis heute auf den hartnäckigen Widerstand seiner westlichen Unterstützer gestoßen. Sie sind jetzt 20 Jahre alt und nichts destoweniger aktueller denn je.

## Überlebenshelfer der Apartheid: BRD, EG, USA

Zum erstenmal verabschiedete die Vollversammlung der Vereinten Nationen 1962 eine Resolution über Sanktionen gegen Südafrika. Zwei Jahre später, 1965, nahm die UNO eine Konvention über die Beseitigung aller Formen der Rassendiskriminierung an. 1973 erklärte die UN-Vollversammlung in einer weiteren Konvention die Apartheid zum Verbrechen gegen die Menschlichkeit und deklarierte den Zeitraum von 1973-83 zur Kampfdekade gegen Rassismus und Rassendiskriminierung. 1977 verabschiedete der UN-Sicherheitsrat zwar ein verbindliches Waffenembargo gegen Südafrika. Aber dieses hat sich als zu durchlässig erwiesen und bedarf der Ergänzung durch umfassende und bindende, vor allem wirtschaftliche Sanktionen.

Die völkerrechtliche Grundlage hierfür ist lange gegeben, der in Kapitel 7 der UN-Charta („Gefährdung des Weltfriedens“) beschriebene Tatbestand durch Südafrika seit langem erfüllt. Das zeigen die fortgesetzten Überfälle Pretorias auf seine Nachbarstaaten, besonders der Aggressionskrieg gegen Angola (siehe unser Interview mit R. Ngongo in diesem Heft). Aber die Mitgliedsländer der westlichen Kontaktgruppe (USA, BRD, Großbritannien, Frankreich und Kanada), die für sich eine konstruktive Rolle bei der Lösung der Namibiafrage reklamieren, üben sich weiter in Verzögerungs- und Hinhaltenmanövern, mit denen sie dem rassistischen Besatzungsregime die Zeit verschaffen (siehe den Beitrag von H. Mayer).

Besonders in Südafrika selbst konkretisiert sich tagtäglich jener Tatbestand des Verbrechens gegen die Menschlichkeit, der nach der internationalen Ächtung des Regimes verlangt. Die Repression hat in Südafrika – trotz allen Geredes über eine „Reform der Apartheid“ – besonders in jüngster Zeit drastisch zugenommen. Die Beispiele hierfür sind Legion.

Besonderes Interesse erregte der Fall von Dr. Neil Aggett. Er organisierte schwarze Arbeiter in der Nahrungsmittelindustrie und auf weißen Farmen, wurde im November 1981 ohne Angabe von Gründen von der Sicherheitspolizei verhaftet und starb Anfang Februar d.J. in der Haft an den Folgen der Folter. N. Aggett war der erste Weiße, der – wie vor ihm hunderte von Schwarzen – unter mysteriösen Um-



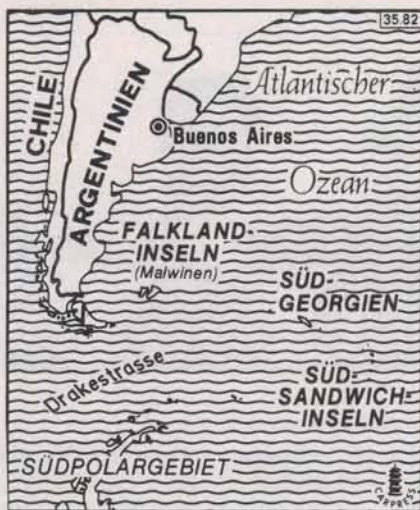
ständen im Gefängnis den Tod fand.

Ein anderer repräsentativer Fall ist der des schwarzen Gewerkschafters Thozamile Gqweta. Ihm widerfuhr innerhalb von 18 Monaten vier Verhaftungen einschließlich Folter, drei Morde an seinen engsten Verwandten und ein verurteilter Mordanschlag auf ihn selbst. Als alle Einschüchterungsaktionen nicht fruchteten, wurde Th. Gqweta im November vergangenen Jahres erneut verhaftet und am 10.2.1982 in die Psychiatrie des Johannesburger Krankenhauses eingeliefert. Neue Foltermethoden hatten aus ihm ein psychisches Wrack, einen gebrochenen Mann gemacht. Südafrikas Polizeiminister kündigte kürzlich vor dem Parlament die Aburteilung aller in der letzten Zeit verhafteten Gewerkschafter in einem einzigen großen Hochverratsprozeß an. Nach südafrikanischen „Gesetzen“ droht ihnen die Todesstrafe.

Der in jeder Hinsicht herausragendste dieser alltäglichen Skandale in Südafrika ist die Anfang April d.J. vom Obersten Appellationsgericht Südafrikas getroffene Entscheidung, die Berufungsanträge von N. Lubisi, P. Mashigo und N. Manana abzulehnen – drei junge Mitglieder des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC), die im November 1980 wegen „Hochverrats“ zum Tode verurteilt worden waren. Ihnen droht der Tod durch den Strang ebenso wie den im August 1981 zum Tode verurteilten ANC-Mitgliedern Tsotsobe, Shabangu und Moise.

Angesichts der so demonstrierten Entschlossenheit des Apartheidstaates, seine Gegner mundtot zu machen, wäre es verhängnisvoll, in der Anfang April 1982 erfolgten Verlegung der ANC-Führer Nelson Mandela, Walter Sisulu u.a. Langzeitgefangener von der berüchtigten KZ-Insel Robben Island in ein Gefängnis nahe Kapstadt irgendein positives Zeichen zu erblicken. Nelson Mandela, Walter Sisulu u.a. befinden sich jetzt seit 20 Jahren ununterbrochen in den Gefängnissen des Rassistenregimes. Diese lange Zeit hat weder vermocht, sie zu brechen, noch sie in der Erinnerung des Volkes auszulöschen. Walter Sisulu z.B., der am 18. Mai d.J. seinen 70. Geburtstag beging, ist nach wie vor der „Mann des Volkes“, als der er in den 40er und 50er Jahren vom einfachen Kontraktarbeiter einer Johannesburger Mine zum Generalsekretär der Bewegung aufstieg.

Seine Frau, Albertina Sisulu, deren 17jährige Bannstrafe soeben abgelaufen war, hielt im Oktober letzten Jahres die Eröffnungsrede eines Treffens von 109 Organisationen in Durban. Das Treffen, das die Boykottkampagne gegen die Wahlen zu dem (scheindemokratischen) Inderrat (vgl. den Beitrag von J. Ostrowsky) organisierte, verabschiedete eine Resolution, in der es heißt: „Die Kämpfe der vergangenen 25 Jahre haben uns davon überzeugt, daß die einzige lebensfähige Alternative zum gegenwärtigen Ausbeutungs- und Unterdrückungssystem ein System ist, das sich auf die Prinzipien der Freiheitscharta gründet.“



Jutta Weber

## Krieg um Falkland

Nach dem Scheitern der Vermittlungsversuche der Reagan-Administration eröffnete Großbritannien Anfang Mai 1982 die Schlacht. Die Bombardierung des Flughafens Port Stanley auf den Falkland-Inseln war der Auftakt. Seit der Versenkung des argentinischen Kreuzers General Belgrano am 3. Mai d.J. ist der Konflikt um das britische Kolonialrelikt vor der argentinischen Küste aus den Fugen. Er droht, sich zu einem regelrechten Krieg auszuweiten, dessen Ausmaß noch nicht absehbar ist.

Im folgenden sollen die historischen Wurzeln und die aktuelle Bedeutung des argentinisch-britischen Konflikts beleuchtet werden.

Bereits im Jahre 1833 hatte sich der britische Imperialismus in einer militärischen Besetzungsaktion die Inselgruppe der Malwinen (Falkland-Inseln) angeeignet, die der 1826 gegründeten Republik Argentinien als Rechtsnachfolgerin des spanischen Vizekönigreichs Río de la Plata angehörte. Heute, 149 Jahre danach, gehören derartige militärische Aben-

teuer keineswegs der Vergangenheit an. Jetzt entfacht Großbritannien einen blutigen Krieg, um die Herrschaft über die 12.000 km entfernte Kolonie, deren Bevölkerungszahl seit Jahrzehnten rückläufig ist und gerade noch 1.700 beträgt, aufrechtzuhalten.

Wirtschaftlich sind die im Südatlantik gelegenen Falkland-Inseln ebenso unbedeutend wie das weiter östlich gelegene Südgeorgien, das keine ständigen Einwohner hat und verwaltungsmäßig den Falkland-Inseln zugeordnet ist. Die meisten Falkländer sind schottischer Abstammung und leben im wesentlichen von der Schafzucht. Der britischen Falkland Island Company gehören über 40% des Landes sowie die meisten Farmen. Sie kontrolliert auch den Wollexport.

Alle wichtigen Industriegüter müssen importiert werden, die Lebensmittelversorgung wird schon seit Jahren wesentlich über Argentinien abgewickelt. Neben der Schafzucht wird auf den Malwinen in geringem Umfang Gemüseanbau betrieben. Auf Südgeorgien gab es bis vor kurzem einige Robben-



Argentinische Eroberer im April d. J. auf den Falklandinseln (l.); Präsident Galtieri auf einer Massenkundgebung in Buenos Aires (r.)

und Walfangstationen.

Von größerer ökonomischer Bedeutung könnten künftig allerdings die im Gebiet um die Falkland-Inseln vermuteten Ölvorkommen sein. Ölsucher der niederländischen Shell erklärten diese Region bereits 1971 zu einem potentiellen zweiten Kuwait. 1975 sprachen US-amerikanische Geologen eine ähnliche Vermutung aus. Doch sind bis heute keine gesicherten Daten über den genauen Umfang der bislang noch unangetasteten Vorräte bekannt.<sup>1</sup>

Künftig bedeutend ist der Besitz der Falkland-Inseln und Südgeorgiens auch im Hinblick auf den Zugang zu den Bodenschätzen und Naturreichtümern der Antarktis. Der 1961 abgeschlossene Antarktis-Vertrag, der die wirtschaftliche Nutznießung vorerst verhindert, läuft im Jahre 1991 aus. Über die Höhe des Anspruchs, der dann von den jeweiligen Staaten erhoben werden kann, dürfte der Umfang ihres angrenzenden Territoriums zumindest mitentscheiden.

Die Lage der Inseln ist aber vor allem unter strategischen Gesichtspunkten wichtig. Hier eingerichtete Militärbasen würden – für Großbritannien und die NATO – eine weitgehende militärische Kontrolle des Südatlantiks, der süd-amerikanischen wie auch der westafrikanischen Küstengewässer ermöglichen.

Seit der britischen Besetzung 1833 hat Argentinien niemals seinen Souveränitätsanspruch auf die Inseln aufgegeben. Da Argentinien jedoch bis in die 30er Jahre dieses Jahrhunderts wirtschaftlich stark vom britischen Kapital abhängig war, konnte es seinen Rechtsanspruch bis dahin nicht sehr lautstark deutlich machen. Dies änderte sich mit der allmählichen Ablösung der Vormachtstellung des britischen durch das US-Kapital. Vor allem aber änderte es sich während der Regierungszeit J.D. Peróns (1946-1955), als sich im Schutze der Importsubstitutionspolitik Ansätze einer eigenständigen nationalen Industrie entwickeln konnten.

Unter Präsident Perón verbreiterte sich auch die antikolonialistische Haltung. Die Frage der Souveränität über die Malwinen wurde erstmals zu einer regelrechten nationalen Frage, die im Bewußtsein der Öffentlichkeit tief verwurzelt ist. Ununterbrochen sandten die peronistische und die ihr folgenden Regierungen Protestnoten gegen die unrechtmäßige Besetzung an die Adresse Großbritanniens und an die UNO. 1964 schließlich forderte der Dekolonialisierungsausschuß

der UNO, der die Malwinen in die Liste der zu entkolonialisierenden Gebiete aufnahm, beide Seiten zu Verhandlungen über die Zukunft der Inseln auf. Sie wurden 1965 eingeleitet, zogen sich aber aufgrund der Verschleppungstaktik Großbritanniens seither ergebnislos hin. Dies, obwohl seit 1965 mit der UN-Resolution 2065 eine klare Bestätigung des argentinischen Hoheitsanspruchs seitens der Vereinten Nationen vorliegt.<sup>2</sup>

Bereits in den letzten Jahren und Monaten hatte sich die Lage wegen dieser Verzögerungstaktik mehrfach zugespitzt, bevor es am 2. April d.J. zur militärischen Besetzung der Falkland-Inseln und Südgeorgiens durch argentinische Militäreinheiten kam. Allerdings wurde die letzte Verhandlungsrunde am 26./27.2.1982 in New York in beiderseitigem Einvernehmen noch als positiv eingeschätzt, und Argentinien hatte lediglich monatliche Treffen zwecks einer Beschleunigung der Verhandlungen gefordert.<sup>3</sup> Als auch dies in London auf kein positives Echo stieß, gab Argentinien im März d.J. einseitig den Abbruch der Verhandlungen bekannt.

Sicherlich ist unbestreitbar, daß der radikale Stimmungswandel der argentinischen Militärs innerhalb so weniger Tage auch innenpolitische Gründe hatte und von der Krise ablenken sollte, die ihren Sattel ins Wanken brachte.

### „Brot, Frieden und Arbeit“

Die Militärs haben seit ihrer Machtübernahme 1976 (siehe AIB 6/1978, S. 4-11) Argentinien systematisch zum Agrarstaat zurückentwickelt. Das Land steckt in einer Wirtschaftskrise, deren Auswirkungen die der Weltwirtschaftskrise von 1929-32 noch übertreffen. 1981 ist das Bruttosozialprodukt um 6,1% gefallen, im letzten Quartal sogar um 11%. Die industrielle Pro-Kopf-Produktion lag 17% unter dem Niveau von 1970, die Automobilherstellung, eine der wichtigsten Industriebranchen, hatte im Januar d.J. gegenüber dem Vorjahr gar einen Produktionsrückgang um 60% zu verzeichnen.<sup>4</sup>

Der industriellen Konkurswelle folgte 1981 eine ebenso massive Reihe von Bankzusammenbrüchen und einzig die Spekulation schien als gewinnträchtiges Geschäft zu verbleiben. Die Auslandsverschuldung hat sich gegenüber 1976 mehr als vervierfacht und die astronomische Höhe von 35 Mrd Dollar erreicht, wovon 50% öffentliche Schulden sind. Mit einer Inflationsrate von 149% zwischen Februar 1981 und Februar 1982 ist Argentinien in dieser Hinsicht ungeschlagen. Die Reallöhne hingegen sanken 1981 für ungelernete Arbeiter um 15,9%, für qualifizierte sogar um 18%. Die Zahl der Beschäftigten liegt fast 30% niedriger als 1974.<sup>5</sup>

Schätzungen der Menschenrechtskommissionen geben die Zahl der seit dem Putsch im März 1976 im Rahmen der „Guerillabekämpfung“ der Militärs Verschwundenen mit inzwischen ca. 30.000 an.<sup>6</sup> Im einst entwickeltesten Land Lateinamerikas nehmen Hunger, Analphabetismus und Arbeitslosigkeit stetig zu.

Die von den Militärs eingeleitete demokratische Öffnung wurde bisher nur sehr zaghaft betrieben. Die politischen Parteien befürchten, daß auch das für den Sommer 1982 angekündigte Parteienstatut ihnen nur sehr begrenzten Aktionsraum zugesteht.

Angesichts dieser Lage ist es nicht verwunderlich, daß sich die Militärs in letzter Zeit wachsendem Volkswiderstand gegenüber sehen, zumal der seit Dezember 1981 regierende Präsident General L. Galtieri und sein Wirtschaftsminister R. Alemann den Ausweg aus der Krise einzig in einem verschärften Sozialabbau zu sehen scheinen.

Sie haben drastische Maßnahmen eingeleitet<sup>7</sup>, mit denen die drohende Zahlungsunfähigkeit abgewendet, die Inflation



Britische Marines auf dem Flugzeugträger Hermes im Südatlantik

gebremst und die nationale Industrie zu Rationalisierung und Effektivitätssteigerung „erzogen“ werden soll: Löhne und Gehälter der Staatsbediensteten – einschließlich der Militärs – sind eingefroren. Für übertarifliche Lohnzahlungen in der Privatwirtschaft sollen Sondersteuern erhoben werden, um das Lohnniveau auch hier noch weiter zu senken.

Der Abbau der ohnehin geringen Importzölle dürfte allerdings – ebenso wie die fortgesetzte Senkung der Massenkaukraft – die nationale Industrie noch weiter schwächen. Mit der geplanten Privatisierung defizitärer Staatsbetriebe (die u.a. die Energieversorgung, die Eisenbahnen, staatliche Banken und Versicherungen betreffen) könnte unter Umständen zwar kurzfristig eine Verringerung des Haushaltsdefizits erreicht werden, doch geriete das Land hierdurch noch tiefer in neokoloniale Abhängigkeit.

Am 30.3.1982 erlebte Argentinien die größten Massendemonstrationen seit dem Putsch 1976, zu denen die größte Gewerkschaft des Landes, die peronistische Allgemeine Arbeiterkonföderation (CGT), 10 Parteien, zahlreiche Jugend- und Menschenrechtsorganisationen aufgerufen hatten. Trotz des Verbots versammelten sich unter dem Motto „Brot, Frieden und Arbeit“ in allen größeren Städten des Landes Tausende von Menschen und riefen: „Nieder mit der Junta!“ Allein in Buenos Aires demonstrierten 10.000, die mit Wasserwerfern und Polizeiknüppeln auseinandergetrieben wurden. Mehr als 2.000 wurden bei diesen Protestdemonstrationen verhaftet, unter ihnen befand sich die gesamte Führung der CGT.

Kurzfristig entstand in der Welt der Eindruck, als habe sich die argentinische Junta mit der Besetzung der Falkland-Inseln den so dringend benötigten Erfolg organisiert und von den innenpolitischen Schwierigkeiten abgelenkt. Einige wieder freigelassene Gewerkschaftsführer wollten angeblich eine Demonstration zu Ehren Präsident Galtieris veranstalten. 13 von ihm zusammengerufene Parteien bekundeten, daß sie die Wiedereroberung der Falkland-Inseln begrüßen und zunächst wurde gar über eine bevorstehende Gründung einer Regierung der Nationalen Einheit spekuliert.<sup>8</sup>

Bei den zahlreichen Demonstrationen und Kundgebungen, die inzwischen in Buenos Aires stattfanden, machte die politische Opposition allerdings deutlich, daß sie zwar voll hinter den berechtigten argentinischen Hoheitsansprüchen steht und in dieser Frage der nationalen Souveränität bereit

ist, das Land gegen den britischen Kolonialismus zu verteidigen. Aber sie stellte auch klar, daß dies nicht die Aufgabe ihrer Kritik an der Wirtschafts- und Innenpolitik des Regimes bedeutet.

Gerade die Falkland-Kundgebungen werden von der Opposition jetzt genutzt, um dieser Kritik verstärkten Ausdruck zu verleihen.

Auch die konservative britische Regierung Thatcher, deren Wirtschafts- und Sozialpolitik übrigens erstaunliche Parallelen zu derjenigen der argentinischen Militärs aufweist, bemühte sich, aus dem Falkland-Konflikt innenpolitisches Kapital zu schlagen. Warum sonst hätte Margaret Thatcher auf die argentinische Besetzung jener in Großbritannien bis dato kaum bekannten Inseln mit der Entsendung der größten Kriegsflotte seit der Suez-Krise 1956 reagiert? Warum sonst hätte sie in London eine wahrhafte Kriegseuphorie angeheizt?

### Mit Margaret Thatcher in den Krieg?

Unter völliger Mißachtung der völkerrechtlichen Lage beeilten sich die EG-Staaten, die argentinische Besetzung zu verurteilen, bekundeten sie ihre Solidarität mit Englands Kolonialansprüchen. Ausgerechnet Frankreich und die Bundesrepublik, die – wie Großbritannien – bis vor kurzem Waffen und Kriegsmaterial an die argentinischen Militärs geliefert hatten, erkannten plötzlich deren Unterdrückungscharakter und verhängten Handelssanktionen.

Zu derart weitreichenden Beschlüssen hatten sich die EG-Staaten bislang nicht einmal gegenüber dem von der UNO geächteten Apartheidregime Südafrikas durchringen können. Offensichtlich wird hier mit zweierlei Maß gemessen. Daß man aber künftig auch zu den reaktionären argentinischen Militärs wieder gute Beziehungen herstellen will, scheint selbstverständlich, denn die Kieler Howaldt-Werft darf unterdessen den Bau weiterer Kriegsschiffe für die Argentinier fortsetzen.

In einer mißlicheren Lage als die westeuropäischen Staaten, deren Wirtschaftssanktionen sich Japan Anfang Mai d.J. angeschlossen, befanden sich allerdings von Anfang an die USA. Sie konnten an einem bewaffneten Konflikt um die Falkland-Inseln wenig interessiert sein, stritt sich doch hier ihr bester Verbündeter in Europa mit jenem in Lateinamerika. Abgesehen davon, daß die USA aufgrund der Militärbündnisse der NATO und des Rio-Pakts (von 1947) im Falle eines Angriffs sowohl England als auch Argentinien Beistand leisten müßten, hat die US-Lateinamerikapolitik in den letzten Jahren deutlich auf Argentinien als wichtigsten Mitstreiter bei der „Bekämpfung des Kommunismus in Lateinamerika“ gesetzt. Argentinische Militärs waren nicht nur 1980 am Putsch in Bolivien beteiligt, sie helfen bei der Ausbildung von Söldnern gegen Nicaragua und bekundeten bereits ihre Bereitschaft zu einem größeren Engagement in El Salvador.<sup>9</sup>

Auch bei den Bemühungen um die – bislang am Widerstand Brasiliens gescheiterte – Gründung eines Südatlantikpaktes (SATO) erwies sich Buenos Aires immer als treuer Gefährte des US-Imperialismus, Washington spekulierte zudem auf die Einrichtung von Militärbasen an der argentinischen Südatlantikküste.

Im Falkland-Konflikt unternahm die Regierung Reagan deshalb zaghafte Vermittlungsversuche, die jedoch keineswegs als neutral bezeichnet werden können. Bei der Abstimmung über die Resolution 502 des UN-Sicherheitsrates am 13. April d.J. verurteilten sie die argentinische Besetzung. Alle von US-Außenminister A. Haig unterbreiteten Vermittlungsvorschläge – einschließlich des letzten, der am 2.5.1982 über Peru übermittelt wurde – beinhalteten die für Argentinien



Vor dem britischen Regierungssitz in London: Stolperer des Falkland-Vermittlers A. Haig (vorn) vor dem britischen Außenminister Francis Pym (l.) und M. Thatcher (r.)

tinien nicht akzeptable Forderung nach Abzug seiner Truppen und nach einem zumindest vorübergehenden Verzicht auf seinen Souveränitätsanspruch.<sup>10</sup>

Nach der britischen Landung auf Südgeorgien stellten sich die USA am 1. Mai d.J. offen auf die Seite Großbritanniens und erklärten sich bereit, der britischen Marine logistische Hilfe zu leisten.<sup>11</sup> Gleichzeitig lamentierte man in Washington, die Sowjetunion, die sich bei der Abstimmung im Sicherheitsrat enthalten hatte, und Kuba könnten sich den Falkland-Konflikt zunutze machen und ihren Einfluß in Lateinamerika vergrößern.<sup>12</sup>

Der reale Hintergrund dieser Befürchtung besteht darin, daß die USA durch dieses Verhalten nicht nur die argentinische Unterstützung für ihre Mittelamerikapolitik aufs Spiel gesetzt, sondern auch andere Bündnispartner in Lateinamerika verärgert haben. Mit Ausnahme Trinidad und Tobagos, Kolumbiens und Chiles, die sich bereits bei den Diskussionen innerhalb der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) nicht hinter Argentinien stellten und sich bei der OAS-Abstimmung am 28. April d.J. enthielten, haben alle lateinamerikanischen Staaten die britische Invasion Großbritanniens auf Südgeorgien verurteilt und die Parteinahme der Reagan-Administration für den britischen Imperialismus heftig kritisiert.<sup>13</sup> Mit offen kolonialistischen Positionen kann man heute auch in Lateinamerika keine Massen mehr gewinnen.

Freilich, Argentinien hatte am 2. April d.J. zur Durchsetzung seiner berechtigten Gebietsansprüche zu gewaltsamen Maßnahmen gegriffen. Inzwischen hat sich allerdings die reaktionäre britische Regierung, die bis dahin „nur“ der 17jährigen Verschleppung der Verhandlungen bezichtigt werden konnte, einer wesentlich größeren Verletzung des Völkerrechts schuldig gemacht. Sie bombardierte nicht nur den Flughafen der Falkland-Inseln, sondern gab am 3. Mai d.J. auch das Kommando zur Versenkung des (außerhalb der von ihr als Sperr- und damit quasi Kriegsgebiet deklarierten 200-Meilen-Zone um die Falkland-Inseln befindlichen) argentinischen Panzerkreuzers General Belgrano, auf dem sich 1042 argentinische Soldaten befanden. Sie beschwor damit die Gefahr einer unabsehbaren Eskalation des Konflikts herauf.

Sie wird schwerlich glaubhaft machen können, daß derartige Abenteuer und „Lektionen“ dem angeblich verteidigten Selbstbestimmungsrecht der 1.700 Falklandbewohner eher dienlich seien als die vom UN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar zuvor angebotenen, und von Großbritannien abgelehnten, Vermittlungsdienste. Wie die zunehmenden Proteste in England und die heftige Reaktion z.B. Irlands vom 5.5.1982 – es distanzierte sich von den westeuropäischen Wirtschaftssanktionen und bezeichnete Großbritannien als Aggressor – zeigen, isoliert sich die Thatcher-Regierung damit nicht nur von den Massen im eigenen Lande, sondern auch innerhalb der internationalen Staatengemeinschaft.

#### Anmerkungen:

- 1) Vgl. Die Neue, 9.4.1982 und Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 7.4.1982
- 2) Vgl. International Herald Tribune (IHT), Zürich, 23.4.1982 und Die Tageszeitung, 15.4.1982
- 3) Vgl. Latin America Weekly Report (LAWR), London, 12.3.1982
- 4) Daten nach: Clarín, Buenos Aires, 3.3.1982
- 5) Nach: LAWR, 26. und 19.3.1982
- 6) Laut: El Día, Mexiko-Stadt, 20.3.1982
- 7) Vgl. ila-Info, Bonn, Nr. 54/April 1982, S.16 und FAZ, 15.2.1982
- 8) Vgl. El País, Madrid, 7.4.1982
- 9) Vgl. Clarín, 10. und 12.3.1982 und Le Monde, Paris, 30.3.1982
- 10) Vgl. Granma Weekly Review, 25.4.1982
- 11) Laut: FAZ, 4.5.1982
- 12) Vgl. IHT, 3.5.1982
- 13) Vgl. El País, 3.5.1982



Beiträge des AIB-Sonderhefts 1/1982 u.a.:  
 Ein Jahr Reagan – eine Zwischenbilanz ● Auf Interventionskurs im mittelamerikanischen „Hinterhof“ ● Der Kurs der Bundesrepublik – mit Reagan in den Abgrund? ● Umfrage: Frieden und Befreiungskampf – Ein Gegensatz?  
 Bestellkarte in der Heftmitte benutzen!

## rote blätter



#### Wahlbündnisse

Die Linken in Hessen – Vergessen?

#### Hochschulen

Gnadenloser Bodycheck

#### Frieden

Bahro läuft Amok

#### Demokratische Sozialisten

Neue Partei, wohin?

#### Falkland-Konflikt

Ein Zacken aus der Krone

#### Frauen

Guckloch in die Freiheit

#### titelstory

Die CDU marschiert – ein Report, ein Kommentar, eine Umfrage

#### DDR

Leben und studieren in Erfurt

Bestellungen an

Weltkreis-Verlags-GmbH  
 Brüderweg 16,  
 4600 Dortmund

Im Volksparkstudio

Bluesnationalmannschaft

Kabarett

Thesen von Helmut Ruge





Investitionen, besonders im produktiv-industriellen Bereich – eine Entwicklung, der das britische Monopolkapital besonders mit Konzentrationsmaßnahmen, forcierter Auslandsexpansion sowie mit dem Anknüpfen neuer politischer und ökonomischer Bindungen, vor allem zu den USA und zur Europäischen Gemeinschaft (EG), zu begegnen suchte.<sup>2</sup> Die Verschmelzung von Unternehmen und der Bankrott kleinerer Betriebe haben dazu geführt, daß heute die 25 größten britischen Konzerne 2/3 der Gewinne des gesamten Industriesektors erzielen und seit Mitte der 60er Jahre 1,5 Mio Arbeitsplätze in der verarbeitenden Industrie verloren gegangen sind.

Großbritannien ist auch heute noch der größte Kapitalexporteur nach den USA. Das im Ausland investierte Kapital belief sich 1978 auf fast 25 Mrd Pfund. 1975 erreichte der Gesamtumsatz der ausländischen Tochtergesellschaften 55,9% des Bruttosozialprodukts Großbritanniens (USA : 30,3%), und 264,4% des Exports (USA : 431,5%). Die Ziele der Auslandsexpansion haben sich in den letzten Jahren erheblich verändert. Der Anteil des Bestandes an Direktinvestitionen in Entwicklungsländern ging von 37,0% (1961) auf 21,6% (1978) zurück, während der Anteil in den USA im selben Zeitraum von 9,2% auf 19,6% und in der EG von 7,5% auf 23,6% anstieg.<sup>3</sup> Dies ist vor allem eine Folge des Eintritts in die EG sowie der engeren Bindung an den NATO-Verbündeten USA.

Zwei Sektoren der britischen Wirtschaft zeichnen sich nicht nur durch hohe Profitraten aus, sondern auch durch ein schnelles Wachstum. Dies ist die Erdölindustrie, aufgrund derer Großbritannien heute mineralische Brennstoffe exportiert, und die Rüstungsindustrie, die nicht nur für den hohen inländischen Bedarf produziert, sondern Großbritannien zum vierten Waffenexporteur der Welt gemacht hat.<sup>4</sup>

Die wichtigste Stütze für die Profitsicherung des britischen Monopolkapitals ist gegenwärtig die Wirtschaftspolitik der konservativen Regierung, die – ähnlich wie der wirtschaftspolitische Kurs der Reagan-Administration – neoliberalen Grundsätzen folgt. Das inländische Monopolkapital soll auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung und der kleinen Unternehmen saniert werden. Sozialausgaben und Beschäftigungsprogramme wurden gekürzt, die Rüstungsausgaben und die Mehrwertsteuer erhöht; Subventionen werden nur noch an starke Unternehmen vergeben.

Durch Rationalisierungen und Betriebsschließungen gingen hunderttausende von Arbeitsplätzen verloren. Der Lohnabbau, der durch die Arbeitslosigkeit und die Einschränkung der Rechte der Gewerkschaften erreicht wird, und der Sozialabbau, führten zu einem Nachfragemangel, der durch verstärkten Export ausgeglichen werden soll. Gleichzeitig



Britisch-Indien: Exekution Aufständischer (Gemälde)

## Großbritannien-Daten

**Territorium:** 224.108 qkm (fast so groß wie die BRD)

**Bevölkerung:** 56,1 Mio (Mitte 1980)

**Hauptstadt:** London, mit 7,03 Mio Einwohnern (1976)

**Sprache:** Englisch, Reste keltischer Sprachen

**Religion:** Mehrheitlich Angehörige der Anglikanischen Kirche; große Minderheiten von Presbyterianern, Katholiken, Juden und Moslems

**Währung:** Pfund Sterling; 1 Pfund = 4,324 DM (Januar 1982)

**Staatsform:** Konstitutionelle Monarchie mit dem(r) König(in) als Staatsoberhaupt (z.Zt. Königin Elizabeth II.). Höchstes gesetzgebendes Organ ist das Parlament, das sich offiziell aus dem Unterhaus, dem Oberhaus und der Königin zusammensetzt. Die Exekutive, die zwar formal bei der Königin liegt, wird in der Praxis vor allem vom Premierminister(in), z. Zt. M. Thatcher, ausgeübt. Legislativorgan ist hauptsächlich das Unterhaus.

Bei den Wahlen – die nach dem Mehrheitswahlrecht erfolgen – im Mai 1979 erhielt die Konservative Partei 339 Sitze (43,9%), die Labour Partei 268 Sitze (36,9%), die Liberale Partei 11 Sitze (13,8%) und andere 17 Sitze. Durch Abspaltung des rechten Flügels der Labour Partei entstand die Sozialdemokratische Partei, die durch Übertritte und Nachwahlen im Bündnis mit der Liberalen Partei bereits über mehr als 20 Sitze verfügt.

**Wirtschaft und Soziales:** Mit einem Bruttosozialprodukt von 6.320 Dollar pro Kopf nimmt Großbritannien im Jahr 1979 den 17. Platz unter den kapitalistischen Industrieländern ein. Die Industrie trägt zu 36%, die Landwirtschaft zu 2% und der Dienstleistungssektor zu 62% zum Bruttoinlandsprodukt bei. Die Wirtschaftspolitik der Thatcher-Regierung und die Wirtschaftskrise haben zu einem Rückgang der Produktion des Verarbeitenden Gewerbes auf das Niveau von 1968 geführt; die Reallöhne sind gesunken, die Arbeitslosenrate hat 3 Mio überschritten.

**Geschichte:**

1648	Bürgerliche Revolution
1914	Teilnahme am 1. Weltkrieg
1939	Kriegserklärung an Deutschland
1945	Gründungsmitglied der UNO
1947/48	Indien, Pakistan, Ceylon und Burma werden unabhängig
1949	Gründungsmitglied der NATO
1952	Thronbesteigung von Elizabeth II.
1956	Suez-Aggression gegen Ägypten
1957-65	21 Kolonien, besonders in Afrika, werden unabhängig
1973	Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft (EG)
1979	Machtantritt der konservativen Thatcher-Regierung

wurden alle Schranken, die die Profitentwicklung hemmen – Preis-, Dividenden- und Devisenkontrollen –, aufgehoben. Die Folge sind Preissteigerungen, die explosive Erhöhung der Dividenden sowie ein noch stärkerer Kapitalexport.

Hauptziel der Außenpolitik Großbritanniens ist es, eine weitere Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses zuungunsten des Westens zu verhindern sowie die Absatzmärkte und Rohstoffquellen zu erhalten.

Dies erfordert einerseits das enge Bündnis mit den USA, das auch der engen Verflechtung zwischen britischem und US-amerikanischem Monopolkapital entspricht. Während ihres USA-Besuches im Februar 1981 erklärte Margaret Thatcher: „Wir in Großbritannien halten zu Ihnen. Amerikas Erfolge werden unsere Erfolge sein. Ihre Probleme werden unsere Probleme sein... In Großbritannien werden Sie eine prompte Antwort finden, einen tapferen, unerschütterlichen und treuen Alliierten.“<sup>5</sup>

Großbritannien hat alle Hochrüstungsforderungen der USA unterstützt, die Einführung von Trident-U-Boot-Atomraketen beschlossen sowie der Installierung von 160 Cruises Missiles auf britischem Boden zugestimmt. Die Flotte soll zugunsten der Bildung einer eigenen weniger kostspieligen Eingreiftruppe abgebaut werden.

Die Thatcher-Regierung nahm die Ereignisse in Afghanistan und Polen zum Anlaß, um die Beziehungen zu den sozialistischen Ländern zu verschlechtern. Mit dem Angebot, Zugeständnisse in der Nordirland- und Gibraltarfrage zu

machen, fördert Großbritannien den Eintritt Irlands und Spaniens in die NATO.

Die Allianz mit den USA dient auch dazu, die Interessen Großbritanniens in der Dritten Welt zu schützen, wie es sich jetzt in der Auseinandersetzung mit Argentinien gezeigt hat (vgl. den Beitrag von Jutta Weber in diesem Heft). Als Gegenleistung macht Großbritannien in seinen ehemaligen Kolonien in bestimmten Fragen seinen Einfluß für die USA geltend, stellt ihnen Stützpunkte in seinen Rest-Kolonien zur Verfügung (z.B. auf Diego Garcia) und hilft, den US-Konfrontationskurs in der NATO durchzusetzen.

Freundschaftsdienste erweist die Regierung Thatcher den USA auch in Mittelamerika. Großbritannien ist das einzige EG-Mitglied, das die Interventionspolitik der USA vorbehaltlos unterstützt. Dies drückt sich darin aus, daß Großbritannien der drittgrößte Geldgeber der salvadorianischen Junta im letzten Jahr war, als einziges EG-Mitglied Beobachter zu den Schein-Wahlen im März 1982 entsandte und an den US-Seemanövern in der Karibik in den Jahren 1981/82 teilnahm.

Andererseits erfolgte auch der Beitritt zur EG im Jahre 1972 nach dem Primat britischer Interessensicherung. Von der damit einher gehenden engeren Bindung an Westeuropa versprachen sich die Führungskreise Großbritanniens neue Märkte und Investitionsmöglichkeiten sowie günstigere Bedingungen für die Wiedererlangung ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit.<sup>6</sup> Mit dem EG-Beitritt war die Möglichkeit gegeben, in die mit der EG assoziierten 60 AKP (Afrika, Karibik, Pazifik)-Staaten einzudringen. Allerdings wurde damit auch der Bereich der im Commonwealth zusammengeschlossenen ehemaligen britischen Kolonien dem Einfluß westeuropäischer Konkurrenten weiter geöffnet.

## Außenpolitik zwischen USA- und EG-Bindung

Die engen Bindungen an die USA und die EG führen bei Interessenkonflikten zwischen den beiden imperialistischen Zentren zwangsläufig zu einer widersprüchlichen Politik Großbritanniens. So wurden z.B. die Maßnahmen der USA zu Afghanistan, Iran und im Nahostkonflikt zwar verbal unterstützt, aber dann schließlich doch die EG-Position mitgetragen. Großbritannien stellt in derartigen Situationen oft die Gesamtinteressen des Westens heraus.

Als ehemalige Kolonialmacht und als zweitgrößter Investor in der Dritten Welt hat Großbritannien dort immer noch sowohl Einflußmöglichkeiten, als auch beträchtliche wirtschaftliche Interessen. Die Thatcher-Regierung unterstützt deshalb die Bestrebungen der USA, den Geltungsbereich der NATO auszudehnen und Eingreiftruppen zu bilden. Als ehemalige Kolonialmacht ist Großbritannien durchaus auch in der Lage, einen eigenständigen Beitrag zur Wahrung der „vitalen Interessen“ des Westens zu leisten.

Das ehemalige koloniale Großreich Großbritanniens ist zwar auf wenige Pünktchen auf der Weltkarte zusammengeschrumpft. Diese haben teils wirtschaftlichen Wert, so das Erdölscheichtum Brunei in Südostasien, Hongkong (China-Handel), Malwinen (Erdöl), die Bahamas und die Cayman-Inseln (Banken-Paradiese). Teils sind sie immer noch von beträchtlichem strategischem Wert: Gibraltar am Westeingang des Mittelmeers, Ascension und St. Helena im Atlantischen Ozean, Diego Garcia im Indischen Ozean und die Malwinen nahe der Antarktis. Diego Garcia und Ascension sind Militärstützpunkte der USA. Britische Truppen stehen auf Zypern, in Belize, in Nordirland und in der BRD.

Die ehemaligen Kolonien am Persischen Golf werden mit Waffen und Militärberatern versorgt. Großbritannien beteiligte sich im Oman jahrelang am Krieg gegen die Volksfront für die Befreiung des Oman (PFLO) und hat heute dort

6.000 Mann stationiert, zumeist Ausbilder und Militärberater. Die Beziehungen zu den ehemaligen arabischen Kolonien und die Tatsache, daß Großbritannien selbst über Erdöl verfügt, erleichtern es dem britischen Imperialismus, Verhandlungen über den Nahostkonflikt im Sinne der EG-Initiative zu führen und seine militärische Präsenz in der Region auszubauen. Bei einer Reise in die Golfregion im Mai 1981 versuchte Margaret Thatcher die schnelle Eingreiftruppe schmackhaft zu machen. Und sie konnte einige Verträge über Waffenlieferungen abschließen.

Neben den USA und der BRD ist Großbritannien die Hauptmacht, die eine Konfliktlösung in Namibia und der Republik Südafrika (RSA) verhindert. Da das britische Kapital nach wie vor den größten Anteil am Auslandskapital in der RSA hält und dort hohe Profitraten erzielen kann, lehnt Großbritannien einen Wirtschaftsboykott gegen den Rassenstaat ab, ohne allerdings im Falle der UdSSR und Argentiniens vor einer solchen Maßnahme zurückzuschrecken.

Die meisten der ehemaligen britischen Kolonien sind mit der ehemaligen Kolonialmacht über das 1926 gegründete Commonwealth of Nations verbunden. Nachdem die Kolonien unabhängig geworden waren, versuchte Großbritannien, diesen Markt gegen andere imperialistische Mächte abzusichern. Zu diesem Zweck wurden das 1934 geschlossene Zollpräferenzsystem und die Bindung der Währungen der Mitgliedsländer an das britische Pfund Sterling beibehalten. Mit dem Beitritt zur EG wurde das britische durch das EG-Präferenzsystem abgelöst.

75% der britischen Direktinvestitionen in Entwicklungsländern entfielen in den 60er Jahren und Anfang der 70er Jahre auf die ehemaligen britischen Kolonien. Erst mit dem Eintritt in die EG hat dieser Anteil abgenommen. Das gleiche gilt für den Handel mit den Entwicklungsländern.

Das Resultat dieser Entwicklung ist, daß das Commonwealth seine einstige ökonomische Bedeutung mehr und mehr verloren hat. Politisch-kulturelle Einflußmöglichkeiten sind Großbritannien jedoch geblieben, vor allem deshalb, weil die führenden Politiker dieser Länder fast durchweg durch das britische Bildungs- und Kultursystem geprägt sind.

Das Commonwealth ist heute allerdings kein willfähiges Anhängsel des britischen Imperialismus mehr. Obwohl Großbritannien Kanada, Australien und Neuseeland im Commonwealth über den größten Einfluß verfügen, den sie in ihrem Interesse nutzen, ist es den Entwicklungsländern gelegentlich gelungen, dort fortschrittliche Positionen durchzusetzen. So mußte die Regierung Thatcher schon bald nach ihrem Amtsantritt Anfang 1980 von der Anerkennung der internen Regelung in Zimbabwe absehen und den Weg zur Unabhängigkeit freimachen.

Zusammenfassend läßt sich sagen: Zwar hat die Politik der Regierung Thatcher die Verwertungsbedingungen der britischen Großkonzerne verbessert und die Rüstungsindustrie zum florieren gebracht, doch hat dies den Rückgang des wirtschaftlichen und damit auch des politischen Gewichts Großbritanniens im Weltmaßstab bislang kaum aufhalten können.

### Anmerkungen:

- 1) Vgl. Frankfurter Allgemeine, 10.5.1982
- 2) Vgl. zu den Zahlenangaben der vorhergehenden Abschnitte: J. Gruner, Großbritannien und die EWG, DWI-Forschungshefte 4/1970, Berlin 1970, passim; SIPRI (Hrsg.), Rüstungsjahrbuch '80/81; Weltbank, World Development Report 1981, Washington DC 1981
- 3) Vgl. Internationale Monopole, Berlin 1978, S. 70ff. und S. 100f.
- 4) Vgl. SIPRI, a.a.O., S. 93
- 5) Zit. nach: S. Volodin, British Ambitions and Reality, in: International Affairs, Moskau, Nr. 7/1981, S.57
- 6) Vgl. P. Unwin, Britain's Foreign Policy Opportunities: Part I – The Global Context, in: International Affairs, London, Nr. 2/1981, S.227



## Interview mit Miguel Angel Albizurez Das Volk hilft der Guerilla

Miguel Angel Albizurez, Vizepräsident des im Februar 1982 gegründeten breiten Oppositionsbündnisses Guatemaltesisches Komitee der Patriotischen Einheit (CGUP) und Vorsitzender des Nationalen Komitees für die Einheit der Gewerkschaften (CNUS), weilte Ende März d.J. in der Bundesrepublik. In einem ersten Gespräch mit dem AIB (siehe AIB 5/1982, S. 7-10) ging er u.a. auf die Wahlfarce vom März 1982, den oppositionellen Vereinigungsprozeß und die illegale Arbeit der guatemaltekischen Gewerkschaftsbewegung ein. Im zweiten, hier vorgestellten AIB-Gespräch schildert M. Angel Albizurez die Kampfsituation mit Blick auf den bewaffneten Widerstand und wertet die Rolle Mexikos.

AIB: Trifft die schwierige Lage der Opposition, die sie für die Betriebsgruppen- und Gewerkschaftsarbeit skizzierten generell für die politische Arbeit zu? Oder muß man hier deutlich zwischen ländlichem und städtischem Bereich unterscheiden?

M. ANGEL ALBIZUREZ: Es ist überall schwierig. In den Städten gibt es effektivere Kontrollmethoden, die das Regime mit Hilfe der Israelis und der Argentinier entwickelt hat, auch was Kontrollmechanismen wie die Medien angeht. Das erschwert die Arbeit sehr, sowohl in der Stadt wie auch auf dem Land. Das andere ist die Präsenz des Heeres und von Geheimagenten in den verschiedenen Landesteilen, die die politische Arbeit sehr erschweren.

### Die Machete mit dem Gewehr vertauscht

AIB: Inwiefern ist die Ausgangslage für die Untergrundarbeit auf dem Lande eine andere?

M. ANGEL ALBIZUREZ: Man kann nicht sagen, daß es auf dem Land mehr zu tun gibt; aber auf dem Land wohnen mehr Menschen. Die Indios leben alle auf dem Land und machen in Guatemala über 60% der Gesamtbevölkerung aus. In Guatemala gibt es zum erstenmal in Lateinamerika eine aktive Teilnahme der Indios. Der Indio verwandelt seine Machete in eine Waffe, oder er läßt seine Machete liegen, geht in die Berge und nimmt dort das Gewehr in die Hand.

AIB: Kann man davon sprechen, daß die Bevölkerung aktiv die Guerilleros unterstützt? Wenn ja, wie äußert sich das?

M. ANGEL ALBIZUREZ: Die Bevölkerung nimmt aktiv am Krieg teil. Sie kämpft nicht nur mit der Waffe in der Hand, sondern organisiert sich in den verschiedenen Dörfern, nicht nur in Verteidigungs- oder Selbstschutzorganisationen. Sie unterstützt den Kampf auch ökonomisch.

Bei ihren beschränkten Mitteln kann die Unterstützung durch die Bevölkerung nur gering sein. Trotzdem gibt es einen Beitrag, eine Unterstützung, und immer wenn es eine Aktion der Guerilla gibt, gibt es Deckung durch die Bevölkerung, z.B. durch Aktionen auf den Straßen, um dem Heer

den Zugang zu bestimmten Stellen zu erschweren.

In den Städten ist es schwieriger, es gibt weniger Möglichkeiten, man kann sich nicht öffentlich äußern. Aber die Arbeit hat andere Merkmale. Es gibt mehr Orte, an denen man sich bewegen kann, die Stadt ist größer. Es gibt in der Hauptstadt mehr als 1 Mio. Einwohner, was auch in bestimmtem Maße eine Mobilisierung erlaubt, die auf dem Land nicht möglich ist, wo das Militär kommt und direkt Massaker durchführt.

AIB: Dieser Staatsterrorismus ist doch offenbar – wie kürzlich Eduardo Galeano veranschaulichte (siehe AIB 2/1982, S. 8-9) – in letzter Zeit noch schlimmer geworden, oder?

M. ANGEL ALBIZUREZ: Oh ja. 1981 wurden 14 Dörfer dem Erdboden gleichgemacht und die gesamte Ernte vernichtet. Denn das Heer ist der Meinung, daß die Ernten dazu dienen, die Guerilla zu unterstützen; also bringen sie Hühner, Haustiere, alles um, was ihnen über den Weg läuft, nicht nur um die Bevölkerung zu terrorisieren, sondern um eine stärkere Unterstützung der Guerilla zu verhindern.

Was sicher ist, ist, daß das Heer in Guatemala Feinde hat, daß es überall, wo es hinkommt, auf Feinde trifft, ob das Arbeiter sind, Indios oder Studenten; es kann nirgends sicher sein. Das ist die Angst, die Schwäche des Heeres, das sich auf dem Land oder in der Stadt schon nicht mehr so leicht bewegen kann.

AIB: Man hört, daß die Haltung Mexikos gegenüber Guatemala anders ist als gegenüber El Salvador. Wie sehen Sie die Rolle Mexikos?

M. ANGEL ALBIZUREZ: Mexiko hat in der Geschichte immer eine ziemlich gute Außenpolitik betrieben, d.h. in bezug auf die Befreiungsbewegungen in anderen Ländern, und in bezug auf El Salvador und Nicaragua eine wichtige Rolle gespielt.

Wir Guatemalteken hoffen nur, daß die Außenpolitik Mexikos die gleiche bleibt. Es ist klar, daß es reale Probleme gibt; wir sind Nachbarstaaten, und das führt natürlich zu einem anderen Herangehen. Aber wir glauben, daß Mexiko, wenn es möglich ist, an dieser Politik festhält.

Soweit wir wissen, gibt es in bezug auf Guatemala noch keine feste Meinung. Es ist wichtig zu unterstreichen, daß Lopez Portillo zweimal seinen Besuch in Guatemala abgesagt hat, der für einige Sektoren des Regimes die Anerkennung bedeutet hätte. Das letzte Mal war dies im letzten September der Fall. Das ist sehr positiv.

Das andere sind öffentliche Erklärungen der mexikanischen Regierung, die eine Ablehnung einer Intervention in Mittelamerika beinhalten. Wenn man die Intervention der Regierung Reagan in Mittelamerika ablehnt, bezieht sich das auch auf Guatemala. Dazu kommt die Haltung Mexikos in bezug auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Es hat immer das Recht auf Selbstbestimmung betont.

## Jürgen Ostrowsky

# Widerstand gegen Bothas „totale Strategie“



Demonstration anlässlich der Beisetzung von Dr. Aggett

„Cholera-Epidemie außer Kontrolle“, meldete die Frankfurter Allgemeine Zeitung kürzlich aus Südafrika und führte aus: „Die Epidemie war bisher so gut wie ausschließlich auf die von Schwarzen bewohnten Territorien ... sowie auf die schwarzen 'Homelands' beschränkt... Die Cholera tritt in Südafrika als eine Krankheit der Armen auf; die kritischen Zeitungen des Landes verweisen gerne auf die Zusammenhänge mit der 'Apartheid', mit dem krassen sozialen Gefälle. Die ausschließlich von Weißen bewohnten Städte und Stadtteile der Republik, mit ihrer hervorragenden Trinkwasserversorgung, sind von der Epidemie kaum berührt.“<sup>1</sup>

Soviel zu den Resultaten eines Vierteljahrhunderts offiziell betriebener „getrennter Entwicklung“, mit der die Nationalpartei 1948 nach ihrem Wahlsieg begonnen hatte.

Die Ziele dieser Politik sind seither unverändert geblieben. Unmißverständlich machte der gegenwärtige Premierminister des Rassistenregimes, Pieter W. Botha, im August 1981 allen Zweiflern klar, daß in Südafrika „Selbstbestimmung der Weißen“ „weiße Vorherrschaft“ bedeute.<sup>2</sup>

Diesem historischen Irrsinn, das Konzept der rassistischen Herrschaft in Südafrika zu verteidigen, es zugleich aber durch einige Korrekturen den veränderten Bedingungen anzupassen, dient P.W. Bothas Politik der „totalen Strategie“. Formuliert im Verteidigungsweißbuch von 1977 (Amtschef damals: P.W. Botha) als Kombination von Aktivitäten auf „militärischem, psychologischem, wirtschaftlichem, politischem (und) soziologischem Gebiet“, stellt diese Strategie das Instrument dar, mit dessen Hilfe Südafrikas Regime sich gegen den wachsenden Widerstand zu behaupten und sein leicht retouchiertes Programm der Apartheid durchzusetzen hofft.

Dieses Konzept wurde in Form eines 12-Punkte-Plans ge-

faßt, den P.W. Botha im August 1979 vortrug. Er enthält im wesentlichen folgende Optionen: der völlige Ausschluß der Afrikaner von jeglicher Teilhabe an der Macht – außer durch ihre pseudounabhängigen „Bantustans“ – bleibt das Hauptziel (und damit bleibt auch das profitable System der Wanderarbeit erhalten); es soll versucht werden, die Bevölkerungsgruppen der Inder und der „Farbigen“ (der Mischlinge) in eine Allianz mit der weißen Minderheit zu ziehen – freilich nach den Bedingungen der Weißen und unter ihrer Kontrolle; neu aufgeputzt wurde zudem die Idee der Bildung einer Gemeinschaft der Staaten des Südlichen Afrika – wiederum selbstredend nach den Vorstellungen des Regimes in Pretoria.<sup>3</sup>

Von Mehrheitsherrschaft der Bevölkerungsmehrheit der Afrikaner war keine Rede – P.W. Botha: „Wenn es hierüber zur Konfrontation kommen muß, dann muß es eben.“<sup>4</sup> Der Weg des Regimes ist mithin vorgezeichnet: Er bedeutet Unterdrückung, Gewalt, Terror und Krieg – gegen das „eigene“ Volk wie gegen diejenigen Nachbarn, die sich dem Willen der weißen Herrenmenschen-Minderheit widersetzen. Noch nie in seiner Geschichte war Südafrika so aggressiv wie während der Regierungszeit Pieter W. Bothas. Im Zentrum stehen die unausgesetzten Angriffe gegen die Volksrepublik Angola, die eine „Lösung“ der Namibiafrage im Sinne Pretorias begünstigen sollen.<sup>5</sup> Auf keinen dieser flagranten Völkerrechtsbrüche reagierte der Westen, der so eilends mit einem Argentinien-Embargo zur Stelle war, je mit dem einzig adäquaten Schritt, einem totalen Boykott Südafrikas. Das Regime in Pretoria kann sich seiner Freunde sicher sein – so sicher, daß z.B. General M. Malan jüngst vor dem Parlament neue, noch weitergehende Angriffe gegen angolanisches Gebiet vorankündigte.<sup>6</sup>

### Kein Halten an Südafrikas Grenzen

Das Pendant zu Südafrikas aggressiver Politik gegenüber den Nachbarstaaten stellt der innenpolitische Terror des militarisierten und zentralisierten Machtapparates dar.

Das heißt mitnichten, daß die Bekämpfung der Freiheitskämpfer an den Grenzen Südafrikas aufhört. Südafrikas Geheimdienst, der in NIS (Nationaler Nachrichtendienst – ähnlich also dem CIA) umbenannt wurde, ist verantwortlich für die Ermordung von 12 Angehörigen des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) im Januar 1981 in Matola/Moçambique (siehe AIB 4/1981, S.32); auf sein Konto geht der Mord am ANC-Repräsentanten in Zimbabwe, Joe Gqabi, am 31. Juli 1981, sowie schließlich der Bombenanschlag auf das Londoner ANC-Büro am 15. März 1982.

Eine Bilanz des Terrors<sup>7</sup> für das Jahr 1981 liest sich so:

- Mindestens 620 Personen wurden im Verlauf des Jahres aufgrund von politischen Aktionen verhaftet. Von vielen fehlt jede Spur. Bezeichnend: Allein 249 wurden im Bantustan Ciskei festgenommen, das im Dezember 1981 für

„unabhängig“ erklärt wurde.

- Mindestens 157 Menschen befanden sich 1981 unter Bann, jener Form sozialer Isolation, die der Justizminister ohne jede gerichtliche Prüfung verhängen kann. Im Januar 1982 wurde die Bannverfügung gegen Winnie Mandela, die Ehefrau des 1964 zu lebenslanger Haft verurteilten ANC-Führers Nelson Mandela, erneuert. Winnie Mandela selbst lebt nunmehr seit Januar 1963 mit nur einer Unterbrechung von knapp einem Jahr unter Bann.

- 22 Menschen erhielten Gefängnisstrafen aufgrund von Staatsicherheitsgesetzen, davon 15 im Zusammenhang mit ANC-Aktionen. Genaue Zahlen liegen jedoch im Dunkeln.

- Nachdem bereits drei ANC-Kämpfer — N. Lubisi, N. Manana und P. Mashigo — seit 1980 der Gefahr ausgesetzt sind, hingerichtet zu werden, verurteilte ein Rassistengericht am 19. August 1981 drei weitere ANC-Mitglieder zum Tode: A.B. Tsotsobe, J. Shabangu und D. Moise.

- Die Zahl der seit 1963 in Polizeihaft aufgrund von Sicherheitsgesetzen Festgehaltenen und dabei auf „merkwürdige“ Weise Umgekommenen stieg in den letzten Monaten auf 55. Ein über 200 Seiten starkes Dossier mit detaillierten Angaben über Folter und Tötungen durch Polizisten wurde vor kurzem von einer Gruppe Experten dem Büro für Menschenrechte der Vereinten Nationen übergeben.

Und der Ausbau des Unterdrückungsapparates geht weiter. So wird z.B. die Knebelung der Presse vorangetrieben, wenn die Empfehlungen der Steyn-Kommission Wirklichkeit werden. Danach ist u.a. die Bildung eines Allgemeinen Rats für Journalisten vorgesehen, bei dem sich alle Journalisten zu registrieren hätten und der aufgrund eines Verhaltenskodex gegen Journalisten bis zum Berufsverbot vorgehen könnte.

## Verschärfung der Sicherheitsgesetze

Eine andere Kommission, die Rabie-Kommission zur Untersuchung der Sicherheitsgesetzgebung, legte gleichfalls Empfehlungen vor, die von ebenso faschistischer Denkart zeugen. Einer ihrer Vorschläge verlangt von „jedem, der den Verdacht hegt, daß eine andere Person“ das „begangen hat oder zu begehen beabsichtigt“, was im Apartheidstaat „Terror“, „Subversion“ oder „Sabotage“ heißt, dies der Polizei anzuzeigen. Unterlassung hätte Bestrafung nach denselben Gesetzen zur Folge — einschließlich der möglichen Todesstrafe.<sup>8</sup> „Volksgerichtshof“-Mentalität greift um sich in Südafrika.

Erschreckend — und vor solchem Hintergrund zugleich aufschlußreich — ist die liebevolle Mühe, mit der große Teile der bundesdeutschen Presse dennoch die historisch längst überholten Anpassungsmanöver des Regimes als „Reformpolitik“ zu verkaufen suchten und suchen. Selbst das Konzept der sog. Verfassungsreform blieb von solchem Lob nicht ausgespart. Danach wird den Bevölkerungsgruppen der Inder und der „Farbigen“ eine Pseudo-Repräsentanz ohne wirkliche Entscheidungsgewalt neben dem Regierungsapparat der weißen Minderheit zugewiesen.

Nach dem Motto „teile und herrsche“ erhielten Inder und Farbige u.a. jeweils eine parlamentarische Vertretung parallel zum weißen Parlament, desgleichen eigene Ministerpräsidenten, die neben weiteren Ministern in einem Kabinettsrat zusammen mit den weißen Ministern saßen. Das letzte Wort hätte in jedem Fall jedoch der (weiße) Staatspräsident; die Afrikaner blieben allemal ausgeschlossen.

Daß über diese kosmetische Veränderungsabsicht ein erbitterter Streit innerhalb der herrschenden National-Partei bis hin zur Abspaltung einer Gruppe unter Führung des Politikers Andries Treurnicht ausbrach, geht freilich weniger auf grundsätzliche Erwägungen zurück. „Der Unterschied zwi-

schen P.W. Botha und A. Treurnicht“, formulierte die Financial Mail bündig, „ist letztlich der: Ersterer sucht einen Ausgleich mit gewissen Schwarzen (womit hier Inder und Farbige gemeint sind; d. Verf.) — aber zu den Bedingungen der Weißen; letzterer verachtet einen solchen Ausgleich als Schwäche.“<sup>9</sup>

## Ferne gegen weiße „Verräter“

Dennoch macht diese Auseinandersetzung innerhalb des herrschenden Lagers deutlich, daß Differenzen bestehen im Hinblick darauf, wie der sich zuspitzenden Krise des Regimes zu begegnen ist. Sie macht deutlich, daß Umgruppierungen und Polarisierungen der politischen Kräfte stattfinden. In diesem Prozeß gehört es zu den für das Regime beängstigendsten Erscheinungen, daß am Rande des „weißen Blocks“ Auflösungsstendenzen stärker werden, die auch durch den „Liberalismus“ südafrikanischer Prägung nicht mehr kanalisierbar sind.

Eine konsequente weiße Opposition hat es in Südafrika, zumal nach 1948, stets gegeben; etwa in Form des Kongresses



Schwarze Arbeiter einer Goldgießerei

der Demokraten, der mit dem ANC und anderen Organisationen 1955 die Kongreßallianz bildete, die das nach wie vor gültige Programm des ANC, die Freiheitscharta (Wortlaut in: AIB-Sonderdruck 1/1977, S. 4-5), verabschiedete; oder in der Kommunistischen Partei Südafrikas, deren Mitglieder im und mit dem ANC zusammenarbeiten.

Die sich seit einiger Zeit verstärkende weiße Opposition rekrutiert sich aus unterschiedlichen Gruppen der Bevölkerung. Von besonderer Bedeutung ist hierunter die wachsende Zahl der Kriegsdienstverweigerer, von denen sich Hunderte bereits ins Ausland abgesetzt haben, andere hingegen im Lande drakonische Bestrafungen auf sich genommen haben. Dabei stammen Gegner des rassistischen Systems keineswegs mehr allein aus dem englischsprechenden weißen Bevölkerungsteil. Umso fanatischer verfolgt das Regime solche „Abtrünnigen“ aus den eigenen Reihen.

Am 25. April 1982 meldete die FAZ die Verurteilung einer Lehrerin, einer Nichte des für Südafrikas Schwarze zuständigen Ministers Koornhof, zu einer Haftstrafe wegen konspirativer Unterstützung des ANC: „Der Staatsanwalt hatte die Täterin als 'gefährliche Terroristin ohne Revolver' und als 'Verräterin des Volkes und des Landes' gebrandmarkt.“<sup>10</sup>

Den einer prominenten Industriellenfamilie entstammenden Studentenschaftsführer Andrew Boraine hatte das Regime im Vorjahr mit Bann belegt. Doch auch Mord gehört zu den Waffen der Verteidiger der Apartheid gegenüber „Verrätern“. Dr. Neil Aggett, Arzt und Gewerkschafter, wurde Anfang dieses Jahres Opfer eines jener seltsamen „Selbstmorde“ in Polizeigewahrsam.

Todeskommandos und Femeorganisationen wie „Scorpio“ machen seit Jahren Jagd auf Apartheid-Gegner. Auf ihr Konto geht die Ermordung des schwarzen Rechtsanwalts und ANC-Mitglieds Griffiths Mxenge im November 1981. Eines ihrer ersten Opfer war 1978 der weiße Journalist Richard Turner.

Die Lehrerin Koornhof und Dr. Aggett (dem ANC-Kontakte zur Last gelegt wurden) sind zwei Beispiele dafür, daß sich auch unter Südafrikas Weißen der Widerstand gegen das System am ANC als Hauptkraft dieses Kampfes zu orientieren begonnen hat. Für den ANC seinerseits mag Winnie Mandelas Äußerung stehen: „Ich betrachte sie als meine Brüder im Freiheitskampf... Wir betrachten sie nicht als Weiße, sie sind unsere Brüder in der Unterdrückung, die in diesem bitteren Kampf mit uns zusammen kämpfen.“<sup>11</sup>

### Aufschwung von ANC und Gewerkschaftsbewegung

Die zunehmende Opposition Weißer, vor allem aber ihre Radikalisierung, ist freilich nur ein Symptom des auf allen Ebenen anwachsenden Kampfes.

In besonderem Maße gilt das für Südafrikas schwarze Arbeiterklasse, die in den letzten zwei Jahren aktiver geworden ist denn je. Kam es 1979 zu 100 Arbeitsniederlegungen, so waren es 1980 bereits 207, und 1981 stieg die Zahl auf 342. Im gleichen Maße wuchsen die schwarzen Gewerkschaften, und darunter insbesondere diejenigen, die sich weigerten, sich registrieren zu lassen. Ganze elf von 34 schwarzen Gewerkschaften unterwarfen sich dieser Disziplinierung. Die Südafrikanische Vereinigte Arbeiter-Union (SAAWU) dagegen, die sich dem widersetzte und zudem eine Politik der nicht-rassistischen Organisation verfolgt, zudem militant die Interessen ihrer Mitglieder vertritt, zählt zwei Jahre nach ihrer Gründung bereits 75.000 Mitglieder.<sup>12</sup>

Die Entwicklung bestätigt die strategische Einschätzung des ANC von 1969, als er neben der Orientierung auf den bewaffneten Kampf der schwarzen Arbeiterklasse eine ent-

scheidende Rolle in der weiteren Entwicklung des Freiheitskampfes beimaß.

Der ANC und seine Politik – seine Programmatik und seine bewaffneten Aktionen – sind heute unbestritten der Kristallisationskern des Widerstandes. Beispielhaft dafür war im Oktober 1981 eine Massenversammlung Hunderter Delegierter von 109 Organisationen, die ihrerseits über 300.000 Mitglieder vertraten, in Durban. Sie repräsentierten ein Spektrum u.a. von Organisationen der Inder, von Gewerkschaften (darunter die SAAWU), Schüler- und Studentenorganisationen, kommunalen Komitees bis zu weißen Organisationen wie den Studentenräten der englischsprachigen Universitäten. Das beherrschende Thema war Einheit, die Hauptresolution, die angenommen wurde, sprach sich nachdrücklich für die Freiheitscharta des ANC aus.

Die Kämpfe für die Befreiung Südafrikas an den verschiedenen Fronten haben einen enormen Aufschwung genommen. Untrügliches Zeichen hierfür ist u.a., daß selbst in der regimetreuen Presse der Name des ANC – seit dem Verbot 1960 verpönt – zunehmend häufiger genannt und als ernstzunehmender Gegner wie zuweilen gar als Gesprächspartner bei unumgänglichen künftigen Verhandlungen genannt wird.

#### Anmerkungen:

- 1) Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 1.3.1982
- 2) Zit. nach: Sunday Express, Johannesburg, 9.8.1981
- 3) Nach: Außen- und Informationsministerium (Hrsg.), Das ist Südafrika, Pretoria 1980, S. 24f.
- 4) Guardian, London, 24.6.1980
- 5) Siehe: AIB 10/1981, S. 4-8, und den Beitrag von H. Mayer in diesem Heft
- 6) Vgl. FAZ, 24.4.1982
- 7) Nach: Focus, London, Nr. 39/März-April 1982
- 8) Vgl. New African, London, April 1982
- 9) Financial Mail, Johannesburg, 23.5.1980
- 10) FAZ, 25.4.1982
- 11) Zit. nach: Frankfurter Rundschau, 26.1.1980
- 12) Vgl. Stern, Nr. 15/1982 und South, London, April 1982

<b>ISSA</b> wissenschaftliche Reihe	<b>Informationsdienst südliches afrika</b>	<b>issa</b> edition südliches afrika
	<p>Angola, Namibia, Mosambik, Zimbabwe, Südafrika – Informationen zugänglich für Jedermann:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>● umfangreiche Bibliothek</li> <li>● aktuelles Archiv</li> <li>● Beantwortung von Anfragen</li> <li>● informationsdienst mit Nachrichten und Hintergrundberichten (erscheint 8 mal im Jahr)</li> <li>● wissenschaftliche reihe Analysen und Beschreibungen von Geschichte und Gegenwart</li> <li>● edition südliches afrika Forum für südafrikanische Autoren, Jugendliteratur, Unterrichtsmaterialien</li> </ul> <p>Bestellungen und Informationen über unsere Arbeit:</p> <p style="text-align: center;"><b>issa</b> informationsstelle südliches afrika e.V. information centre on southern africa 5300 bonn 1, blücherstr. 14 telefon: 0228/21 32 88</p>	

Gespräch mit Joaquim Chissano

## Aus der Abhängigkeit von Südafrika befreien



(...) FRAGE: Die Dekolonisierung Namibias bleibt von brennendster Aktualität. Wie weit ist man nach den letzten Vorschlägen der Kontaktgruppe (USA, Großbritannien, Frankreich, Kanada, BRD, auch Gruppe der Fünf genannt; d. Red.)?

J. CHISSANO: Die Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO) und die Frontstaaten haben ihre Meinung zu dem von der Gruppe der Fünf vorgeschlagenen Wahlsystem mitgeteilt. Diese müssen nun den Ball zurückspielen. Sie waren von unserer Ablehnung enttäuscht, aber sie hatten mit ihr rechnen müssen.

Das vorgeschlagene System „eine Stimme – zwei Voten“ ist nicht akzeptabel. Es ist undemokratisch und erleichtert die Infiltration südafrikanischer und imperialistischer Agenten in die Machtorgane, mit denen ein unabhängiges Namibia ausgestattet wäre. Die Kontaktgruppe hat sich gegen die Annahme verwahrt, sie würde den Südafrikanern genehme Vorschläge unterbreiten. Aber es ist eine Tatsache, daß sie Druck auf die SWAPO ausübt, damit diese zustimmt, und nicht auf Südafrika, damit dieses die UN-Resolution 435 anwendet.

FRAGE: Gleichzeitig setzt Südafrika seine Aggressionen gegen die Frontstaaten fort und verstärkt die Unterdrückung in Namibia...

J. CHISSANO: Wir müssen – ich denke hierbei an alle Staaten der Region – weiterhin an zwei Fronten handeln: Im Innern, indem wir die Massen gegen die äußeren Gefahren mobilisieren, und auf internationaler Ebene, vor allem auf dem Gebiet der öffentlichen Meinung, indem wir die Risiken aufzeigen, die diese Situation für den Frieden beinhaltet, und um die größte Solidarität zu erreichen.

Wir haben immer gewußt, daß die Situation solange nicht geregelt sein wird, solange in Südafrika ein rassistisches Minderheitenregime herrscht. Es hat die Unterstützung einiger westlicher Staaten, aber wir versuchen, wie bei unserem Befreiungskampf, ihre Völker dazu zu bewegen uns zu unterstützen. Wir führen einen diplomatischen Kampf, indem wir unsere Gesprächspartner für die Probleme der Länder des Südlichen Afrika sensibilisieren.

Die von uns angestrebte regionale Zusammenarbeit trifft auf Schwierigkeiten, die teilweise daher rühren, daß die Länder, die uns unterstützen könnten, unseren Bemühungen um eine größere wirtschaftliche Unabhängigkeit von Südafrika gleichgültig gegenüberstehen.

FRAGE: Spielt die amerikanische Politik eine Rolle dabei, daß die westlichen Länder nur sehr bedächtig und vorsichtig auf die Wünsche der Frontstaaten und der SADCC (Koordinationskonferenz für die Entwicklung des Südlichen Afrika:

Angola, Botswana, Lesotho, Malawi, Moçambique, Swaziland, Tansania, Sambia, Zimbabwe) antworten?

J. CHISSANO: Sicherlich stimmen einige Länder ihre Politik mit den USA ab. Andererseits kontrollieren die USA eine große Zahl der internationalen Wirtschaftsorganisationen und zählen auf die Mitwirkung ihrer Verbündeten bei der Durchsetzung ihrer Politik.

Aber außer diesen Faktoren gibt es einen Mangel an politischem Willen bei einigen westlichen Ländern. Einige von ihnen haben nicht verstanden, daß sie mit uns nicht wie mit irgendeinem anderen Wirtschaftspartner kooperieren können, daß die Natur unseres Kampfes von ihnen Opfer verlangt. Sie sind nicht engagiert in unserem lebensnotwendigen Kampf gegen die Umklammerung durch Südafrika. Vielleicht, weil Südafrika gleichzeitig ein Teil ihrer selbst ist und es immer schwierig ist, sich selbst zu bekämpfen...

Neben ihren unmittelbaren Interessen müßten sie verstehen, wie wichtig es ist, dieses abscheuliche Regime zu beseitigen und somit die Zukunft ihrer Beziehungen zu garantieren.

### Extreme Verbohrtheit des Westens

FRAGE: Mangel an Klarsicht?

J. CHISSANO: Sagen wir besser extreme Verbohrtheit des Westens, der keine Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen versteht. Wir sind zu einem Augenblick unabhängig geworden, der nicht der ihre war, und sie fuhren fort, uns zu bekämpfen. In Zimbabwe, wo sie Kräfte unterstützt hatten, die das Volk nicht repräsentierten, wurden sie vom Sieg der ZANU (Afrikanische Nationalunion von Zimbabwe, Wahlsieg im Februar 1980; d. Red.) überrascht. In Angola unterstützten sie volksfeindliche Kräfte sogar noch nach dem Sieg der Volksbewegung für die Befreiung Angolas (MPLA, die im März 1976 den Sieg über die Interventionstruppen aus Südafrika, Zaire und ihrer angolanischen Alliierten FNLA, UNITA davontrugen; d. Red.). Und selbst heute haben sie die Hoffnung nicht aufgegeben, den progressiven Kräften dieses Landes einen endgültigen Schlag zu versetzen. Aber sie müssen begreifen, daß sie ihre Interessen nicht immer auf Kosten der betroffenen Völker werden durchsetzen können. FRAGE: Umsomehr als das Beispiel dieser unabhängigen Länder des Südlichen Afrika dazu geführt hat, daß andere Völker der Region erwacht sind. Unter diesem Gesichtspunkt zielt die Aktion Moçambiques daraufhin, die Regierungen dieser Länder aufzurütteln, die bis dahin meist passive Satelliten Südafrikas waren...

## Kommuniqué des Frontstaaten-Gipfels vom 6./7. März 1982 in Maputo



V. l. n. r.: S. Nujoma (SWAPO), J. dos Santos (Angola), S. Khama (Botswana), J. Nyerere (Tansania), R. Mugabe (Zimbabwe), K. Kaunda (Sambia), S. Machel (Moçambique) und O. Tambo (ANC)

Das folgende Kommuniqué wurde zum Abschluß der Gipfelkonferenz der Frontstaaten, die im März d.J. unter Teilnahme von Angola, Moçambique, Sambia, Tansania, Botswana und Zimbabwe in der moçambiquanischen Hauptstadt Maputo stattfand, herausgegeben. In kurzer und prägnanter Form wird darin die Grundposition der Frontstaaten zum Konflikt im Südlichen Afrika dargelegt. Ein bemerkenswertes Novum dieses Dokuments besteht darin, daß die Frontstaaten hier erstmals – wie bislang schon die Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO) für Namibia – nunmehr auch den Afrikanischen Nationalkongreß (ANC) als führende Kraft im Befreiungskampf Südafrikas anerkennen.

Die Staats- und Regierungschefs der Frontstaaten und die Präsidenten der SWAPO und des ANC (Südafrika) trafen vom 6.-7. März 1982 in Maputo/Volksrepublik Moçambique zusammen, um die gegenwärtige Situation im Südlichen Afrika zu analysieren.

Der Frontstaaten-Gipfel beschäftigte sich besonders mit der ständig wachsenden Aggressivität des Imperialismus, die dieser durch sein Aggressionsinstrument in der Region, das rassistische Regime Südafrikas, an den Tag legt. Die Invasion und die militärischen Aggressionen, die Benutzung bewaffneter Banditen und Agenten, die Akte der Sabotage und wirtschaftlichen Erpressung, die massiven und subversiven Propagandakampagnen Südafrikas beweisen, daß wir uns gegenwärtig im Zustand eines unerklärten Krieges befinden, der von Südafrika ausgeht und unterstützt wird.

Diese Manöver haben zum Ziel, unsere Abhängigkeit von Südafrika zu erhöhen, die harmonische Anwendung unserer Entwicklungspläne zu verhindern, um jeden Preis die Unabhängigkeit Namibias hinauszuzögern und die Befreiung des südafrikanischen Volkes zu verhindern.

Die Besetzung von Gebieten im südlichen Teil der Volksrepublik Angola durch die rassistischen Truppen Pretorias und der Versuch, die Marionetten der UNITA (Nationale Union für die vollständige Befreiung Angolas; d. Red.) zu stärken, zielen darauf ab, einen internationalen Präzedenzfall zu schaffen, der auch auf jedes andere Land der Region Anwendung finden könnte. Die afrikanischen Menschen erwarten zu Recht eine entschiedene Reaktion von der internationalen Gemeinschaft, die dies verurteilen und die unverzügliche Beendigung dieser untragbaren Verletzung der Souveränität und territorialen Integrität eines Mitgliedsstaates der OAU (Organisation für Afrikanische Einheit; d. Red.) und der Vereinten Nationen fordern sollte.

Der Frontstaaten-Gipfel stellte mit Befriedigung fest, daß – als direkte Erwiderung auf die ständig zunehmenden Repressionsakte und Verbrechen, die das Regime Pretorias begeht – das Volk von Namibia unter der Führung der SWAPO den Befreiungskampf im Land intensiviert und daß in Südafrika das Volk unter der Führung

des ANC durch Streiks und bewaffnete Aktionen entschieden gegen die Apartheid Front macht.

Die Staats- und Regierungschefs der Frontstaaten beschlossen,

- ihre koordinierte Verteidigungsaktion zu verstärken, um das rassistische Regime Pretorias von der Fortsetzung seiner militärischen Aggressions- und wirtschaftlichen Sabotageakte gegen die freien und unabhängigen Staaten der Region abzuhalten und es zum Rückzug seiner Besatzungstruppen aus der Volksrepublik Angola zu zwingen;
  - ihre bilaterale und regionale Zusammenarbeit auf diplomatischer, wirtschaftlicher, militärischer und informeller Ebene zu verstärken;
  - ihre materielle Unterstützung für die Befreiungsbewegungen SWAPO von Namibia und ANC von Südafrika zu intensivieren, so daß sie den bewaffneten Kampf für die Erlangung der nationalen Unabhängigkeit für ihre Völker verstärken können;
  - die vollständige Anwendung der Resolution 435/1978 des UN-Sicherheitsrats zu verlangen, um den Rückzug der südafrikanischen Besatzungstruppen und die Abhaltung freier und fairer Wahlen, die zu realer Unabhängigkeit in Namibia führen, zu beschleunigen;
  - die Regierung der Seychellen zu der großen Niederlage zu beglückwünschen, die sie der Söldnerbande beigebracht hat, die vom südafrikanischen Regime zur Durchführung eines Staatsstreiches in dieses Land geschickt worden war;
  - die Unterstützung zu verurteilen, die dem Apartheidregime von westlichen Mächten durch den Verkauf von Waffen, durch finanzielle und wirtschaftliche Hebel und durch den Technologietransfer, einschließlich nuklearer Technologie, gewährt wird;
  - auf der Ebene internationaler Organisationen und anderer Foren mit dem Ziel aktiv zu werden, sowohl Unterstützung für den Kampf des namibischen und südafrikanischen Volkes zu mobilisieren als auch das südafrikanische Apartheidregime auf allen Gebieten zu denunzieren, zu verurteilen und zu isolieren.
- Die Staats- und Regierungschefs der Frontstaaten verurteilten die neue von Südafrika angewandte Methode, die darin besteht, bewaffnete Banditen vorzubereiten, zu finanzieren und auszubilden, um die unabhängigen Länder des Südlichen Afrika zu destabilisieren.

Die Staatschefs der Frontstaaten gratulieren Premierminister Robert Gabriel Mugabe herzlich zur erfolgreichen Vereitelung der Versuche, den Frieden und die Sicherheit in Zimbabwe zu destabilisieren.

A Luta Continua! (Der Kampf geht weiter!)

Maputo, den 7. März 1982

(Quelle: ANC Weekly News Briefing, London, Nr. 11/15.3.1982)

J. CHISSANO: Wir wollten die regionale Zusammenarbeit der Regierungen dieser Länder entwickeln, trotz der Differenzen, die zwischen uns bestehen. Die Wirtschaftsentwicklung selbst zwingt uns dazu. Die Länder der Region, mit denen wir vor der Unabhängigkeit praktisch keine Beziehungen hatten, beginnen sich für unsere Wirtschaftspolitik zu interessieren und sie zu verstehen. Wir haben ihnen erklärt,

daß unsere Interessen die gleichen sind. Und die Handels- und Transportabkommen, die wir abgeschlossen haben, beweisen es.

Unser gemeinsames Ziel, das über unseren Differenzen steht, ist unsere Befreiung aus der Abhängigkeit von Südafrika, die wir aus der Kolonialzeit ererbt haben.



FRAGE: Ist die Normalisierung der Beziehungen zu Portugal auf der Basis der Gleichberechtigung nicht ein neuer positiver Punkt in der Diplomatie Moçambiques?

J. CHISSANO: Bestimmte portugiesische Kreise haben unsere Unabhängigkeit total mißachtet. Wir blieben unnachgiebig und haben schließlich, auch dank des erklärten Willens von General Eanes, Beziehungen auf der Basis der Gleichberechtigung aufzunehmen, diese Normalisierung erreicht, die durch seinen kürzlichen Besuch gekrönt wurde. Ohne bevorzugten Status können die Ex-Metropolen und unser Staat sehr vorteilhafte Beziehungen eingehen, aufgrund der Tatsache, daß die dafür vorgesehenen Wirtschaftssektoren sehr bedeutend sind. Die tatsächliche Entwicklung dieser Beziehungen hängt vom guten Willen Portugals ab.

FRAGE: Man sagt, daß der Eintritt Portugals in die Europäische Gemeinschaft (EG) den positiven Effekt haben könnte, daß es seine ehemaligen Kolonien, die nicht den Vertrag von Lomé (aus dem Jahre 1979; d. Red.) unterzeichnet haben, hinter sich her zieht?

J. CHISSANO: Das Problem stellt sich nicht so. Welches objektive Interesse haben wir, diesem Abkommen beizutreten? Im Moment keines.

Man darf nicht vergessen, daß es eine Europäische Gemeinschaft mit gleichen wirtschaftlichen und Finanzinteressen gibt, die sich aus Ländern mit ähnlichen Systemen zusammensetzt und die eine relativ einheitliche Gesamtheit bildet. Das ist aber nicht der Fall bei den Unterzeichnerländern des Vertrages von Lomé (die sog. AKP (Afrika, Karibik, Pazifik)-Länder; d. Red.). Sie bilden einen Block, den man den „Süden“ nennt. Uns erscheint es vorteilhafter, bilaterale Beziehungen mit der EG aufzunehmen, die nicht nur gegründet wurde, um mit den AKP-Ländern zusammenzuarbeiten.

### Für die Entmilitarisierung des Indischen Ozeans

FRAGE: Sind sie Beobachter des Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)?

J. CHISSANO: Noch nicht. Nachdem wir zu mehreren Treffen eingeladen waren, stellten wir den Antrag auf Vollmitgliedschaft.

Zwischen uns und den Ländern des RGW besteht tatsächlich eine enge Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen, die sich weiter entwickelt und die nun der Koordination bedarf.

FRAGE: Die Situation im Indischen Ozean – mit der Basis von Diego Garcia, der Instabilität der Komoren, den reaktionären Manövern in Mauritius, den kürzlichen Ereignissen auf den Seychellen, den Versuchen zur Destabilisierung von Madagaskar –, ist die für sie nicht vordringlich?

J. CHISSANO: Sicher, und wir unterstützen alle Versuche, die die Entmilitarisierung dieser Zone zum Ziel haben. Wir hoffen, daß die USA, die sichtlich desinteressiert sind, die Gespräche mit der Sowjetunion (sie wurden von der Carter-Administration 1978 abgebrochen; d. Red.) wieder aufnehmen. Die Problematik dieser strategischen Zone wird im nächsten Jahr in den Vereinten Nationen erörtert werden; zudem hat Madagaskar eine Konferenz vorgeschlagen.

Die Kriegsgefahren in dieser Region betreffen Afrika, aber auch Asien. Die USA müssen also ihre Basen zurückziehen. Aber das reicht nicht, da der Westen sich bei seinen strategischen Plänen in dieser Region Südafrikas bedient. Und diese Pläne werden laufend weiterentwickelt. Zwar hat sich Brasilien aus dem Projekt zur Schaffung eines Südatlantik-Paktes (SATO) zurückgezogen, eine Entscheidung, die uns gefreut hat; aber deshalb ist der Plan noch nicht vergessen. Und erst kürzlich fand in Argentinien ein Treffen, an dem südafrikanische Militärs teilnahmen, statt, um einen solchen SATO-Pakt erneut in Gang zu bringen.

(Quelle: Afrique Asie, Paris, Nr. 262/29.3.1982, S. 28-30)



### Sonderbroschüre zum Reagan-Besuch

Neuerscheinung!

Zum NATO-Gipfel und zum Reagan-Besuch

Zur Bonner Friedensdemonstration am 10.6.1982

Anläßlich des Reagan-Besuchs und der Bonner Großdemonstration „Aufstehen für den Frieden – Den Widerstand verstärken! Keine neuen Atomraketen in Europa!“ am 10.6.1982 haben die Dritte-Welt-Zeitschriften in der Bundesrepublik, darunter das AIB, die blätter des iz3w, das ila-info, die Lateinamerika-Nachrichten, der Informationsdienst Südliches Afrika, die IKA-Zeitschrift für internationalen Kulturaustausch, Cuba Libre u.a., eine Sonderbroschüre herausgebracht.

Das gemeinsame Sonderheft enthält Beiträge zu folgenden Themenbereichen:

- *Verhältnis von Friedensbewegung und Solidaritätsbewegung*
- *Beginnt der Dritte Weltkrieg in der Dritten Welt?*
- *Die Strategie des US-Imperialismus gegenüber der Dritten Welt*
- *Militarisierung der Dritten Welt, Rüstungsexportpolitik und atomare Zusammenarbeit*
- *Blockfreiheit – Ausweg oder Illusion?*
- *Die Befreiungsbewegungen in der Weltpolitik*
- *Die Bundesrepublik und die Dritte Welt*
- *Zur Rolle der UdSSR und der anderen RGW-Länder*
- *Hunger und Rüstung – Entwicklungsstrategien und Abrüstung*

Umfang: ca. 80 Seiten, Preis 5,- DM

Das Sonderheft kann ab sofort beim AIB (Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Tel. 06421/ 24672) bestellt werden.

Bitte Bestellkarte in der Mitte des vorliegenden Heftes benutzen!

Hans Mayer

# Die Kontaktgruppe blockiert Namibia-Verhandlungen

„Wir schlagen eine internationale Konferenz vor, bei der die beteiligten Verhandlungsparteien alle ausstehenden Fragen auf einmal lösen. Nur so kann die Resolution 435 des UN-Sicherheitsrats verwirklicht werden.“<sup>1</sup> Mit diesem Vorschlag versuchte der Leiter der Delegation der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO), Hidipo Hamutenya, bei den Gesprächen mit der westlichen Kontaktgruppe (USA, Großbritannien, Frankreich, Kanada, BRD) in Luanda Anfang April 1982 den Verhandlungsprozeß über die Unabhängigkeit Namibias wieder in Gang zu bringen.

Seit die westliche Kontaktgruppe unter Führung der USA im September 1981 ihren 3-Phasen-Plan (siehe: AIB 2/1982, S. 16-34) unterbreitete, ist es praktisch zu keinen Verhandlungsfortschritten gekommen. Insbesondere das aus der Bundesrepublik Deutschland entlehnte Wahlverfahren – eine Mischung aus Verhältnis- und Direktwahl – hat den erfolgreichen Abschluß der Phase I bislang blockiert.

Die Vertreter der Frontstaaten und der SWAPO haben dem gemischten Wahlsystem ihre Zustimmung versagt. Ihre Gründe sind einleuchtend. In einem Land, in dem die Mehrheit der Bevölkerung weder lesen noch schreiben kann, trägt ein derartiges Wahlsystem nur zur Verwirrung bei.

## Schachzüge gegen die SWAPO

Es fällt andererseits nicht schwer, für die beharrliche Weigerung der Kontaktgruppe und Südafrikas, den Wahlmodus zu verändern, Gründe zu finden. Nur mit Hilfe eines gemischten Wahlsystems meinen sie, einen Triumph der SWAPO bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung verhindern zu können.

In der Verfassungsgebenden Versammlung muß nach dem westlichen Verhandlungsvorschlag die neue Verfassung Namibias mit einer Zweidrittel-Mehrheit verabschiedet werden. Der Demokratischen Turnhallen-Allianz (DTA) und anderen neokolonialen Gruppierungen unter den 45 Parteien Namibias könnte das gemischte Wahlsystem aber eine Sperrminorität sichern. Der wirtschaftliche Besitzstand der westlichen Kontaktgruppe und der Republik Südafrika in Namibia wäre damit verfassungsrechtlich garantiert. Das Eigentum von US Steel, Tsumeb, Metallgesellschaft und vielen anderen internationalen Konzernen bliebe von einer Entzignung langfristig verschont.

Der Schachzug der westlichen Kontaktgruppe war nicht ungeschickt. Der Verhandlungswille Südafrikas konnte öffentlichkeitswirksam dokumentiert werden, während man andererseits in erpresserischer Weise auf die SWAPO Druck ausüben konnte. Dabei wäre es längst an der Zeit, die südafrikanische Regierung zu Konzessionen und schließlich zum erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen, die sich nunmehr über fünf Jahre hinziehen, zu zwingen. Doch wieder einmal, so scheint es, können die Südafrikaner auf die volle Unterstützung der USA und auf die stille Duldung der anderen Mitglieder der Kontaktgruppe zählen. Zwar hat sich die Kontaktgruppe auf 1983 als endgültiges Datum der Unabhängigkeit Namibias festgelegt, aber es wäre nicht das

erste Mal, daß dieser Termin verschoben wird.

Noch ist völlig ungeklärt, wie die Zahl, die Zusammensetzung und die Stationierung der militärischen und zivilen Teile der Unterstützungsgruppe der Vereinten Nationen für die Übergangszeit (UNTAG) aussehen sollen. Auch die Einzelfragen des Waffenstillstands und der Übergangszeit, die in Phase III behandelt werden müssen, sind von der südafrikanischen Regierung bereits mit so vielen Verhandlungshürden versehen worden, daß niemand mehr an den ursprünglichen Zeitplan glauben mag.

Wohl rechtzeitig erklärte der südafrikanische Außenminister Pik Botha, daß mit der Unabhängigkeit Namibias erst in eineinhalb bis drei Jahren zu rechnen sei.<sup>2</sup>

## Neue Fronten gegen Angola?

Eine Verhärtung der Positionen läßt sich auch in der Angolafrage feststellen. Die Reagan-Administration beharrt nach wie vor auf dem Rückzug der kubanischen Truppen und der Einbeziehung der UNITA (Nationale Union für die vollständige Unabhängigkeit Angolas) in die angolische Regierung. Jonas Savimbi, der Chef der mit Südafrika kollaborierenden UNITA, weilte im Dezember 1981 zum zweiten Mal zu einem offiziellen Besuch in den USA und wurde dort von Außenminister Alexander Haig empfangen.<sup>3</sup>

Überraschenderweise fand sich zur selben Zeit der Staatspräsident Zaires, General Sese Seko Mobuto, in Washington ein. Mit ziemlicher Sicherheit wurde dieser „glückliche“ Umstand zu Gesprächen über die FNLA (Nationale Befreiungsfront Angolas) Holden Robertos genutzt. Holden Roberto, der Schwager S. Mobutos, arbeitete nachweislich seit 1962 mit dem CIA zusammen. Schon seit längerer Zeit verdichten sich die Gerüchte, daß die USA mit seiner Hilfe im Norden Angolas eine zweite und dritte Front errichten wollen.

Die Vermutungen über eine noch engere Koordination zwischen der westlichen Kontaktgruppe und Südafrika bzw. seinen Vasallen wurden noch durch eine Reihe anderer Ereignisse genährt. Seit einiger Zeit wohnen den Gesprächen des US-Unterstaatssekretärs für Afrikafragen, Chester Crocker, mit südafrikanischen Regierungsvertretern in den USA südafrikanische Militärs bei.<sup>4</sup> Auch J. Savimbi wird zusehends stärker einbezogen. Ende Februar d.J. fuhr er zu einem Geheimtreffen mit dem südafrikanischen Premierminister P.W. Botha nach Kapstadt und traf sich wenig später auch mit der westlichen Kontaktgruppe.<sup>5</sup> Alles spricht nicht nur für einen regelmäßigen Gedankenaustausch über Fragen der aktuellen Verhandlungen, sondern eben auch über die militärischen Operationen in Südafrika und möglicherweise darüber hinaus.

Tatsächlich haben die Überfälle Südafrikas auf Angola in den letzten Monaten an Heftigkeit und Brutalität zugenommen. Nach Informationen des angolischen Verteidigungsministeriums haben die Südafrikaner die im August 1981 im Rahmen der Operation Protea besetzten Städte Humbe, Peu-Peu, Mongua und Ngiva im Dezember erneut einge-

nommen. Dabei brachten sie nach dem Überfall auf das Flüchtlingslager Kassinga im Jahr 1978 erstmals wieder Giftgas zum Einsatz.<sup>6</sup>

Die Mitte März 1982 erfolgten Warnungen der angolischen Botschaft vor einer südafrikanischen Großoffensive sind daher unbedingt ernst zu nehmen (vgl. auch das Interview mit R. Ngongo in diesem Heft). Schließlich erklärten die beiden südafrikanischen Oberbefehlshaber Lloyd und Malan kurz nach dem großen Luftlandeunternehmen in der Südwestecke Angolas im März 1982, sie würden, falls nötig, jederzeit neue Einfälle in das Territorium Angolas begehen.<sup>7</sup> Eine Verurteilung durch die westliche Kontaktgruppe steht bezeichnenderweise bis heute aus.

Die andauernden Aggressionsakte Südafrikas widersprechen ganz offensichtlich den Behauptungen der südafrikanischen Streitkräfte, die Aktivitäten der SWAPO seien seit den Operationen Protea bzw. Daisy beträchtlich zurückgegangen. Die erhöhten Sicherheitsmaßnahmen im Norden Namibias und die verstärkte militärische Präsenz wie die angekündigte Verschärfung der Wehrpflicht bei den Territorialstreitkräften Namibias lassen eher das Gegenteil vermuten.

Das Vertrauen der Bevölkerung in die SWAPO wächst. Die südafrikanische Armee und die Territorialstreitkräfte versuchen, die Bevölkerung mit Drohungen, Mord und Folter zur Kollaboration zu zwingen. Die Menschen fürchteten sich vor den südafrikanischen Streitkräften und nicht vor der SWAPO, meinten der Direktor des südafrikanischen Kirchenrats, Reverend Stoney, und Bischof Tutu in einer gemeinsamen Presseerklärung am Ende ihre Namibia-Reise im Februar d.J.<sup>8</sup>

Kein Wunder, wenn die mit Südafrika kollaborierende DTA



Guerillera der SWAPO

Mitte Februar d.J. auseinanderbrach. Die Spannungen innerhalb der DTA dauerten seit Herbst 1981 an. Damals scheiterten die Versuche der Nationaldemokratischen Partei unter P. Kalangula, die DTA in eine multirassische, aber einheitliche Partei umzuwandeln, am entschiedenen Widerstand von DTA-Präsident Dirk Mudge, der um sein weißes Wählerpotential fürchtete.

Die DTA hat innenpolitisch seit geraumer Zeit jede Glaubwürdigkeit verloren. Die De-facto-Anerkennung des von ihr kontrollierten Ministerrats im Oktober 1981 durch die westliche Kontaktgruppe und die ausgedehnten Propagandareisen in die USA und nach Westeuropa konnten nicht davon ablenken, daß von ihren Versprechungen in punkto Abschaffung der Apartheid im Kern nichts übriggeblieben ist.

### Auf der Suche nach der „Dritten Kraft“

Getreu dem südafrikanischen Ebenbild sind die Einkommensunterschiede zwischen Schwarz und Weiß in Namibia unverändert hoch. Statt sie für die Schwarzen zu öffnen, wurden die Schulen, Sportzentren und andere Einrichtungen nun für die Weißen privatisiert. Schließlich hat die negative Entwicklung auf dem Weltmarkt auch die exportorientierte Bergbauökonomie Namibias ins Schlingern gebracht. Die Folge sind hohe Inflations- und steigende Arbeitslosenraten.

Der Austritt P. Kalangulas aus der Parteienallianz rief die Südafrikaner auf den Plan. Ende Februar d.J. traf in Windhoek eine hochkarätige südafrikanische Delegation unter Leitung von Premierminister P.W. Botha ein, die sich angeblich um eine geschlossene Anti-SWAPO-Front bemühte, allerdings ohne sichtbaren Erfolg.

Obwohl P. Kalangula keine allzu große Unterstützung bei der größten Bevölkerungsgruppe, den Ovambos, besitzt, könnte er als einziger profilierter schwarzer Politiker außerhalb der SWAPO zu einem Kristallisationspunkt für eine „Dritte Kraft“ werden. Wenn Berichte seines Rivalen Dirk Mudge stimmen, dann hat Kalangula bereits Gespräche mit Südafrika und der Bundesregierung geführt.<sup>9</sup>

Als vielversprechend können seine Chancen aber kaum eingeschätzt werden. Schon 1980 ist ein ähnlicher Versuch Andreas Shipangas, eines SWAPO-Dissidenten, nach wenigen Monaten kläglich gescheitert. Bislang ist P. Kalangulas Bündnisangebot denn auch auf wenig Resonanz gestoßen. Lediglich Justus Garoeb's Damara Council (Rat der Stammesgruppe der Damara) hat sich positiv geäußert.

Die Suche der westlichen Kontaktgruppe nach einer echten politischen Gegenkraft zur SWAPO erscheint unter diesen Umständen nachgerade aussichtslos. Das Festhalten an dem gemischten Wahlmodus erscheint ihnen deshalb derzeit als einzige gangbare Alternative, um den Handlungsspielraum einer zukünftigen SWAPO-Regierung möglichst wirksam einzuschränken.

Deshalb hält die westliche Kontaktgruppe auch direkte Gespräche im Augenblick nicht für opportun und eine internationale Konferenz für verfrüht. Sie ist es, die in Wahrheit eine Verhandlungslösung blockiert.

#### Anmerkungen:

- 1) Facts and Reports, Amsterdam, 16.4.1982
- 2) Südafrikanischer Digest, Bern, Nr. 5/1982
- 3) Le Monde Diplomatique, Paris, März/1982
- 4) Süddeutsche Zeitung, 16.3.1982
- 5) Facts and Reports, 16.3.1982
- 6) Africa, London, Februar 1982
- 7) Windhoek Observer, Windhoek, 20.3.1982
- 8) Windhoek Observer, 20.2.1982
- 9) Facts and Reports, 16.3.1982



## Roberto Ngongo

# Der Krieg wird Angola aufgezwungen

Anfang April d.J. hielt sich Roberto Ngongo, Oberstleutnant beim angolanischen Generalstab und Parlamentsmitglied, in der Bundesrepublik auf, um über die fortgesetzte Aggressionspolitik Südafrikas gegen sein Land zu berichten. Lothar Berger und Klemens M. Roloff führten für den Informationsdienst Südliches Afrika das folgende, von uns auszugswise dokumentierte Hintergrundgespräch.

FRAGE: Die Verurteilung seiner Aggressionspolitik durch die Weltöffentlichkeit hat Südafrika bisher völlig kalt gelassen. Meinen Sie, daß sich Südafrika – trotz verbalen Protests – der Zustimmung einflußreicher Staaten sicher sein kann?

R. NGONGO: Südafrika würde es nicht wagen, die legale revolutionäre Regierung Angolas stürzen zu wollen, wenn es nicht in der NATO einen Hauptverbündeten gefunden hätte. Und innerhalb der NATO gibt die Regierung Reagan den Ton an. Daß sich Pretoria vor allem seit dem Amtsantritt Reagans in Sicherheit glaubt, hat unser Volk zu spüren bekommen.

Für die skrupellosen Militärdiktaturen Lateinamerikas war es noch nie ein Problem, Südafrikas aggressiven Kurs nach innen wie nach außen direkt zu unterstützen.

Die Unterstützung Südafrikas durch westliche Länder erfolgt wohl nicht auf dem direkten Regierungsweg. Hier sind es reaktionäre Kreise in den Regierungen, die dafür sorgen, daß Waffen und Munition aus den USA, Großbritannien, Belgien, Portugal und der Bundesrepublik Deutschland nach Südafrika gelangen und Söldner für den Krieg gegen Angola in diesen Ländern angeworben werden können.

### Kubaner – für niemanden eine Bedrohung

FRAGE: Welche Bedeutung kommt dem Söldner-Bataillon 32 zu?

R. NGONGO: Ursprünglich gehörten diesem Bataillon ausschließlich angolanische Staatsbürger an, die zuvor in den Reihen der FNLA gekämpft hatten. Nachdem der konzentrierte Angriff von FNLA, UNITA und den südafrikanischen Truppen auf Luanda im März 1976 endgültig gescheitert war, zogen sich diese Verräter zusammen mit den geschlagenen Truppen Pretorias hinter die angolanisch-namibische Grenze zurück. Dort wurden sie dann von den Südafrikanern für einen Sold von 40 Rand (1 Rand = 2,35 DM; d. Red.) regelrecht gekauft.

Von Nordnamibia aus verübte das Bataillon immer wieder Übergriffe auf unser Territorium. Da verfielen die südafrikanischen Militärs auf den Gedanken, daß die „angolanische Truppe“ ihnen sehr nützlich sein könnte, vor allem da, wo ein direkter Einsatz südafrikanischer Verbände nicht möglich sei. So wurden die am besten geeignet erscheinenden Bataillonmitglieder zur weiteren militärischen Ausbildung nach Pretoria und Kapstadt geschickt; alle Söldner erhielten

südafrikanische Pässe; der monatliche Sold stieg an bis zu 700 Rand.

FRAGE: Die USA haben die VR Angola bis heute nicht anerkannt. Die Regierung Reagan stört vor allem die Präsenz der kubanischen Truppen. Ist es richtig, daß Portugal sich als Vermittler zwischen Washington und Luanda angeboten hat?

R. NGONGO: Ich denke, unser Außenminister hat das bereits richtiggestellt: Für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen brauchen wir keinen Vermittler. Das können wir auf direktem Wege klären.

FRAGE: Aber ist eine Verständigung mit den USA überhaupt möglich?

R. NGONGO: Die VR Angola ist an freundschaftlichen Beziehungen zu allen Ländern interessiert. Das gilt auch für die USA, sofern sie unsere Unabhängigkeit und Souveränität respektieren.

In der Frage der Kubaner werden oft die Tatsachen auf den Kopf gestellt. So heißt es im Westen, Namibia könne so lange nicht unabhängig werden, wie die kubanischen Truppen in Angola stationiert seien. Diese Forderung ist völlig absurd: Wen bedrohen denn die Kubaner? Etwa Namibia oder Südafrika? Wir sind es, die permanent von den Truppen des rassistischen Südafrika überfallen werden, und das von Namibia aus, das Südafrika wider jegliches Recht besetzt hält.

Die Anwesenheit der Kubaner stellt also für niemanden eine Bedrohung dar. Im Gegenteil, die Präsenz der Kubaner hindert Südafrika daran, seine Marionetten in Angola an die Macht zu putschen.

FRAGE: Wird die VR Angola weiteren Destabilisierungsversuchen Südafrikas standhalten können?

R. NGONGO: Ja. Aber der Preis, den wir dafür zahlen müssen, ist hoch. Fast all unsere Kräfte müssen wir auf die Verteidigung unseres Landes konzentrieren. Mehr als 40% der staatlichen Einnahmen gehen in den Verteidigungshaushalt.

Nicht nur für die wirtschaftliche, sondern auch für die soziale und kulturelle Entwicklung Angolas haben die ständigen Angriffe Südafrikas verheerende Konsequenzen. Wir sind kein Land, das Krieg will. Wir wollen Frieden. Aber der Krieg wird uns aufgezwungen, und dagegen müssen wir uns wehren.

Verstärkt wurde das Bataillon 32 dann durch Söldner aus den USA, Großbritannien, Portugal, Belgien, der Bundesrepublik Deutschland und den Militärdiktaturen Lateinamerikas. Das Kommando über das Söldner-Bataillon hat ein südafrikanischer Oberst. Seine Stärke beläuft sich zur Zeit auf 5.000 Mann. Der Hauptstützpunkt des Bataillons ist Bagane in der Nähe des Caprivi-Zipfels. Gleichzeitig hält das Bataillon auf angolanischem Territorium das Gebiet um Cuamato besetzt.



## Sigmund Immler Die Reaktivierung der PAIGC

Im November 1981 fand in dem westafrikanischen Staat Guinea-Bissau der 1. außerordentliche Kongreß der Afrikanischen Unabhängigkeitspartei Guinea-Bissaus und der Kapverden (PAIGC) statt. Dieser Kongreß war notwendig geworden, nachdem am 14. November 1980 in einem nahezu unblutigen Militärputsch der damalige Staatspräsident Luiz Cabral durch Premierminister Joao Bernardo Vieira (Nino) abgelöst worden war.

Gründe für diesen Staatsstreich waren u.a. die politische Krise der PAIGC und die sich ständig verschlechternde Wirtschaftslage des Landes. Die Partei, die in einem elfjährigen Befreiungskampf das Land vom portugiesischen Kolonialismus befreite, schaffte es nach der Unabhängigkeit nicht, sich von einer Befreiungsbewegung an der Macht in eine politische Partei umzuwandeln. Sie konzentrierte ihre Aktivitäten im wesentlichen auf die Übernahme des Staatsapparates und vernachlässigte den Aufbau von Grundeinheiten und Massenorganisationen.

### Warum kam es Ende 1980 zum Staatsstreich?

Unter dem Druck einer sich ständig verschärfenden Wirtschaftskrise (siehe Reiseeindrücke von H. Blasenbrei in AIB 11-12/1979 und 1/1980; d. Red.) kam es, vor allem in den letzten Jahren, zur zunehmenden Vernachlässigung wichtiger Parteiprinzipien und zu repressiven Tendenzen im Staatsapparat. Dies führte, ebenso wie die sich aus der Verschlechterung der internationalen Konjunktur, Trockenheiten und einer in Ansätzen verfehlten Wirtschaftspolitik, die mit einer Abnahme des Lebensstandards der Bevölkerung verbunden war, zu zunehmender Unzufriedenheit vor allem in der Hauptstadt Bissau.

Gleichzeitig wurde die Diskrepanz zwischen der auf dem III. Kongreß der PAIGC im Jahre 1977 beschlossenen Politik und ihrer tatsächlichen Durchsetzung immer deutlicher. In der Armee kam es, bedingt durch die schlechte materielle Lage der Soldaten und durch Unzulänglichkeiten bei der Beförderung zu Unruhen.

Diese ohnehin schon explosive Situation wurde durch die Verabschiedung einer neuen Verfassung wenige Tage vor dem Putsch verschlimmert. Trotz breiter öffentlicher Proteste setzte sich Luiz Cabral in folgenden umstrittenen Punkten durch:

- Konzentration der Exekutivgewalt auf den Staatspräsidenten;
- die auf den Kapverden nicht zugelassene Todesstrafe wurde in Guinea-Bissau legalisiert;
- im Gegensatz zur kapverdianischen Verfassung sollte der Staatspräsident in Guinea-Bissau nicht unbedingt guineischer Herkunft sein.

Diese Verfassungsbestimmungen bestärkten die in Teilen der

Bevölkerung vorhandenen antikapverdianischen Gefühle. In diesem Zusammenhang ist erwähnenswert, daß als Folge der portugiesischen Kolonialpolitik die besser ausgebildeten Kapverdianer im Staatsapparat und im Handel überrepräsentiert waren.

Der nach dem Staatsstreich konstituierte neunköpfige Revolutionsrat, der sich fast ausschließlich aus Militärs zusammensetzt, übernahm alle Macht im Staat. Er löste den Staatsrat, den Ministerrat und die nationale Volksversammlung auf.

Der Militärputsch löste in der befreundeten Republik Kapverden Empörung aus. Der Ministerrat dieses Landes und vor allem auch der Staatspräsident und gleichzeitige Generalsekretär der PAIGC, Aristides Pereira, verurteilten schon am 15.11.1980 den Staatsstreich als „den Parteiprinzipien entgegenstehend“. Gleichzeitig wurde ein Kampagne in etwa 20 afrikanischen Ländern gestartet, um die neuen Machthaber in Guinea-Bissau zu isolieren. Trotz eines schriftlichen Meinungsaustausches zwischen dem Generalsekretär der Partei, Präsidenten des Revolutionsrates und Präsidenten des Nationalrates der PAIGC in Guinea-Bissau, Joao Bernardo Vieira, gelang es nicht, die Meinungsverschiedenheiten beizulegen.

Diese Entwicklung kumulierte schließlich in der Gründung einer neuen Partei, der PAICV, durch den kapverdianischen Flügel der PAIGC am 20.1.1981. Als Reaktion auf diese nach Meinung der PAIGC in Guinea-Bissau spalterische Aktivität beschloß der Nationalrat, den Generalsekretär aufzufordern, einen außerordentlichen Parteikongreß einzuberufen. Dies wurde abgelehnt und so beschloß der Nationalrat (CNG) der PAIGC auf seiner 2. außerordentlichen Sitzung einen außerordentlichen Kongreß der PAIGC für November 1981 einzuberufen.

In Vorbereitung des Kongresses wurden ernsthafte Versuche



„Mit unseren starken Armen erbauen wir das Vaterland Cabrals“

# Abo-Kampagne 1981/82: Auf zum Endspurt !

Für unsere Abo-Kampagne 1981/82 bleibt nur noch ein Monat. Endspurt im wahrsten Sinne des Wortes. Im Juli letzten Jahres fiel der Startschuß. Anfang Mai 1982 hatten wir genau 812 neue Abonnenten. Wenn wir jetzt noch einen Zahn zulegen, können wir die 1.000 schaffen. Natürlich nur mit der Unterstützung unserer Leser. Jetzt, kurz vor dem Bonn-Besuch Ronald Reagans und vor der Bonner Großdemonstration am 10. Juni d.J., möchten wir anregen, bei den zahlreichen Friedens- und Solidaritätsveranstaltungen, die anlässlich dieser Ereignisse stattfinden, mit unserem Sonderheft „Ein Jahr Reagan“ zu werben. Probeexemplare stellen wir auf Anfrage gerne kostenlos, auch zur Weiterverteilung, zur Verfügung.

## Appell an unsere Leser: Helft mit - werbt neue AIB-Abonnenten!

Wir wissen: Ohne die tatkräftige Mithilfe unserer Leser werden wir dieses hochgesteckte Ziel nicht erreichen können. Denn wir verfügen weder über einen umfangreichen Werbeetat noch über einen Stamm finanzkräftiger Inserenten. Auch einen kostspieligen Vertrieb über die kommerziellen Kiosknetze könnten wir uns nicht leisten, ohne den Verkaufspreis drastisch zu erhöhen. Deshalb unser Appell: Helft mit! Verbreitet das AIB in Eurem Bekanntenkreis! Bringt das AIB bei Aktionen im Freiverkauf unter die Leute! Werbt neue Abonnenten für das AIB!

## Es lohnt sich, neue AIB-Abonnenten zu werben

Gleichzeitig läuft unsere Aktion „Abonnenten werben Abonnenten“ weiter, und zwar mit erheblich erweitertem Buch- und Schallplattenangebot. Das heißt: Jedem AIB-Leser, der einen neuen Abonnenten für unsere Zeitschrift wirbt, stellen wir kostenlos eine Buch- oder Schallplattenprämie nach eigener Wahl zur Verfügung. Er muß nur selbst AIB-Abonnent sein; und der neue Abonnent muß das Abo bezahlt oder einfach die in der Mitte dieses Heftes beigeheftete Abbuchungsvollmacht ausgefüllt haben.



## Unser Angebot: Gratishefte für Neuabonnenten!

Ab sofort erhält jeder, der das AIB für mindestens ein Jahr abonniert, unser Sonderheft 1/1981 „Arbeiter- und Befreiungsbewegung im antiimperialistischen Kampf“ zur Berliner Konferenz gratis. Damit spart er 4 DM! Das Sonderheft gibt anhand von Originalbeiträgen einen zusammenhängenden Überblick über die Positionen nationaler Befreiungsbewegungen und revolutionärer Parteien in Entwicklungsländern.

## Für einen Abonnenten:

Ernesto Cardenal  
Die Stunde Null  
2. Auflage, 400 Seiten, Peter Hammer 1981

Autorenkollektiv  
AFRIKA. Geschichte von den  
Anfängen bis zur Gegenwart in vier Bänden  
Band 1 oder 2  
372 bzw. 297 Seiten  
Pahl-Rugenstein Verlag 1979/80

Jürgen Roth/Kamil Taylan  
Die Türkei - Republik unter Wölfen  
240 Seiten, Lamuv Verlag 1981



Eduardo Galeano  
Die offenen Adern Lateinamerikas.  
Die Geschichte eines Kontinents  
von der Entdeckung bis zur Gegenwart  
Erweiterte Neuauflage, 311 Seiten,  
Peter Hammer Verlag 1981

Plácido Erdozaín  
San Romero de America.  
Das Volk hat dich heiliggesprochen.  
Die Geschichte des Bischofs von San Salvador  
122 Seiten, Jugenddienst-Verlag 1981



Bitte mit  
Postkartenporto  
freimachen

Ich habe als neuen AIB-Abonnenten geworben:  
Name: .....  
Adresse: .....  
Mein Name: .....  
Meine Adresse: .....  
Mein Prämienvorschlag: .....

Der neue Abonnent hat die umseitige Abbuchungsvollmacht ausgefüllt.  
 Der neue Abonnent überweist den Abobetragskonten (Prämienzusendung erfolgt nach der Überweisung).

Ich bitte um Zusendung von Probeexemplaren an:

Name

Adresse

James Madhlope Phillips/Bremer Chor Die  
Zeitgenossen,  
Bongi Makeba, Jabula  
**Konzert für Soweto**  
30-cm-Doppel-LP  
UN-Centre against Apartheid/Pläne 1981

Ernesto Cardenal  
**Unser Land mit den Menschen  
die wir lieben**  
Gedichte. Mit Bildern aus  
Solentiname und dem neuen Nicaragua  
64 Seiten, Großformat, Peter Hammer 1980

Hannes Stütz/Dieter Süverkrüp  
**Kuba, Vom Zuckerrohr zur Zukunft**  
144 Seiten, reich illustriert  
Weltkreis 1978

Miriam Makeba  
**Country Girl**  
30-cm-LP, Verlag Pläne

**DER MENSCH  
STIRBT NICHT  
AM BROT ALLEIN ...**

Lesebuch zum Film



**SEPTEMBERWEIZEN**  
Peter Hammer Verlag

An

AIB – Weltkreis-Verlag

Liebigstr. 46

3550 Marburg



# Wer hilft mit? ...bei der Befreiung El Salvadors

## Wie geht das?

### Aufruf von Radio Venceremos

„In El Salvador sind alle kritischen Stimmen in der Presse, im Rundfunk, in den Kirchen und Gewerkschaften zum Schweigen gebracht worden. Pressezensur durch Todeskommandos, Bomben, Folter.

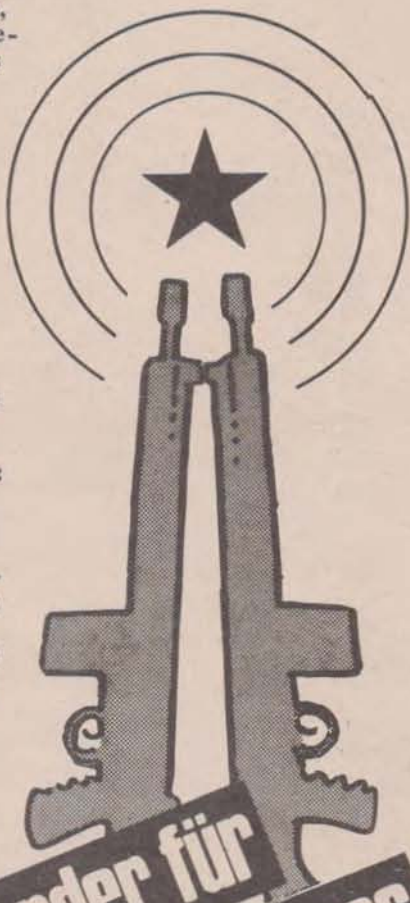
Alle Stimmen – bis auf eine, die nicht zum Schweigen gebracht werden kann, weil es die Stimme der neuen Volksmacht ist, die in weiten Teilen des Landes schon die Kontrolle übernommen hat:

Radio Venceremos...

Was anfing mit einer kleinen Sendeanlage in den Bergen von Morazán, ist in elf Monaten Arbeit zu einem komplexen Apparat geworden,

der große Aufwendungen in die Technik und Organisation erfordert, um seine Aufgabe erfüllen zu können: einer Bewegung Ausdruck und Orientierung zu geben, die sich in den ländlichen Kriegsfronten wie im Untergrund der Städte vorbereitet auf den Aufstand, auf die endgültige Beseitigung eines politisch, wirtschaftlich und moralisch schon bankrotten

weiter auf der Rückseite



elan-  
Aktion

# Ein Sender für Radio Venceremos El Salvador

und nur noch von den Waffen der USA am Leben gehaltenen Regimes...  
 Tragen wir bei zu der Erhaltung des Senders der FMLN, der letzten freien Stimme unter der Diktatur und der ersten der Volksmacht! In der Erwartung, daß dieser

Aufruf überall in der Welt, wo die Stimme von Radio Venceremos gehört wird, ebenfalls Solidarität und Unterstützung erweckt, und in der Gewißheit, vereint den Sieg zu erringen!

Radio Venceremos  
 Morazán, El Salvador"

## Was braucht Radio Venceremos?

Politische und materielle Solidarität

## Was kann man tun?

Mitmachen bei der Solidaritätskampagne des Jugendmagazins elan:

# ★ Ein Sender für ★ Radio Venceremos

## Sonderkonto Radio Venceremos

Stadtsparkasse Dortmund (BLZ 44 050 199)

**Konto-Nr.: 171 004 683** (G. v. Randow)

Postscheckamt Dortmund

**Konto-Nr.: 33339-467**

bisher  
 123000  
 DM

## Was noch dazugehört:



Poster, zweifarbig, 2,- DM.



Button, dreifarbig, 3-DM-Solipreis, mehr als 50 Prozent gehen aufs Solikonto.



Postkarten, 2 Motive, 4 Stück für 3,- DM. Damit kann man eine Spendenlawine auslösen.



Wir haben den heißen Draht zum Sender. Monatlich neue Informationen und Reportagen. Einzelheft 1,50 DM, Jahresabo nur 18,- DM.

Am besten einen Scheck beilegen oder  
 Geldscheine. Zu bestellen bei:

Redaktion elan Postfach 789 4600 Dortmund 1

Jan Metzger/Martin Orth/Chr. Sterzing  
**Das ist unser Land – Westbank und Gazastreifen unter israelischer Besatzung**  
 320 Seiten, Lamuv 1980

Hermann Kohn  
 El Salvador/Nicaragua.  
**Aufstand im US-Hinterhof**  
 191 Seiten, Weltkreis Verlag 1981

Peter Schütt  
**Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan. Gibt es Rassismus in der Bundesrepublik?**  
 264 Seiten, Weltkreis 1981

Ernesto Cardenal  
**In Kuba. Bericht von einer Reise**  
 388 Seiten, Peter Hammer 1980

Wolfram Brönner  
 Afghanistan.  
**Revolution und Konterrevolution**  
 290 Seiten, Verlag Marxistische Blätter 1980

Rainer Falk/Peter Wahl (Hrsg.)  
**Befreiungsbewegungen in Afrika. Politische Programme, Grundsätze und Ziele von 1945 bis zur Gegenwart**  
 532 Seiten, Pahl-Rugenstein 1980

Sergio Ramirez  
**Vom Vergnügen des Präsidenten. Erzählungen aus Nicaragua**  
 141 Seiten, Peter Hammer 1981

ASF (Hrsg.)  
**Keine neuen Atomwaffen in der Bundesrepublik. Aktionshandbuch 3**  
 192 Seiten, Lamuv 1982

Frederik Vahle  
**Manuel. Oder die Reise an den Anfang der Welt**  
 240 Seiten, Lamuv 1981

Karl-Klaus Rabe (Hrsg.)  
**Vier Minuten vor Mitternacht. Stellungnahmen zum Rüstungswahnsinn**  
 160 Seiten, Lamuv 1981

Antonio Skármeta  
**Der Aufstand**  
 218 Seiten, Peter Hammer 1981



Alfred Babing/Hans-Dieter Bräuer  
**Namibia. Kolonialzeit, Widerstand und Befreiungskampf heute**  
 219 Seiten, Pahl-Rugenstein 1980

Jürgen Ostrowsky/Wolff Geisler  
 Südafrika.  
**Rassismus, Imperialismus, Befreiungskampf**  
 160 Seiten, Pahl-Rugenstein 1978

Lore Schultz-Wild  
**Die zweite Befreiung. Alphabetisierung in Nicaragua**  
 Mit einem Vorwort von Fernando Cardenal  
 204 Seiten, Jugenddienst-Verlag 1981

Sergio Ramirez  
**Viva Sandino! Leben und Tod des ersten lateinamerikanischen Guerillaführers**  
 157 Seiten, Peter Hammer 1981

**MALIBONGWE. Freiheitsgedichte südafrikanischer Frauen**  
 176 Seiten, Weltkreis 1980

Michael Opperskalski  
**Gott ändert nichts... Iran gestern und heute**  
 236 Seiten, Weltkreis 1980

Brigitta Benzing/Kahsai Wolde-Giorgis  
**Das neue Äthiopien. Vom Kaiserreich zur Revolution**  
 196 Seiten, Pahl-Rugenstein 1980

Prosper Kivouvou  
**Angola. Vom Königreich Kongo zur Volksrepublik**  
 272 Seiten, Pahl-Rugenstein 1980

**Ein Vierteljahrhundert mit Allende. Erinnerungen seines Privatsekretärs**  
 429 Seiten, Pahl-Rugenstein 1981

Günter Giesenfeld  
**Vietnam – Laos – Kampuchea**  
 240 Seiten, Pahl-Rugenstein 1981

Günter Amendt  
**Das Sexbuch**  
 249 Seiten, Weltkreis 1979

ASF/AGDF (Hrsg.)  
**Bonn 10.10.81. Friedensdemonstration für Abrüstung und Entspannung in Europa – Reden, Fotos...**  
 224 Seiten, Lamuv 1981





Jugenddemonstration in den Straßen der Hauptstadt Bissau

der Reaktivierung der Parteistrukturen unternommen. Sowohl in der Hauptstadt Bissau als auch auf dem Lande wurde versucht, durch Einschreibung der Mitglieder und durch Neuwahl der Basiskomitees die Partei wiederzubeleben.

Gleichzeitig traten reaktionäre Kräfte auf, die die Krise der Partei sowie nationalistische und rassistische Tendenzen in der Bevölkerung auszunutzen suchten, um die PAIGC zu schwächen. Diese Kräfte, die teils auch schon vor dem 14.11.1980 in der Partei vertreten waren, aber nicht offen auftraten, nutzten die vom Revolutionsrat propagierte Politik der nationalen Eintracht, um einige ihrer Vertreter in führende Positionen des Staatsapparates zu heben. Es gelang ihnen jedoch trotz verschiedener Versuche nicht, das Weiterbestehen der PAIGC als Einheitspartei zu verhindern.

Angesichts des sich verschärfenden Machtkampfes verschiedener Tendenzen innerhalb der PAIGC, des Staatsapparates und der Armee wurde der 1. außerordentliche Parteikongreß mit Spannung erwartet.

### Selbstkritische Lageeinschätzung der Partei

Der Bericht wurde vom Präsidenten des Nationalrates, Joao Bernardo Vieira, vorgetragen. Als wichtigste Gründe für die Einberufung eines außerordentlichen Kongresses nannte er:

- die unnachgiebige Haltung des Generalsekretärs der PAIGC und des kapverdianischen Flügels der Partei nach dem 14.11.1980 und die Unmöglichkeit eines konstruktiven Dialogs;
- die Gründung der PAICV und die Funktionsunfähigkeit der supranationalen Organe der PAIGC;
- die sich daraus ergebende Notwendigkeit der Anpassung und Umwandlung der PAIGC in Guinea-Bissau in eine nationale Partei.

Nino ging auf die Geschichte der Partei ein. Er kritisierte die Entwicklung der PAIGC und ihrer Wirtschaftspolitik nach

der Unabhängigkeit mit folgenden Worten:

„Die Partei mußte einen großen Teil ihrer Kader in die Führung der zahlreichen neu gegründeten Staatsorgane schicken. Trotz der Tatsache, daß der Staat ein von der Partei gegründetes Instrument zur Durchsetzung ihrer Politik darstellt, geschah es, daß Staatsaufgaben zunehmend Vorrang vor Parteiaufgaben bekamen und daß die Kader in diesen Funktionen sich immer mehr von der Partearbeit entfernten, was zu einer Degradierung der politischen Situation und zum Aufkommen technokratischer Tendenzen führte... Aus dieser Tatsache ergab sich eine konstante Schwächung der politisch-ideologischen Arbeit ... mit folgenden Konsequenzen:

- die Volksmassen wurden nicht für den nationalen Wiederaufbau mobilisiert ... und entfernten sich immer mehr von der Partei...;
- das Nichtfunktionieren der intermediären und Basisstrukturen ... ermöglichte es kleinen Gruppen, Macht in ihrem Interesse auszuüben...;
- eine zunehmende Repression...“

Die wichtigsten wirtschaftspolitischen Beschlüsse des III. Kongresses der Partei seien vom Staatsapparat nicht ausgeführt worden, was zu einer katastrophalen Wirtschaftslage geführt habe. Auch die Durchsetzung des Parteiprinzip der Einheit mit den Kapverden sei in der Praxis gescheitert und immer inhaltsloser geworden. Gegen diese Tatsachen habe sich die Bewegung des 14.11.1980 gewandt.

Anschließend ging Nino auf die Entwicklung nach dem 14. November 1980 ein. Er wies u.a. auf die in der Geschichte Guinea-Bissaus erstmalige Verabschiedung eines Regierungsprogrammes durch die provisorische Regierung im Februar 1981 hin. Er begründete ferner die dem Kongreß vorgelegten Thesen und machte Vorschläge zur Reaktivierung der Partei. Weitere Themen des Berichtes waren die Massenorganisationen, Verteidigung und Sicherheit, die Rolle und Eingliederung der ehemaligen Befreiungskämpfer ins Zivilleben

und die Außenpolitik der PAIGC.

Der Kongreß verabschiedete ein neues Parteistatut und ein neues Programm. Die PAIGC wurde als nationale Partei in Guinea-Bissau restrukturiert. Der alte Name (also auch das C für Kapverden) wurde beibehalten, was von kapverdianischer Seite als Einmischung in innere Angelegenheiten heftig kritisiert wurde.

Nino begründete die Fortführung der Partei unter diesem Namen damit, daß die PAIGC in Guinea-Bissau gegründet worden sei, die Mehrzahl ihrer Mitglieder aus Guinea stammten, der bewaffnete Befreiungskampf in diesem Lande stattgefunden habe, die Partei die Unabhängigkeit beider Staaten, also auch der Kapverden, erkämpft habe, und nicht zuletzt, daß die Partei das Erbe Amilcar Cabrals, ihres Begründers, fortsetzen wolle.

### „Das Erbe Amilcar Cabrals“

Gemäß den Beschlüssen des Kongresses soll die Partei weiterhin als Einheitspartei nach den Prinzipien des demokratischen Zentralismus, der kollektiven Führung, der Einheit und revolutionären Demokratie sowie der Kritik und Selbstkritik geführt werden. Die noch aus der Zeit des Befreiungskampfes stammenden obersten Organe wurden in ein Zentralkomitee und ein Politbüro umgewandelt. Die Funktion des stellvertretenden Generalsekretärs wurde nach heftiger Diskussion aus dem Statut gestrichen.

Zur ideologischen und organisatorischen Stärkung der Partei beschloß der Kongreß die Konstituierung eines ständigen Sekretariats des Zentralkomitees und einer Revisionskommission. Ständiger Sekretär des Zentralkomitees wurde der zum linken Flügel der Partei zählende Planungsminister Vasco Cabral. Um die Kontrolle und Orientierung der Staatsorgane durch die Partei zu gewährleisten, stimmten die Delegierten für die Gründung von Parteikommissionen durch das Zentralkomitee, sowohl auf zentraler als auch auf regionaler Ebene.

Die Notwendigkeit verstärkter ideologischer Arbeit wurde besonders betont, vor allem der Kampf für die nationale Einheit und gegen Tribalismus, Regionalismus und Rassismus. In der Wirtschaftspolitik beschloß der Kongreß, die Strategie des III. Kongresses fortzusetzen und vor allem die Priorität für die Landwirtschaft auch tatsächlich durchzusetzen.

Außenpolitisch sollen die Beziehungen zu den sozialistischen Staaten verstärkt werden, ohne jedoch vom Prinzip der Nichtpaktgebundenheit, die als Verbundenheit mit dem Bestreben für Würde, Emanzipation und Fortschritt der Völker umschrieben wurde, abzuweichen. Die von der Partei als antikolonialistisch und antiimperialistisch bezeichnete Außenpolitik soll besonders den Kampf der Völker der Südlichen Afrika, Angola, die Frente POLISARIO, die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) und die Revolutionäre Front für die Unabhängigkeit Ost-Timors (FRETILIN) unterstützen.

Der von den Delegierten angenommene Antrag, den Generalsekretär der PAIGC und Staatspräsidenten der Republik Kapverden sowie die an der Gründung der PAIGC auf Kapverden beteiligten PAIGC-Mitglieder wegen spalterischer Tätigkeit aus der Partei auszuschließen, führte zu einer weiteren Belastung der Beziehungen zwischen Guinea-Bissau und den Kapverden. Auch der stellvertretende Generalsekretär der PAIGC, Luiz Cabral, wurde als angeblicher Hauptverantwortlicher für die Krise der Partei ausgeschlossen, ebenso wie andere ehemalige führende Mitglieder der PAIGC, die nach dem Militärputsch nicht nach Guinea-Bissau zurückkehrten, sondern in Kapverden blieben. Neuer

Generalsekretär der PAIGC wurde der ehemalige Präsident des Nationalrates in Guinea-Bissau und des Revolutionsrates, Joao Bernardo Vieira (Nino).

Die Durchführung des I. außerordentlichen Kongresses der PAIGC war die notwendige Folge des Staatsstreichs vom 14. November 1980 und der Gründung der PAICV auf den Kapverden. Der Kongreß sanktionierte somit die endgültige Trennung der PAIGC-Mitglieder in Guinea-Bissau und auf den Kapverden.

Die Versuche rückschrittlicher Kräfte, die nach dem 14.11.1980 entstandene Situation zu ihren Gunsten auszunutzen, d.h. die PAIGC zu schwächen und langsam aus dem nationalen Leben zu drängen, sind vorläufig gescheitert. Der Kongreß faßte entscheidende Beschlüsse zur inhaltlichen und organisatorischen Stärkung der Partei und zur besseren Anleitung und Kontrolle der Staatsorgane. Die alte Programmatik der PAIGC wurde beibehalten und soll dank einer gestärkten Partei tatsächlich in die Praxis umgesetzt werden.

Die Zusammensetzung des 12-köpfigen Politbüros, das in seiner Mehrheit aus Mitgliedern des Revolutionsrates besteht, aber auch andere bekannte Vertreter des linken Flügels der Partei enthält, deutet darauf hin, daß der Machtkampf um den zukünftigen Weg der Partei und des Landes noch nicht abgeschlossen ist und weiterhin die Entwicklung Guinea-Bissaus beeinflussen wird. Die rückschrittlichen Kräfte innerhalb und außerhalb der PAIGC befinden sich jedoch derzeit in der Defensive.

### Machtkampf noch nicht abgeschlossen

Seit dem Kongreß wurden einige Maßnahmen zur Realisierung seiner Beschlüsse ergriffen. So verabschiedete der Ministerrat Ende Januar 1982 ein Dekret über die Erarbeitung des ersten Vierjahresplans 1983-86. Trotz mehrfacher Versuche waren die Ansätze einer verstärkten Koordinierung und Planung, deren Bedeutung der III. Kongreß der PAIGC 1977 besonders betont hatte, immer an mangelndem politischen Willen gescheitert. Eine Tendenzwende deutet sich auch in der Verwirklichung des Beschlusses, der Landwirtschaft Priorität einzuräumen, an. So beschloß das Politbüro der Partei Direktiven für das anlaufende Landwirtschaftsjahr. Der Ministerrat erhöhte die Agrarpreise und beschloß ein Importprogramm zur Förderung der Agrarproduktion und -vermarktung durch bessere Bereitstellung von Grundbedarfsgütern auf dem Land, vor allem in den Reisüberschußgebieten des Südens.

Sollten diese Maßnahmen tatsächlich realisiert werden, könnte sich angesichts der guten Ernte dieses Jahres die Versorgungslage des Landes etwas verbessern. Weiterhin sagte die Regierung den Schwarzhändlern den Kampf an.

Auf politischer Ebene erlebte das Land die Propagierung der Kongreß-Beschlüsse und verstärkte Anstrengungen zur Schulung von Kadern in der PAIGC-Schule. Das Politbüro beriet über Schritte zur organisatorischen Stärkung der Partei. Das Zentralkomitee bereitet derzeit allgemeine Wahlen zu den Regionalversammlungen und zur Nationalversammlung vor, die noch in der ersten Hälfte des Jahres 1982 durchgeführt werden sollen. Ein weiterer innen- und außenpolitisch bedeutsamer Entschluß war die Freilassung des ehemaligen Staatspräsidenten Luiz Cabral. Es bleibt zu hoffen, daß diese Maßnahme zur Normalisierung zwischen den Staaten Guinea-Bissau und Kapverden beiträgt.

In der Außenpolitik sind ferner der Besuch einer hohen Partei- und Regierungsdelegation unter Führung des neuen PAIGC-Generalsekretärs in der Sowjetunion im Dezember 1981 sowie die Reisen des Generalsekretärs nach Frankreich und Kuwait zu erwähnen.



Wilfred Burchett

## Vom Widerstand zum Aufstand Die Geschichte der zweiten Befreiung (1. Teil)

Der australische Journalist Wilfred Burchett zählt zu den profundesten Kennern Indochinas. Er lebte selbst mehrere Jahre in Kampuchea. 1980/81 unternahm er Reisen durch das zerschundene Land der Khmer. Neben aktuellen Situationsberichten (siehe AIB 5/1981) stellte W. Burchett Recherchen an, um die noch ungeschriebene Geschichte des Volkswiderstandes gegen das Pol-Pot-Regime (1975-79), soweit als heute möglich, nachzuzeichnen.

„Die Flutwelle der Aufstände, die das kampucheanische Volk entfesselt hatte, um das Land und sich selbst zu retten, gipfelte in einem vollständigen Sieg. Am 7. Januar 1979 wurde die Hauptstadt Phnom Penh vollständig befreit. Die diktatorische, militaristische und nepotistische (Vetternwirtschaft betreibende; d. Red.) Regierung der Pol Pot/Ieng Sary-Clique wurde im gesamten Lande besiegt. Als es am Rande der Ausrottung stand, erhob sich das Volk von Kampuchea...“

(Manifest des Revolutionären Volksrates von Kampuchea, 10. Januar 1979)

Die vollständige Geschichte des Widerstands des kampucheanischen Volkes gegen das Regime der Roten Khmer<sup>1</sup> wird nie bekannt werden. Die Auslöschung tausender namenloser Helden und Heldinnen – in den Erhebungen, an denen sie teilnahmen, oft bis auf den letzten Mann und die letzte Frau – macht es unmöglich, ein vollständiges Bild zusammenzusetzen. Es ist aber möglich zu bestätigen, daß sich der Kampf extrem ausdehnte und sowohl von unbewaffneten Zivilpersonen als auch von Einheiten der Streitkräfte mit großem Heldenmut geführt wurde.

Alle Mitglieder des regierenden Revolutionären Volksrates und anderer leitender Körperschaften der Volksrepublik Kampuchea beteiligten sich an Widerstandsbestrebungen oder führten diese an. Zu den Führern von Widerstandsgruppen innerhalb der Rote-Khmer-Streitkräfte gehörten Heng Samrin, der später Präsident der Volksrepublik Kampuchea wurde, Hun Sen, ihr Außenminister, und Sau Phim, der zuerst Vizepräsident für Khieu Samphan war, nachdem letzterer 1976 Sihanouk als Staatsoberhaupt abgelöst hatte. Sau Phim führte eine der ausgedehntesten Erhebungen innerhalb der Streitkräfte an. Er wurde verraten und hingerichtet.

Bewaffneter Widerstand gegen die Rote-Khmer-Führung Pol Pots und Ieng Sarys begann bereits 1973. In jenem Jahr stand Sai Phu Thong, jetzt einer der Vizepräsidenten der Nationalen Einheitsfront für die Rettung Kampuchreas (FUNSK),<sup>2</sup> an der Spitze eines bewaffneten Aufstandes in Kampuchea südwestlicher, an Thailand grenzender Provinz Koh Kong. Dieser Aufstand wurde durch den Abscheu örtlicher Rote-Khmer-Kader gegenüber den brutalen Maßnahmen, die gegen die Zivilbevölkerung angeordnet wurden, beschleunigt. Er wurde mit großer Grausamkeit niedergeschla-

gen und alle Kader der Kommunistischen Partei aus jener Provinz wurden hingerichtet.

Sai Phu Thongs Widerstandsgruppe war die zeitlich erste und größte. Sie unterhielt 5 kleine Stützpunkte mit je 20-60 Angehörigen der Streitkräfte. Insgesamt hatten sie nur zwei kleine Radioempfänger und keine Sender. Bei 17 Gelegenheiten schickte Sai Phu Thong Emissäre, um von den Vietnamesen Hilfe zu erbitten. Aber Hanois Loyalität gegenüber den Roten Khmer war zu jener Zeit so groß, daß die Emissäre an der Grenze zurückgeschickt wurden. Drei der Gruppen wurden abgefangen und von den Pol-Pot-Kräften ausgelöscht.

Schließlich gelang es Sai Phu Thong, einem Khmer thailändischer Herkunft, nach Thailand zu entkommen, wo er von Angehörigen des Khmer-Volkes im Grenzgebiet beschützt wurde, bis er zurückkehren konnte, um den landesweiten Aufruhr zur Beendigung des Pol-Pot-Regimes zu unterstützen.

Eine ähnliche bewaffnete Erhebung, unter Führung von Bu Thuong, begann etwas später in der Nähe der laotischen Grenze in Nordostkampuchea. Erhebungen innerhalb der Streitkräfte gewannen besonders ab 1977 an Schlagkraft, aber die meisten wurden mit der den Roten Khmer eigenen Grausamkeit unterdrückt.

Die fast völlig fehlenden Nachrichtenverbindungen zwischen den verschiedenen Widerstandsgruppen ließen sie über die Existenz und die Aktivitäten der jeweiligen anderen in Unkenntnis und verhinderten lange Zeit die Organisierung einer landesweiten Aufstandsbewegung. Nichtsdestoweniger gingen die Revolten innerhalb der Streitkräfte der Roten Khmer sowie die isolierten Volkserhebungen weiter.

### Die „Krauchmar-Revolte“

Einen Bericht über spontanen Volkswiderstand bekam ich von Dr. Abdul Koyaume, einem Vizepräsidenten des Phnom Penher Komitees der Nationalen Rettungsfront. Er ist für die Angelegenheiten ethnischer Minderheiten sowie – als Epidemiologe – für das öffentliche Gesundheitswesen der Stadt zuständig.

Dr. Koyaume gehört zu den Cham. Diese mohammedanische Gemeinschaft von Khmer zählte früher einmal 700.000, wurde aber von den Roten Khmer auf ungefähr 150.000 reduziert.<sup>3</sup> Die Cham, traditionell Fischer, lebten hauptsächlich längs der Flüsse Mekong und Tonle Sap. Dr. Koyaume hatte im Dorf Kokor gewohnt, das zusammen mit den Dörfern Koh Prak und Roang den Bezirk Kompong Sien der Provinz Kompong Cham bildete. Zur Zeit unseres Zusammentreffens Anfang Dezember 1980 hatte er die drei Dörfer gerade besucht und sie völlig verlassen vorgefunden. Von den ehemals 20.000 Cham-Einwohnern von Kompong

Sien war keiner mehr da. Das bedeutet nicht unbedingt, daß keiner überlebt hatte; doch der Gestank und die Erinnerung an den Tod waren derart, daß Überlebende nicht zurückkehren wollten. Dr. Koyaume beschrieb, was als der „Krauchmar-Aufstand“ bekanntgeworden war:

„Es war im Oktober 1975, als die Reisauspflanzung in der Hauptsaison gerade abgeschlossen war und wir uns eben zur Feier des Ramadan, des heiligsten islamischen Feiertags, anschickten. Angkar-Kader<sup>4</sup> erschienen und alle wurden zu einer öffentlichen Versammlung gerufen. Der leitende Kader sagte: 'Ihr seid jetzt Revolutionäre – ihr dürft die Religion nicht länger respektieren. Ihr könnt den Koran als Toilettenpapier benutzen. Bringt sie heraus, und wir werden ein Freudenfeuer damit veranstalten.' Die Leute weigerten sich, und die Pol-Pot-Truppen begannen in die Häuser zu gehn, um Koranexemplare zu konfiszieren. Unsere Männer wehrten sich, und es gab ein Tauziehen um den Besitz des Koran. Die Truppen fingen an, die Frauen und Kinder fortzujagen und die Männer zusammenzutreiben. Sie wurden fortgeschafft und hingerichtet.

Schnell verbreitete sich die Nachricht davon, daß sich dies in allen Cham-Dörfern im Bereich des mittleren Mekonglaufes abspiele. Die Rettung des Koran nahm Widerstandscharakter an. Aber dies war nur der Vorwand für die rassistische Ausrottung unserer Cham-Bevölkerung. Sie beschuldigten unsere Frauen, daß sie das Haar lang trügen wie die Vietnamesinnen und folglich 'beschmutzt' seien. Nicht weit von meinem Dorf lag die sehr fruchtbare Insel Koh Phal, die 'Wohlstandsinsel', in der Mitte des Mekong. Dort gab es denselben Kampf um den Koran. Die Pol-Pot-Truppen begannen die Männer zusammenzutreiben. Viele sprangen in den Fluß. Einige ertranken, einige wurden im Wasser von MG-Feuer getötet. Die Pol-Pot-Leute schickten dann eine Marineeinheit aus Kompong Cham, um jedes auf Koh Phal verbliebene Lebewesen auszulöschen. Die Insel ist in Koh Pes, 'Insel der Asche', umbenannt worden.“

Laut Dr. Koyaume, (und bestätigt durch meine eigenen Interviews mit Überlebenden der Cham, angefangen mit denen, die 1977-78 nach Vietnam entkamen), wurden die Cham zusammen mit Offizieren und Soldaten der Lon-Nol-Streitkräfte<sup>5</sup> in die Kategorie „A“ zur beschleunigten Ausrottung eingereiht.

„Das Morden begann unmittelbar nach dem, was wir als unseren gemeinsamen Sieg (vom April 1975; d. Red.) ansahen. Die erste Phase bestand darin, daß Freiwillige als Helfer beim Reispflanzen gesucht wurden. Die, die sich meldeten, wurden nie wieder gesehen. Das Morden ging 1975 und 1976 sporadisch weiter. Im Juli 1977 sagten die örtlichen Rote-Khmer-Führer, unser Bezirk sei zu dicht bevölkert und einige Leute müßten auf andere Bezirke verteilt werden. Mein Dorf lag im sog. 'Bezirk 42', und es wurde angeordnet, daß als erstes 120 Familien in den 'Bezirk 41' umgesiedelt werden müßten. Die Hälfte der Familien waren Cham. Sie konnten keinerlei Haushaltsutensilien mitnehmen – Angkar 'würde welche besorgen'. Die zuerst gingen, verbrachten eine Nacht in einer Schule, während die wenigen LKWs hin- und herfuhren und die anderen abholten. Von da an müßten sie alles dalassen bis auf die Kleidung, die sie trugen. Dann wurden sie zur Kautschukplantage von Chup gebracht, wo man Gruben, einige davon 10 m tief, vorbereitet hatte. Männer, Frauen und Kinder wurden getrennt umgebracht, ihre Leichen in verschiedene Gruben geworfen.“

Prom Than, der zu der Diskussion mit Dr. Koyaume mitgekommen war, war ebenfalls ein Vizepräsident des Phnom-Penher Komitees der Front und war für religiöse Belange verantwortlich. Ich fragte ihn, warum Pol Pot besonders gegen die Cham war. Er erwiderte, daß die Pol-Pot/Ieng Sary-Führung gegen alle Religionen war.

„Die Rote-Khmer-Führer brachten ungefähr 3/4 der buddhi-



stischen Bonzen um, konnten aber nicht alle buddhistischen Gläubigen töten, da sie praktisch das gesamte Volk darstellten. Was aber die Cham angeht, so konnten sie nicht nur die Mullahs, sondern alle Gläubigen umbringen, weil es sich um eine fremdländische Völkerschaft mit einer fremdländischen Religion handelte. Und die Cham wehrten sich mit allen ihnen verfügbaren Mitteln, um ihre Religion und ihre besonderen Bräuche zu verteidigen.

Vor 1975 lebten die Cham in sehr festgefügtten Gemeinschaften, die sich gewöhnlich um ihre Moscheen herum gruppierten. Zwischen ihnen bestand eine sehr große Solidarität. Pol Pot machte sich sofort daran, dies alles zu zerbrecen. Es herrschte eine vorsätzliche Teilungs-, Zerstreuungs- und Ausrottungspolitik.

Um zu überleben, mußten die Leute ihre Bräuche aufgeben. Moscheen wurden in Schweineställe und Deponien für menschliche Exkremente verwandelt. Die Frauen müßten sich das Haar kurz schneiden, die Männer Schweinefleisch essen – Weigerung bedeutete die sofortige Exekution. Von Gebeten mußte Abstand genommen werden, die Cham müßten ihre Identität verbergen oder verleugnen. Doch hörten sie unter enormen Opfern niemals auf, sich in der einen oder anderen Form zu wehren.“ *Wird fortgesetzt*  
(Quelle: Tricontinental, Havanna, Nr. 78, 5/1981, S. 37-51)

#### Anmerkungen:

- 1) Als Rote Khmer (Khmer Rouge) bezeichnete das vormalige kampucheinische Staatsoberhaupt Prinz Norodom Sihanouk einen ultralinken Flügel der Kommunistischen Partei Kampuchreas, nachdem diese 1960 den bewaffneten Kampf zum Sturz seines neutralistischen Regimes aufgenommen hatte; d. Red.
- 2) Grundsatzdokumente der FUNKSN und des Revolutionären Volksrates Kampuchreas siehe in: AIB 2/1979, S. 4 ff.; d. Red.
- 3) Die Angaben hinsichtlich der Gesamtzahl der Cham-Bevölkerung in Kampuchea schwanken beträchtlich, aber es herrscht allgemeine Übereinstimmung darüber, daß von den Khmer Rouge der Versuch unternommen wurde, sie vollständig auszurotten.
- 4) „Angkar“ bedeutet „Die Organisation“, wie sich der Unterdrückungsapparat von Pol Pot/Ieng Sary selbst nannte; d. Red.
- 5) Das proimperialistische Lon-Nol-Regime war im März 1970 durch einen Putsch an die Macht gekommen und wurde mit der Eroberung Phnom Penhs im April 1975 durch die Nationale Einheitsfront Kampuchreas (FUNK) gestürzt; d. Red.

## Ivesa Lübben-Pistofidis Rebellion in der Westbank



„Ich bin entschlossen, meinen Kampf fortzusetzen, um dem Einfluß der PLO (Palästinensische Befreiungsorganisation; d. Red.) ein Ende zu machen“,<sup>1</sup> rechtfertigte der israelische Kriegsminister Ariel Scharon den brutalen Einsatz des israelischen Militärs in der Westbank. Und der sog. „Zivilgouverneur“ Menachim Milson pflichtete ihm bei: „Israel befindet sich jetzt in einem sehr ernstem Kampf gegen die PLO. Er wird meiner Meinung nach ausschlaggebend sein für die Friedenschancen im Nahen Osten.“<sup>2</sup>

Im März dieses Jahres entwickelte sich der palästinensische Widerstand in der Westbank (Westjordangebiet) und im Gazastreifen, der sich gegen die israelische Besatzung und die in Camp David (Separatabkommen Israels, Ägyptens und der USA, September 1978) ausgehandelten Autonomiepläne richtet, zum Massenaufstand.

### Bürgermeister auf der Abschußliste

Als der Bürgermeister von El-Bireh, Ibrahim Tawil, am 15. März 1982 in das Büro des Gouverneurs Milson zitiert wurde, lehnte der gesamte Gemeinderat ein Treffen mit der Zivilverwaltung ab: „Wir wurden nicht gewählt, um als Brücke zu dienen, über die Pläne und Lösungen des Feindes durchgesetzt werden können – als solche sind die Zivilverwaltungs- oder Autonomiepläne von unserem Volk bereits abgelehnt worden.“<sup>3</sup>

Die Antwort der Zionisten kam prompt. Am 18. März d.J. stürmten israelische Truppen das Bürgermeisteramt in El-Bireh, lösten den Gemeinderat auf und setzten ein der Zivilverwaltung unterstelltes Komitee ein, das die Amtsgeschäfte leiten soll.

Die Bürgermeister von Nablus und Ramallah, Bassam Shakaa und Karim Khalaf, riefen daraufhin die Bevölkerung der besetzten Gebiete zum Generalstreik auf, der überall befolgt wurde. Die Läden blieben geschlossen, Schulkinder organisierten Sit-ins, Studenten bauten Barrikaden. Überall fanden mächtige Demonstrationen statt.

Die Besatzungsmacht schlug brutal zurück. Läden wurden mit Gewalt geöffnet, Telefonleitungen gekappt, Zeitungen durften nicht mehr erscheinen. Über die meisten Städte wurde eine Ausgangssperre verhängt, Panzer fuhren auf. Gegen Demonstranten wurde nicht nur Tränengas eingesetzt – es wurde auch scharf geschossen. Bis zum 31. März d.J. starben 8 Palästinenser im Kugelhagel, die meisten von ihnen unter 20 Jahren.

„Herr Scharon verheimlicht nicht,“ schrieb Le Monde am 24.3.1982, „daß er die meisten Bürgermeister loswerden möchte. Schon einen Tag später werden die Bürgermeister von Nablus und Ramallah, Bassam Shakaa und Karim Khalaf, mit Gewalt zum Sitz des Militärgouverneurs geschleppt, wo ihnen ihre Amtsenthebung mitgeteilt wird. Menachim

Milson hat inzwischen zu verstehen gegeben, daß 10 weitere Bürgermeister auf der Abschußliste stehen.“<sup>4</sup>

Der Protest gegen diese Maßnahmen dehnte sich auch auf die Araber in Israel selbst aus. Am Tag des Bodens, der seit 1976 jedes Jahr am 30. März gefeiert wird, folgen Zehntausende von Arabern in Nazareth, Haifa, Ramallah und Jaffa dem Streikaufruf. Am Vorabend hatten 15.000 Israelis auf einer Kundgebung in Tel Aviv das Ende des Besatzungsterrors gefordert.

Als schließlich Allan Goodman, ein Zionist und Anhänger der ultrarechten Jüdischen Verteidigungsliga Rabbi Kahanes, am Ostermorgen in Jerusalem 2 Palästinenser ermordete und 100 verletzte, traten die Volksmassen in allen arabischen Ländern und dem Iran in einen eintägigen Solidaritätsstreik mit dem palästinensischen Volk. Die Verurteilung Israels durch den UN-Sicherheitsrat scheiterte nur am Mißbrauch des Vetorechts durch die USA. Die Anzeichen dafür, daß die Zionisten die Annexion der Westbank und des Gazastreifens vorbereiten, mehren sich. In Menachim Begins Wahlplattform vom Sommer 1981 war die Rede von „historischen Rechten“ über die besetzten Gebiete, die mit allen Mitteln zu verteidigen seien.

Nach der Rückgabe des ägyptischen Sinai durch Israel am 25. April 1982 und der Räumung der letzten Sinai-Siedlung Yamit durch die israelische Armee stellte Ministerpräsident Begin klar: Yamit sei die letzte zionistische Siedlung auf besetztem Territorium, von der sich Israel freiwillig zurückziehen werde. Einen Tag nach der Räumung der Halbinsel kündigte er eine Gesetzesinitiative seiner Regierung an, der-



Drohgebärden Menachem Begins in der Knesseth (l.); eines von rund 15 Todesopfern, die von März bis



zufolge bei künftigen Friedensverträgen mit arabischen Nachbarn die Räumung jüdischer Siedlungen verboten sei.<sup>5</sup> Kriegsminister Scharon nannte die Räumung des Sinai die Grenze der israelischen Zugeständnisse. „Es gilt nun Israels Sicherheit zu verbessern und die Siedlungen im Westjordanland, auf den Golanhöhen und im Gazastreifen auszubauen“, heißt es in seinem Tagesbefehl vom 25. April 1982.<sup>6</sup>

Selbst die in Camp David vereinbarten sog. Autonomievereinbarungen, durch die ja die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser verhindert werden sollte, stoßen anscheinend unter der zionistischen Führung nur noch auf wenig Interesse. Ariel Scharon besteht darauf, daß die nächste Verhandlungsrunde in Jerusalem stattfindet – für Ägyptens Präsident Mubarak, der gerade dabei ist, Wege zur Annäherung an die arabische Staatengemeinschaft zu suchen, ein unannehmbarer Vorschlag.

Es scheint den Zionisten auch eher darum zu gehen, Vorwände für eine mögliche Annexion der Westbank und des Gazastreifens zu suchen. Sollten die Autonomiegespräche mit Ägypten scheitern, so drohte A. Scharon, dann werde das israelische Recht auf die Westbank und den Gazastreifen ausgedehnt.<sup>7</sup>

### „Autonomie“ à la Begin

Allerdings stehen einer endgültigen Annexion zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch Hindernisse entgegen. Das erste dieser Hindernisse ist außenpolitischer Natur. Die USA versuchen im Nahen Osten ein militärisch-politisches Bündnis zu schaffen, in das sie sowohl Israel wie auch einige reaktionäre arabische Staaten integriert wissen möchten. „Israel“, so meinen arabische Beobachter, „möchte ein Teil dieser multilateralen Allianz sein... Sollte Israel die besetzten Gebiete formal annekieren, so würde es damit ein gewichtiges Hindernis zur Durchsetzung dieses Plans darstellen, der ja auch einige arabische Staaten umfassen soll.“<sup>8</sup>

Der andere Grund ist demographischer Natur: Die Einbürgerung von 1 Mio Arabern nach Israel, das ja selbst nur 4 Mio Einwohner hat, stellt in den Augen der oppositionellen Gewerkschaftsbewegung eine Gefahr für den jüdischen Charakter des Staates dar. So ist die Regierung Begin gezwungen, Zwischenschritte zu entwickeln, die nach außen den Schein der Autonomie wahren, faktisch aber den Weg zu



12 von den israelischen Besatzern erschossen wurden.

## Erklärung palästinensischer Bürgermeister

Die Bürgermeister und Mitglieder von acht Gemeindeverwaltungen in den besetzten Gebieten der Westbank und dem Gazastreifen erklärten am 28. März 1982, daß sie die sog. „Zivil“verwaltung und jegliche Zusammenarbeit mit ihren Institutionen und Körperschaften ablehnen. In einem Kommuniqué, das von den acht Gemeinderäten von Anabta, Qalqilya, Beit Sahour, Gaza, Dora, Tulkarem, Hebron und Bethlehem herausgegeben wurde – die anderen Gemeindeverwaltungen waren aufgrund der von Israel verhängten Ausgangssperren oder Blockaden nicht in der Lage teilzunehmen – stellten sie folgendes fest:

1. Die Unterdrückungsmaßnahmen Israels gegen Institutionen der Westbank und des Gazastreifens sind ein Schritt auf dem Weg zur Annexion der Gebiete durch die von Israel unterstützten „Dorfligen“.
2. Wir lehnen die Zivilverwaltung ab, wir weigern uns Beziehungen mit irgendeiner ihrer Körperschaften aufzunehmen und unterstützen voll die Haltung, die von den Gemeindeverwaltungen von Ramallah, El-Bireh und Nablus eingenommen wurden.
3. Wir betonen unser Recht auf Selbstbestimmung und auf Errichtung eines unabhängigen Staates unter Führung der PLO, des einzig legitimen Vertreters des palästinensischen Volkes.
4. Wir rufen unsere Brüder in der arabischen Welt, die öffentliche Meinung und alle friedliebenden Kräfte auf, uns angesichts der unrealischen Expansion und der Angriffe auf die Sehnsüchte unseres Volkes beizustehen.

(Quelle: Palestine, Beirut, Nr. 7/1.-15. April 1982, S.20)

einer vollständigen Annexion ebnen sollen.

Die Autonomievorstellungen der israelischen Regierung gehen auf einen Plan zurück, den Begin bereits am 28. Dezember 1977 der Knesset vorgelegt hat. Der Plan sieht eine Selbstverwaltung nur für die Bewohner, nicht aber die palästinensische Souveränität über den Boden, vor. Die zu wählenden „autonomen Räte“ sind danach lediglich für einige Gemeindedienstleistungen verantwortlich, während „alle grundlegenden Verantwortlichkeiten für Gesetzgebung, Verwaltung, Planung, Finanzen, Wirtschaft und Sicherheit weiterhin den israelischen Okkupanten obliegen, insbesondere was das Land, das Wasser, die Industrie, das Budget, das Militär und die Polizei betrifft.“<sup>9</sup>

Verkehrs- und Postwesen sollen unter israelischer Kontrolle bleiben. Die Zionisten behalten sich das Recht auf Landbesitz und die Errichtung neuer Siedlungen vor. Die Zensur von Presse und Unterrichtsmaterialien wird beibehalten und „und die israelischen Sicherheitskräfte werden bei den Wahlen zu den Selbstverwaltungskörperschaften ihr Veto gegen Kandidaten einlegen können, um Einflußgewinne der PLO zu verhindern. Wahlplattformen unterliegen der Zensur“.<sup>10</sup> Mit Recht stellt Karim Khalaf fest: „Das ist keine Autonomie, wenn eine andere Regierung einem den Nacken bricht. Kein Bürgermeister wird eure Autonomie akzeptieren, weil es das gleiche ist, als würde die Besatzung für immer fort dauern.“<sup>11</sup>

Eine verstärkte zionistische Siedlungstätigkeit soll das demographische Gewicht der jüdischen Bevölkerung stärken und die Palästinenser in eine Minderheit im eigenen Land verwandeln.

Am 7. September 1982 hielt Mattityahu Drobless, Vorsitzender der Siedlungsabteilung der Zionistischen Weltorganisation, in der Westbank-Siedlung Kedumin eine Pressekonferenz ab, auf der er die Gründung von 12-15 neuen und den Ausbau der schon vorhandenen 85 Siedlungen bekanntgab. Die Zahl der zionistischen Siedler in der Westbank soll sich von jetzt 25.000 auf 120.000 erhöhen. „Bis zum Jahr 2010 sieht der Plan eine jüdische Bevölkerung von mehr als 1 Mio vor und ich hoffe und glaube, daß das eine Tatsache wird.“<sup>12</sup>

Zusätzlich ordnete Ariel Scharon die Gründung von 16 strategischen Minisiedlungen an (14 in der Westbank, 2 auf dem Golan), die jederzeit ausgebaut und in zivile Siedlungen verwandelt werden können.<sup>13</sup> Am 21. Februar kündigte A. Scharon die Absicht der israelischen Regierung an, wichtige Industriekomplexe in die Westbank zu verlegen – auch aus „Sicherheitsgründen“.

Die Rechtmäßigkeit des fortgesetzten Raubs an palästinensischem Boden wurde höchstrichterlich bestätigt. Am 22. Februar 1982 entschied der Oberste Gerichtshof Israels, daß die Militärbehörden in den besetzten Gebieten befugt seien, palästinensisches Land zu „Staatsland“ zu erklären und zu enteignen.<sup>14</sup>

Nachdem Ariel Scharon im Juli 1981 vom Landwirtschafts- ins Kriegsministerium gewechselt war, ging er daran, der Besatzungsmacht einen zivilen Anstrich zu verleihen und kollaborationswillige Palästinenser an der Verwaltung zu beteiligen.

### Dorfligen – Scheinalternativen zur PLO

Ein erster solcher Schritt war die Ernennung Menachim Milsons zum „Zivilgouverneur“ für die Westbank und den Gazastreifen am 1. November 1981. Ein zweiter Schritt war die Organisierung von Kollaborateuren in sog. Dorfligen. Über die Dorfligen, die unter israelischer Regie bisher in Hebron, Bethlehem, Ramallah, Tulkarm und Jenin gegründet wurden, versuchen die Zionisten eine Scheinalternative zu den gewählten Bürgermeistern, die fast alle der PLO nahestehen, zu schaffen. Diese Kollaborateure können sich jeder – auch finanziellen – Unterstützung durch Israel sicher sein, während die gewählten Bürgermeister durch die Besatzungsbehörden zunehmend an der Ausübung ihrer Amtsgeschäfte gehindert und finanziell ausgetrocknet werden.

Die gewählten Bürgermeister sollen sich durch ihre Machtlosigkeit in der Bevölkerung diskreditieren, während die Dorfligen als die besseren Verwaltungen profiliert werden sollen. Die palästinensische Bevölkerung ist darauf nicht hereingefallen. Die Führer der Ligen können sich nur schwerbewaffnet in der Öffentlichkeit sehen lassen.

Der Amtsantritt Menachim Milsons wurde mit einem Massenaufstand in den besetzten Gebieten beantwortet. Ein Generalstreik legte vier Wochen lang Schulen, Universitäten und öffentliche Einrichtungen lahm.

Die Zionisten ließen daraufhin schnell wieder ihre „zivile“ Maske fallen. M. Milson schloß die Universitäten von Bir Zeit, für zwei Monate, setzte Militär gegen Demonstranten ein, ließ Häuser „Verdächtiger“ sprengen und rund 4.000 Palästinenser verhaften.<sup>15</sup>

Anfang Dezember 1981 sprangen die Unruhen auf den Gazastreifen über, wo Joseph Lunz, bisheriger Militärgouverneur des Gebiets, seine Uniform gegen einen Anzug tauschen soll, um das Gebiet künftig „zivil“ zu verwalten.

Der Entwicklung des Widerstandes innerhalb der besetzten Gebiete war seitens der PLO lange Zeit zu geringe Bedeutung beigemessen worden. Angesichts der Notwendigkeit konkrete Perspektiven auch für den Kampf in Palästina selbst zu entwickeln, ist innerhalb der PLO die Diskussion um die politische Führung in den besetzten Gebieten, insbesondere über die Palästinensische Nationale Front (PNF, gegr. 1973), erneut entbrannt.<sup>16</sup>

In der Front hatten sich all diejenigen Kräfte zusammengeschlossen, die sich in der PLO repräsentiert sahen. Ihre erste Bewährungsprobe hatte die PNF bei den Gemeinderatswahlen 1976, durch die sich Israels Ministerpräsident Shimon Peres eine Bestätigung der projordanischen Oberschicht versprach, die man als Gegengewicht zum wachsen-

den Einfluß der PLO ansah. Ein Irrtum: Auf Initiative der PNF bildeten sich „Nationale Blocks“, die mit einem Stimmenanteil von über 80% aus den Wahlen hervorgingen. Die Bürgermeisterämter wurden in den folgenden Jahren zu Zentren des Widerstandes.

Ende der 70er Jahre erfuhr die PNF allerdings einige Rückschläge. Einerseits gelang es den Zionisten den gesamten Führungsapparat ausfindig zu machen und entweder zu deportieren oder zu langjährigen Gefängnisstrafen zu verurteilen. Andererseits wurde die Front durch zunehmende innere Kontroversen (über die PNF-Bündnisbreite und das Verhältnis der PNF zur PLO) geschwächt. Es gab innerhalb der PLO Stimmen, die befürchteten, daß sich die PNF durch die Formulierung eigener Positionen von der PLO entfernen würde.

In Ergänzung zur illegal arbeitenden PNF formierte sich als Antwort auf Camp David im Oktober 1978 das Nationale Führungskomitee (NGC). Das im NGC repräsentierte Bündnis geht über das der PNF noch hinaus, wenn auch in ihr die PNF über maßgeblichen Einfluß verfügt. Während die PNF einen Zusammenschluß verschiedener politischer Gruppierungen darstellt, umfaßt das NGC alle Kräfte, die in irgendeiner Weise einen Teil der palästinensischen Gesellschaft repräsentieren: alle Bürgermeister, die auf einer Liste der PNF gewählt wurden, Vertreter der Gewerkschaften, Studenten- und Berufsorganisationen, Vertreter der palästinensischen Presse.

### Verbot des Nationalen Führungskomitees

Das NGC kann heute für sich in Anspruch nehmen, große Teile der palästinensischen Gesellschaft zu repräsentieren. Es stellt keine Alternative zur PNF dar, sondern eine Ergänzung. Es gibt inzwischen in über 40 Orten dezentrale Komitees, die sich in den vielfältigsten Aktivitäten im Kampf gegen den Camp-David-Prozeß bewährt haben. Aus diesem Grunde wurde es am 11. März 1982 auch von Ariel Scharon verboten.

In der PLO hat sich immer mehr die Ansicht durchgesetzt, daß in den besetzten Gebieten eine starke politische Führung in Form der PNF notwendig ist. Der letzte Palästinensische Nationalkongreß (PNC) im Jahr 1981 beschloß: „Der PNC betont die dringende Notwendigkeit, die Palästinensische Nationale Front als Arm der PLO in der besetzten Heimat aufzubauen... Er betont auch die Notwendigkeit, alle Gewerkschaften, Studenten-, Frauen- und Berufsorganisationen, wie auch die Gemeindeverwaltungen zu unterstützen und sie zu befähigen, die Standhaftigkeit unseres Volkes in seinem Land und seine Einheit angesichts der Praktiken und expansionistischen Politik des zionistischen Feindes zu konsolidieren.“<sup>17</sup>

#### Anmerkungen:

- 1) Le Monde, Paris, 26.3.1982
- 2) International Herald Tribune (IHT), Zürich, 27.3.1982
- 3) Palestine, Beirut, Nr. 6/1982, S.8
- 4) IHT, 27.3.1982
- 5) Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 27.4.1982
- 6) FAZ, 26.4.1982
- 7) FAZ, 23.3.1982
- 8) Palestine, Nr. 1/1982, S.44
- 9) Palestine, Nr. 3/1982, S.7
- 10) Ebenda
- 11) Ebenda, S.18
- 12) PFLP-Bulletin, Beirut, November 1981, S.6
- 13) Le Monde, 5.2.1982
- 14) Palästina-Bulletin, 26.2.1982
- 15) Vgl. ebenda 18.12.1981
- 16) Vgl. die Diskussion des PLO-Research Center, wiedergegeben in PFLP-Bulletin, Oktober/November 1981
- 17) Abschlußkommuniqué des 15. Palästinensischen Nationalrats in: PFLP-Bulletin, Mai/Juni 1981

# Palästinas Kinder brauchen Hilfe



Auf seiner jüngsten Mitgliederversammlung beschloß das Antimperialistische Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika (ASK) ein Projekt der materiellen Solidarität mit dem palästinensischen Volk, für das mit dem hier abgebildeten Plakat geworben wird.

Unterdrückt und rechtlos in seiner Heimat, vertrieben und verfolgt, immer wieder – vor allem in den libanesischen Zufluchtsorten – israelischen Luftangriffen auf seine Zivilbevölkerung ausgesetzt, kämpft das palästinensische Volk ums pure Überleben.

Trotz entsprechender UNO-Beschlüsse, trotz der Anerkennung der PLO durch die UNO und die meisten Staaten der Erde (die Bundesrepublik befindet sich nicht darunter) verhindert die „strategische Allianz“ Israel-USA – assistiert u.a. auch von allen bisherigen Bundesregierungen – jeden Schritt zu Verwirklichung des nationalen Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser. Mehr noch: seit Mitte des vergangenen Jahres ist die Welt Zeuge einer weiteren Welle israelischer Repression und Aggression. Einer nahöstlichen „Pax Americana“ ist das Palästina-Problem im Wege. Die Achse Tel Aviv-Washington versucht es auf ihre Weise zu „lösen“:

Am 17. Juli 1981 bombardierte Israels Luftwaffe mit US-amerikanischen Kampfflugzeugen den Beirut Stadtteil Fakhani. 300 Menschen wurden getötet, 800 verletzt, die meisten von ihnen palästinensische Frauen und Kinder. Zerstört wurden u.a. palästinensische Krankenhäuser. In den folgenden Tagen folgten Bombardements u.a. auf die Flüchtlingslager Nabatiyeh und Rashidiyeh.

Danach erklärte eine schwedische Ärztin in Rashidiyeh:

„Infektionen treten häufiger auf und sind ernster, weil die Menschen gezwungen waren, wochenlang auf engem Raum in ihrem Luftschutz zu bleiben. Sie haben wenig Gelegenheit herauszukommen und frische Luft und Nahrung aufzunehmen. Die Elektrizität ist auch abgeschaltet worden, und daher müssen wir mit vielen Infektionen fertigwerden. Es gibt auch viele Hautinfektionen.“

Während der Beschießung hatten wir auch Fälle von Schock bei Menschen, die sich in unmittelbarer Nähe einer Explosion befanden. Sogar wenn sie nicht verwundet waren, litten sie unter Schock, d.h. folgende Symptome traten auf: verängstigte Reaktionen, Schwierigkeiten beim Atmen, starker Schwindel und Bauchschmerzen. Bezüglich der Verwundeten muß man sagen, daß wir die schwersten Fälle gar nicht hier haben, weil sie ins nächste Krankenhaus des Palästinensischen Roten Halbmonds, drei Kilometer von hier ins Flüchtlingslager al-Bas gebracht werden. Wir behandeln die kleinen Verletzungen und kümmern uns um Leute, die aus dem Krankenhaus entlassen worden sind.

Medizin-Geräte  
für mobile Kinder-  
Ambulanzen des  
Palästinensischen  
Roten Halbmonds  
(Rot-Kreuz-Organisation)

Spendenkonto  
Prof. E. Wulff  
Kto. Nr. 527 055 - 602  
PSchA Ffm

Das Hauptproblem sind Infektionen verschiedener Art; auch Erkältungen, die durch schwere Lungenentzündungen kompliziert werden; auch Hautinfektionen und Magenprobleme; Magen- und Darmkatarrh. Weiterhin zeigen viele Menschen Anzeichen von chronischem psychologischem Stress, der eng mit den Lebensbedingungen zusammenhängt und sich in Schmerzen in vielen Teilen des Körpers, des Rückens, in den Beinen etc. ausdrückt. (...)

Ein weiteres Problem in der Gesundheitsfürsorge ist der Abfall auf den Straßen. Wenn es die Sicherheitslage nicht zuläßt, daß der Abfall geräumt wird, besonders im Sommer, zieht er Fliegen an, die Krankheiten verbreiten. Wir haben auch Probleme mit manchen Babies, die nicht gestillt werden können und stattdessen mit der Flasche gefüttert werden. Sie bekommen leicht Infektionen, einerseits weil die Nahrung nicht die beste ist, andererseits, weil während dieser Jahreszeit die Kindernahrung sowieso schlecht wird. In Bezug auf diese Frage arbeiten wir mit der Mutter-und-Kind-Klinik zusammen.“

Der in dieser Aussage erwähnte „Palästinensische Rote Halbmond“ (PRH) wurde im Januar 1969 durch Beschluß des Palästinensischen Nationalrats geschaffen. Diese „Rot-Kreuz“-Gesellschaft des palästinensischen Volkes unterhält mittlerweile 30 Krankenhäuser und etwa 100 weitere medizinische Einrichtungen, vor allem im Libanon und in einigen anderen arabischen Staaten.

Auf eine entsprechende Interview-Frage antwortete kürzlich der Vizepräsident und Direktor der medizinischen Dienste des PRH, Dr. Abdullah Abu Hassan: „Wir haben keinen Personalmangel. Was uns fehlt, sind Mittel zur medizinischen Versorgung und medizinische Ausrüstung.“

Als Beitrag zur Solidarität mit dem palästinensischen Volk führt das ASK deshalb in Absprache mit der Bonner PLO-Vertretung eine Spendensammlung durch, von deren Erlös mobile Kinder-Ambulanzen des Palästinensischen Roten Halbmonds ausgerüstet werden sollen. Solidaritätsinitiativen, andere demokratische Organisationen und Einzelspender können auf Wunsch eine Aufstellung der benötigten Gegenstände mit Preisangaben erhalten. Auch das abgebildete Plakat, ein vierseitiges DIN-A-4-Faltblatt und weitere Materialien sind erhältlich bei:

Antimperialistisches Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika (ASK), Mainzer Landstr. 15, 6000 Frankfurt/Main 1, Tel. 0611/ 236375

Spenden werden unter dem Kennwort „Palästina“ erbeten auf das Sonderkonto Prof. Erich Wulff; PSchA Frankfurt/M., Konto-Nr. 5270 55-602

Interview mit F. Rezan

## Der doppelten Unterdrückung der Kurden vereint begegnen



Gendamerneuerfall in Malatya/Türkisch-Kurdistan

Über die Lage in Türkisch-Kurdistan, den kurdischen Volkswiderstand und die Organisation der Kurden in der Bundesrepublik informierten wir kürzlich in einem Gespräch mit Agha Alan, Gründungsmitglied der Fortschrittlich-Demokratischen Arbeitervereine Kurdistans (KKDK), in AIB 11-12/1981. Gegen die dortige Darstellung der Sozialistischen Partei Türkisch-Kurdistans (SPTK, gegr. im Frühjahr 1981) gab es sachbezogene Einwände. Im nachstehenden AIB-Interview mit F. Rezan, einem Europavertreter der SPTK, geben wir dieser relevanten Strömung der Kurdenbewegung Gelegenheit zur Selbstdarstellung.

AIB: Wie ist das Selbstverständnis bzw. was sind die programmatischen Kernpunkte der SPTK? Besonders: Wie definiert sie ihr Verhältnis zur Kurdenfrage in der Türkei und zur sozialen Frage?

F. REZAN: Um unsere Position zu verstehen, ist ein kurzer Blick in die Geschichte nötig. Kurdistan, damals in feudalen Fürstentümern organisiert, wurde im Jahre 1639 zwischen dem Iranischen und dem Osmanischen Reich aufgeteilt. Die zweite Teilung unseres Landes in vier Teile, auf die Türkei, Syrien, Iran und Irak, erfolgte nach dem Unabhängigkeitskampf der Türkei unter Mustafa Kemal (1919-23; d. Red.). Obwohl Türken und Kurden diesen Kampf gemeinsam gegen die imperialistischen Eroberer geführt hatten, erhielten die Kurden in der Republik Türkei keinerlei nationale oder demokratische Rechte. Einerseits wurde und wird die Exi-

stenz der Kurden verleugnet, andererseits werden sie brutal verfolgt, ausgeraubt, gefoltert und ermordet.

Die drei großen Aufstände der Kurden gegen diese Unterdrückung in den Jahren 1925, 1930 und 1937 wurden blutig niedergeschlagen, Hunderttausende von Kurden ermordet und weitere Hunderttausende in den Westen zwangsumgesiedelt. Die türkische Regierung verbot die kurdische Sprache, Geschichte und Kultur, sie raubte die Reichtümer unseres Landes und schuf nichts dem Volk nützlich.

Die Entwicklung von Handwerk, Agrikultur und Industrie in Kurdistan wurde verhindert. Die herrschenden Klassen der Türkei, bürgerliche und feudale Kräfte im Bündnis, haben mit einem ständigen Abfluß von Kapital aus Kurdistan dafür gesorgt, daß einerseits unser Land verarmte, andererseits aber die Macht der Feudalen, der Großgrundbesitzer und der religiösen Führer, in weiten Teilen Kurdistans unangestastet blieb. Während die Türkei als Ganzes in den kapitalistischen Weltmarkt integriert ist, als Schwellenland abhängig von den Metropolen, und sich im Westen der Türkei durchgehend kapitalistische Verhältnisse durchgesetzt haben, hat die oben erwähnte Politik dazu geführt, daß in Türkisch-Kurdistan zwar ebenfalls kapitalistische Verhältnisse Einzug gehalten haben, doch noch nicht in dem Maße, daß man es als durchgehend kapitalistisch definieren kann.

Türkisch-Kurdistan befindet sich also in der Phase des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus und weist somit eine halbfeudale Struktur auf. Es hat eine andere sozioöko-

nomische Struktur als die türkische Türkei. Das bedeutet, daß die Bedürfnisse und Forderungen seiner Bevölkerung sich mindestens teilweise von denen der Menschen im Westen der Türkei unterscheiden. Hinzu kommt die Unterdrückung der kurdischen Sprache, Geschichte und Kultur, die Politik des Genozids von seiten der türkischen Regierungen. Das Volk Türkisch-Kurdistan wird also doppelt ausgebeutet und unterdrückt, einerseits von den Herrschenden im eigenen Land, andererseits von den türkischen Kolonialherren.

Die vor uns liegende revolutionäre Phase, auf die wir uns vorbereiten, ist demzufolge die nationaldemokratische Revolution. Sie soll einerseits die koloniale Abhängigkeit, andererseits die Herrschaft der Feudalen brechen. Das Volk muß selbst die Führung des Landes übernehmen und dabei der Lösung der Agrarfrage besondere Beachtung schenken. Die konsequente Demokratisierung des Landes in jedem gesellschaftlichen Bereich, darunter auch die freie Entwicklung unserer Sprache und Kultur, sollen die zweite Phase der Revolution, den Übergang zum Sozialismus, vorbereiten. Voraussetzung dafür ist, daß die Führung in den Händen einer revolutionären Partei – der Partei der Arbeiter und armen Bauern – bleibt. Unsere Partei, die Sozialistische Partei Türkisch-Kurdistan (SPTK), hat sich die Ideologie der Arbeiterklasse, ihre Ziele, ihre Organisations- und Arbeitsprinzipien zu eigen gemacht. Gleichzeitig vertritt sie die Interessen der armen Bauern Kurdistan, die den größten Teil der ländlichen Bevölkerung ausmachen, als eine dem Proletariat nahestehende Masse. Weiterhin betrachtet die SPTK sich selbst als Bestandteil der revolutionären Arbeiterbewegung der Welt.

### Ansätze für eine nationaldemokratische Front

In welchem politischen Rahmen unser Volk seine Freiheit realisieren kann, hängt von der konkreten historischen Entwicklung ab.

Bei einer fortschrittlichen Entwicklung in der Türkei, die wir sehr begrüßen würden, ist eine freiwillige, demokratische Föderation der Türkei und Kurdistan zum Wohle und zum Nutzen der Werktätigen beider Völker möglich. Wenn jedoch die fortschrittlich-demokratischen Kräfte der Türkei eine Föderation ablehnen, bleibt uns nur noch die Unabhängigkeit. Weiterhin ist es auch denkbar, daß es in den anderen Teilen Kurdistan zu einer fortschrittlichen Entwicklung kommt und ein Zusammenschluß zu einem unabhängigen, demokratischen Kurdistan möglich wird.

Wenn jedoch bürgerliche und feudale Kreise im Bündnis versuchen sollten, eine demokratische Lösung zu verhindern, werden wir uns dagegen wenden.

AIB: Wie weit ist das Bemühen um eine nationale Frontbildung in Türkisch-Kurdistan gediehen? Welche Differenzpunkte gibt es dabei noch zwischen den verschiedenen demokratischen Kräften zu überwinden?

F. REZAN: Zur Durchführung der nationaldemokratischen Revolution ist die Bildung einer nationalen Front in Kurdistan notwendig. Die Sozialisten müssen sich mit anderen fortschrittlichen und patriotischen Kräften auf eine anti-imperialistische, antikolonialistische und antifeudalistische Politik einigen, mit dem Ziel der Befreiung unserer Nation, der Beseitigung der feudalen Reaktion und der Demokratisierung.

Schon früher wurden von den patriotischen Kräften Türkisch-Kurdistan Bestrebungen zur Bildung einer Front unternommen. Anfang des Jahres 1980 einigten sich drei Organisationen mit gemeinsamen Zielen auf eine Zusammenarbeit und bildeten eine Front, die Nationaldemokra-

tische Einheitsfront (Ulusal Demokratik Güçbirliği – UDG). Weil jedoch einige interne Schwierigkeiten nicht überwunden werden konnten, ging die Front nach kurzer Zeit auseinander.

Unsere Partei versucht auch jetzt, eine Front der patriotischen Kräfte zu schaffen. Fast ein Jahr wurden die Bemühungen der patriotischen Kräfte um eine Einheit weitergeführt. Im Februar 1982 haben sich drei Organisationen, die Sozialistische Partei Türkisch-Kurdistan (SPTK), die Nationalen Befreier Kurdistan (KUK) und Fahne der Befreiung (Ala Rizgari) prinzipiell hinsichtlich der Einheitsfront geeinigt und dies der Öffentlichkeit mitgeteilt. Die Revolutionären Demokraten (DD) beteiligten sich zwar an diesen Arbeiten, nahmen jedoch eine an ihnen geübte und veröffentlichte Kritik zum Anlaß, weiteren Arbeiten fernzubleiben. Die von den drei Organisationen geleistete Arbeit ist ein wichtiger Schritt zur Front. Am Programm der Einheitsfront wird noch gearbeitet. In der vorliegenden Erklärung wird das Ziel der Zusammenfassung aller patriotischen Kräfte betont. Für uns gibt es keinen Grund, weshalb die Revolutionären Demokraten sich nicht an der Front beteiligen sollten.

Die als PKK (Kurdische Arbeiterpartei – Apocular; d. Red.) bezeichnete Organisation hat in der Vergangenheit alle patriotischen Kräfte zu Feinden erklärt; sie hat weiter erklärt, daß sie gegen diese alle einen bewaffneten Kampf führen werde und hat so zahlreiche Schießereien verursacht. Sie hat der Nationalbewegung Kurdistan, der es darauf ankommen muß, die Volksmassen für sich zu gewinnen, mit terroristischen Methoden großen Schaden zugefügt. Wir sind jedoch der Meinung, daß sich diese Organisation, vorausgesetzt sie leistet eine ernstzunehmende Selbstkritik, sie verhält sich freundschaftlich gegenüber den patriotischen Kräften und definiert klar ihre Bündnispolitik, den Bemühungen um eine Einheitsfront anschließen kann.

In der gemeinsamen Erklärung bringen die drei Organisationen außerdem zum Ausdruck, daß sie Bestrebungen für eine antiimperialistische und demokratische Front aller fortschrittlichen Kräfte des kurdischen und des türkischen Volkes in der Türkei unternehmen. Unsere Partei hat immer Bestrebungen zur Verwirklichung einer nationaldemokratischen Front in Kurdistan und einer antiimperialistischen und demokratischen Front in der Türkei unternommen, wie dies auch in unserem Programm als eines unserer Ziele formuliert ist.

### Die Evren-Junta massakriert Kurden

AIB: Die 1980 errichtete Evren-Junta hat offenbar die Repression gegen die progressive Arbeiterbewegung in der Türkei (DISK-Prozesse, Morde, Folter usw.) noch verschärft. Gilt dies gleichermaßen für Türkisch-Kurdistan oder machen Sie dabei Unterschiede zwischen der Verfolgung demokratischer Türken und Kurden?

F. REZAN: Zwischen der Verfolgung demokratischer Türken und Kurden gibt es zunächst keinen Unterschied. Beide werden mit denselben brutalen Methoden verfolgt, gefoltert und ermordet.

Doch werden von der Junta nicht unterschiedslos alle Türken verfolgt. Dagegen wissen wir, daß in Kurdistan systematisch Dorf für Dorf und Haus für Haus durchsucht wird. Jedesmal gibt es Verhaftungen und regelrechte Massaker. Im November/Dezember 1981 machte ein Hungerstreik in Frankfurt/Main darauf aufmerksam. Freunde erzählten uns, daß sie zu Hause niemanden mehr im Alter zwischen 15 und 35 Jahren gefunden hätten. Entweder seien sie im Gefängnis, im Ausland oder im Untergrund. Dazu paßt, daß schon heute 2/3 der türkischen Armee in Kurdistan, das 1/3 der

Türkei bildet, stationiert sind. Dieser Anteil soll innerhalb dieses Jahres auf 3/4 erhöht werden.

Für uns ist damit klar, daß sich das Vorgehen der Junta gegen das kurdische Volk richtet, also auch ethnisch begründet ist. Wir haben von vornherein gesagt, daß das Angriffsziel der faschistischen Junta neben der Arbeiterbewegung der Türkei die nationaldemokratische Bewegung Kurdistan ist.

AIB: Die Selbstorganisation der Kurden in der Bundesrepublik und West-Berlin reicht bis in die 70er Jahre zurück. Kann man von einem Aufschwung ihrer Aktivitäten und einer Zunahme ihrer Kooperation mit anderen demokratischen Kräften der Türkei nach dem Militärputsch von 1980 sprechen?

F. REZAN: In der BRD und West-Berlin haben sich parallel zu entsprechenden Vorgängen in der Türkei und Türkisch-Kurdistan Organisationen der Arbeiter aus Kurdistan gebildet.



Kurdischer Arbeiterchor der KOMKAR

In der BRD leben heute etwa 300.000 Kurden, die infolge der Armut zuhause in besonders großer Zahl nach Europa gekommen sind. Naturgemäß haben sich häufig hier Organisationen gebildet, die ein freundschaftliches Verhältnis zu einer politischen Bewegung zu Hause haben, die für ihre Heimat dieselben politischen Ziele vertreten und hier in Europa sehr wichtige Aufklärungsarbeit über die Situation in unserer Heimat leisten.

Die Föderation der Arbeitervereine Kurdistan (KOMKAR) ist bekanntlich eine unabhängige demokratische Massenorganisation der Arbeiter aus Kurdistan in der BRD und West-Berlin. Darunter gibt es auch Sympathisanten unserer Partei. Selbstverständlich haben alle betroffenen Organisationen auf den Putsch vom 12. September 1980 mit noch mehr Aktivitäten reagiert, Türken wie Kurden. Gerade KOMKAR bemühte sich immer wieder, gemeinsame Aktionen mit anderen antiimperialistischen und antifaschistischen türkischen und kurdischen Organisationen zu initiieren. Leider klappte ein solches Bündnis nur begrenzt. Wir hoffen aber, daß es in dieser Beziehung Fortschritte gibt, was eine Zusammenarbeit zwischen türkischen und kurdischen Organisationen langfristig sehr erleichtern würde.

Schließlich, bei allen Differenzen, die sie bezüglich der Situation im Heimatland haben können, sind sie alle als ausländische Arbeiter Bestandteil der Arbeiterklasse hier und haben ähnliche Probleme. Die reaktionäre Wende in der Ausländerpolitik kann ein Anlaß für eine bessere Zusammenarbeit sein. Speziell für die Kurden gibt es hier die Chance, einen Teil der zu Hause erfahrenen Unterdrückung, nämlich die kulturelle, abzubauen, und die eigene Sprache und Kultur weiterzuentwickeln.

AIB: Die BRD/EG unterstützt die Evren-Junta und ist duldsam gegenüber ultrarechten Türkenorganisationen hierzulande. Wie bewerten Sie die bundesdeutsche Türkei politik? Was sind Ihre zentralen Forderungen?

F. REZAN: Die Türkei ist fester Bestandteil des westlichen Bündnisses. Die BRD unterstützt die Junta immer noch mit Millionen, obwohl Amnesty International ihr systematische Folterungen bescheinigt hat.

Der Europarat hat sich immerhin nach massiven Aktivitäten vor allem von KOMKAR zu einer Verurteilung der Türkei wegen der Verletzung von Menschenrechten entschließen können. Dänemark und die Niederlande haben ihre Finanzhilfen für die Türkei zunächst gesperrt.

Wir fordern die Einstellung jeglicher Hilfen, weil sie derzeit nur ein faschistisches Terrorregime stützen, das noch dazu als hochgerüsteter „Eckpfeiler“ der NATO im Nahen und Mittleren Osten eine Gefährdung für den Frieden und damit eine Gefahr für den Weltfrieden darstellt.

Die BRD, die leider neben den USA eine der aggressivsten Kräfte der NATO ist, unternimmt natürlich sehr wenig gegen türkische rechtsextremistische Organisationen hier, genauso wenig wie gegen deutsche neonazistische Organisationen. Gemeinsam mit anderen türkischen und kurdischen Organisationen fordern wir schon seit Jahren ein Verbot der Tarnorganisation der „Grauen Wölfe“, z.B. der Türk-Föderation. Bisher ohne Erfolg. Und dabei wurden erst vor kurzem kurdische Demokraten Angriffsziel türkischer Faschisten, wobei ein Demokrat den Tod fand.

Nur die feste gegenseitige Solidarität von Türken und Kurden, von Deutschen und Ausländern, und das aktive Eintreten für demokratische Rechte und für den Frieden kann solche Dinge verhindern und uns allen eine menschenwürdige Zukunft sichern.

## blätter des IZ3W

blätter des informationszentrums dritte welt

Schwerpunktthema: Nr. 100 · März 1982

**Ost-Timor**  
Ans Messer geliefert



Außerdem:

**Kampuchea**  
Das Scheitern der  
Roten Khmer

**Nicaragua**  
Situation der Frauen  
nach der Befreiung

**Haiti-Flüchtlinge**  
„Langsam sterben wir“

**Indianer**  
Klage der Oglala-Sioux

**Medien**  
Werner „Fitzcarraldo“  
Herzog und die Indianer

Einzelpreis: DM 4,-; Jahresabo: DM 35,- (DM 25,- für einkommensschwache Gruppen) bei 8 Ausgaben im Jahr. Informationszentrum Dritte Welt, Postf. 5328, 7800 Freiburg

Ludger Schmitz

## CIA – Fesselung und Entfesselung nach Vietnam (3. Teil)



Daß nachts auf einem abgelegenen Teil des Ndjili-Flughafens von Kinshasa (Zaire) C-141-Großraumtransporter, Flugzeuge aus den USA, landeten und ihre Fracht schnell auf kleinere Maschinen umgeladen wurde, war im Jahre 1975 nichts ungewöhnliches. Der CIA lieferte Waffen an die prowestlichen Organisationen Nationale Vereinigung für die Totale Unabhängigkeit Angolas (UNITA, gegr. 1966) und Nationale Befreiungsfront Angolas (FNLA, 1962 aus der 1954 unter Holden Roberto gegr. Volksunion von Nordangola hervorgegangen), um die marxistisch orientierte Volksbewegung für die Befreiung Angolas (MPLA, gegr. 1956) aus Luanda zu vertreiben.

In der Nacht des 20. Oktober 1975 aber wurden zwei südafrikanische C-130-Transportflugzeuge beladen. Einträchtig nebeneinander standen US-Amerikaner und Südafrikaner auf dem Rollfeld – Agenten des CIA und des südafrikanischen Geheimdienstes BOSS (Büro für Staatssicherheit) überwachten die Aktion.

### Übereinkunft der grauen Eminenzen

Auch Südafrika hatte in Angola eingegriffen. Die von den USA initiierte Eskalation des Angolakrieges hatte ihren Lauf genommen und im CIA letzte Bedenken gegen eine kaum verdeckte Zusammenarbeit mit dem Rassistenregime beiseite geräumt. BOSS-Chef General H.J. van den Bergh besuchte zweimal Washington; Agenten trafen sich auf offizieller Ebene.<sup>23</sup>

Dieses Jahr 1975 bildete den Höhepunkt der Zusammenarbeit von CIA und BOSS. Ihr eigentlicher Vater aber, J.J. Angleton, erlebte sie nicht mehr im Amt – er war ein Jahr zuvor der Watergate-Affäre zum Opfer gefallen.

Seit der Gründung einer CIA-Abteilung für gemeinsame Operationen mit anderen Geheimdiensten 1956 war ihr Leiter, J.J. Angleton, zu einer der „grauen Eminenzen“ der Agentur geworden. Schon beim Aufbau des israelischen Geheimdienstes MOSSAD hatte er eine große Hilfe beige-steuert. Ende der 60er Jahre wurde er mehrmals von H.J. van den Bergh aufgesucht, dem ersten Chef des BOSS. Beide vereinbarten technische Hilfe des CIA und die Ausbildung von BOSS-Agenten in den USA. Ferner wurde eine stillschweigende Übereinkunft erzielt, daß der CIA keine Operationen in Südafrika durchführen und der BOSS im Gegenzug Geheimdienstmaterial über Befreiungsbewegungen im Südlichen Afrika an die USA weiterleiten werde.<sup>24</sup>

Eine so weitgehende Abmachung geht über die gewöhnliche Zusammenarbeit zwischen zwei Geheimdiensten hinaus. Im allgemeinen wird die Zusammenarbeit punktuell eng festgelegt, definiert man Ziel und Koordination von Aktionen ge-

gen einen gemeinsamen Gegner, in diesem Fall die Befreiungsbewegungen im Südlichen Afrika, um eine höhere Effektivität zu erzielen. Nur in diesem Operationsbereich werden Aktionen der beteiligten Geheimdienste gegeneinander ausgeschlossen. Andere Aktionen gegen das Land des jeweiligen Partners sind von dieser Einschränkung aber nicht betroffen.

Außerdem gilt zumindest theoretisch, daß die dem anderen Geheimdienst übergebenen Informationen zu begrenzen sind. Man gibt nur das weiter, was der andere unbedingt wissen muß, um so zu jedem Zeitpunkt der Operation die Führungsrolle zu behalten und gegebenenfalls ohne Schaden aussteigen zu können. Im Falle der Zusammenarbeit mit dem südafrikanischen BOSS wich der CIA von beiden Prinzipien ab, indem er auf Operationen in der Republik Südafrika (RSA) verzichtete und den Informationsfluß an den BOSS nicht einschränkte.

Der Chef der CIA-Station Pretoria war zur Zeit des Angolakrieges angewiesen, den südafrikanischen Geheimdienst ausführlichst über alle Einzelheiten der US-Aktionen gegen Angola zu unterrichten. Der BOSS dagegen hielt sich mit seinen Berichten sehr zurück. Nach den zahlreichen Veröffentlichungen über den CIA hieß es in Pretoria, ebenso wie beim israelischen MOSSAD, Mitteilungen an den CIA könne man genauso gut gleich auf dem Washingtoner Capitol-Hügel anschlagen.

### H. Kissingers „Powerplay“

Derartige Zweifel trübten die Beziehungen des CIA zum BOSS allerdings keineswegs. Die USA hatten ein größeres strategisches Interesse am Erhalt ihres verlässlichen Partners im Südlichen Afrika als je zuvor.

Das unter Leitung von H. Kissinger 1969 erstellte Studienmemorandum zur Nationalen Sicherheit (NSSM 39), dessen Prämisse unveränderter kolonialer Verhältnisse lange Zeit Grundlage der Afrikapolitik der USA gewesen war, hatte sich als eine grobe Fehleinschätzung erwiesen. Da nach der absehbaren Befreiung Zimbabwes keine „Pufferstaaten“ mehr die RSA umgeben würden, mußte Südafrika jetzt selbst gegen einen möglichen Befreiungskrieg gerüstet werden.

Im September 1976 trafen sich in Zürich US-Außenminister H. Kissinger, der NATO-Oberkommandierende General A. Haig und Südafrikas Premierminister J.B. Vorster. Aus den Abmachungen dieses Treffens wurde bekannt, daß Südafrika durch geheime Zusammenarbeit in die NATO einbezogen, militärische Technologie und Rüstungen bis in den nuklearen Sektor hinein erhalten und bei seiner militärischen und

geheimdienstlichen Destabilisierung Angolas unterstützt würde.<sup>25</sup>

Zur Umgehung eines seit 1963 in den USA bestehenden Verbots von Waffenlieferungen an Südafrika wurden Rüstungsgüter wie z.B. Hubschrauber, Panzermotoren, gepanzerte Fahrzeuge, Militärelektronik usw. über Drittländer geliefert oder als zivile Waren deklariert. Zur Bewältigung größerer Lieferprobleme wurde der CIA mit seinen Erfahrungen als größter internationaler Waffenhändler eingeschaltet.

1975 hatte Südafrika über die CIA-Station Pretoria um ein hochentwickeltes Artillerie-System nachgesucht. Da den USA ein direktes Geschäft politisch zu brisant war, wurde zum Waffenhändler John J. Frost Kontakt aufgenommen.<sup>26</sup> Unter Anleitung eines bisher nicht bekannten CIA-Agenten stellte dieser für die südafrikanische staatliche Waffenfirma ARMSCOR eine Verbindung zum Waffenkonzern Space Research Corporation (SRC) in den USA her. Die SRC produziert das weltbeste Artillerie-System, eine 155-mm-Kanone von 30 km Reichweite samt Munition und Zielverfolgungsradar. Die Firma unterhält bei North Troy in Vermont/USA ein 8.000 Morgen großes Gelände an der kanadischen Grenze, das dank besonderer Verträge nicht der Zollhoheit Kanadas und der USA unterliegt. Im März 1977 wurden die Arrangements des J.J. Frost wirk-

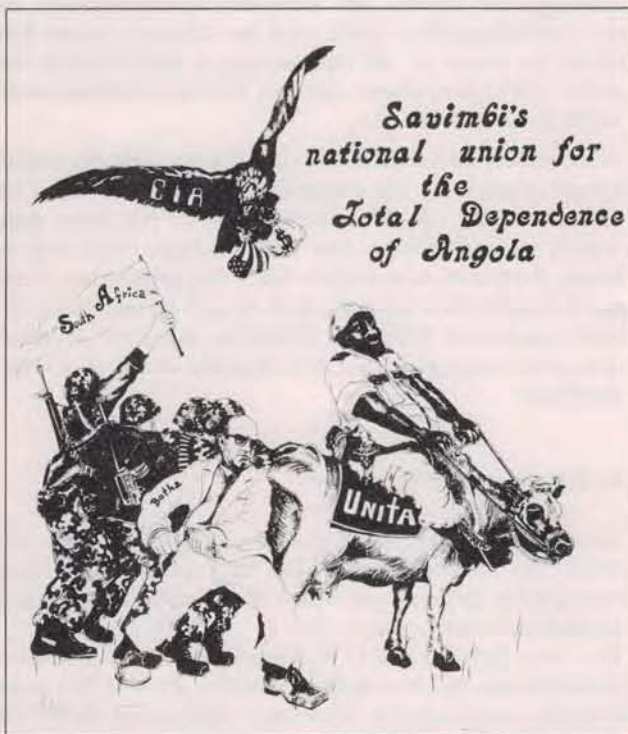
sam. Bis Juli 1978 gelangten über die SRC-Testgelände, die bis November 1978 auf den Karibik-Inseln Antigua und Barbados unterhalten wurden, insgesamt acht Schiffsladungen Waffen nach Südafrika. Laut dem Bericht eines Untersuchungsausschusses des US-Repräsentantenhauses umfaßte die Lieferungen etwa 60.000 besonderer 155-mm-Granaten mit einer um 20% gesteigerten Reichweite sowie mindestens vier Kanonen, darunter drei weiterentwickelte Prototypen. Das dazugehörige Zielgerät wurde von der südafrikanischen Luftfahrtgesellschaft SAA direkt in New York abgeholt!

Damit nicht genug: Am 7.7.1977 gelang es ARMSCOR, über kaum verdeckte Mittelsmänner einen Anteil von 20% am SRC-Kapital zu erwerben. Der Vertrag beinhaltete auch den Zugang zu Konstruktionszeichnungen und die Freigabe von Patenten.

Danach konnte ein Bericht der Johannesburgers Sunday Times vom 28.3.1982 nicht mehr überraschen, demzufolge P.G. Marais, Konzernchef von ARMSCOR, die südafrikanische Entwicklung eines überragenden 155-mm-Artillerie-Systems, G 5, und den Test dieser Waffe auf Antigua bekanntgegeben hatte. Die RSA verfüge jetzt, so P.G. Marais, über eigene Produktions- und Erprobungsstätten.

Das von SRC entwickelte Kaliber 155 eignet sich für den Abschluß atomarer Granaten mit eng begrenztem Wirkungskreis, wie er von südafrikanischen Militärs für den Einsatz

## Südafrikanische Geheimdienste



„Savimbis nationale Union für die totale Abhängigkeit Angolas“

Am 16.5.1969 wurde mit bereitwilliger westlicher Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe der südafrikanische Geheimdienst, das Büro für Staatssicherheit (BOSS), gegründet. Seine gesetzlich festgelegten Aufgaben umfassen alle Bereiche der Überwachung und Ausschaltung jeglicher Opposition gegen die Apartheidpolitik in Südafrika und insbesondere im benachbarten Ausland. Dabei übernahm er einige Aufgabenbereiche der Polizei und des militärischen Geheimdienstes DMI. Sein Etat wuchs schnell von 4 Mio Rand 1969 auf 34,5 Mio Rand 1978.

Der BOSS ist keiner gesetzlichen Kontrolle unterworfen und untersteht direkt dem Premierminister der Republik Südafrika. So wurde und wird der Geheimdienst stets als dessen persönliches Machtin-

strument gegen die loyale weiße Opposition und gegen Widersacher in der eigenen Partei benutzt.

Überraschende Erfolge im Ausland gelangen dem BOSS Anfang und Mitte der 70er Jahre mit der Vorbereitung propagandawirksamer Reisen des ehemaligen Premierministers J.B. Vorster durch verschiedene afrikanische Staaten im Rahmen der von ihm proklamierten „Entspannungspolitik“. Aber ab Herbst 1978 wurde bekannt, daß der Geheimdienst im Auftrage des Informationsministers C. Mulder Millionen-Rand-Beträge für die Bestechung von Politikern und den (allerdings nur teilweise gelungenen) Ankauf US-amerikanischer, europäischer und südafrikanischer Presseorgane verwendet hatte.

Die treffend als „Muldergate“ (vgl. auch: AIB 6/1979, S. 28-29) bezeichnete Affäre hatte eine geheimgehaltene parlamentarische Untersuchung und eine Reihe von Presseveröffentlichungen zur Folge. Dabei kam u.a. die Bestechung der Politiker Hastings Banda (Malawi), A. Muzorewa und N. Sithole (Zimbabwe), J. Mancham (Seychellen) und A. Shipanga (SWAPO-D, Namibia) ans Licht. Bei der Untersuchung des Mordes am südafrikanischen Bürgerrechtler Steve Biko (12.9.1977) wurde die direkte Verantwortung des BOSS für Verhöre und Folterungen vermeintlicher Oppositioneller und weitere Morde bekannt.

Gegen amerikanische und europäische (insbesondere die britische) Anti-Apartheid-Bewegungen wurden Desinformationskampagnen gestartet, in ihre Büros Einbrüche verübt. Der erfolgreichste Versuch, Solidaritätsbewegungen zu unterwandern, war 1977-79 die Plazierung des Agenten C. Williamson als Vizechef des International University Exchange Fund (IUEF; Internationaler Universitärer Austauschdienst), der insbesondere für südafrikanische Flüchtlinge Stipendien vergibt.

Mit „Muldergate“ und weiteren Skandalen sowie mit gravierenden Fehlern wie der Nichtvorhersage des Aufstandes von Soweto 1976 belastet, mußten ein Teil der alten Geheimdienst-Garde und BOSS-Chef H.J. van den Bergh Ende 1978 zurücktreten. Im Zuge einer Reorganisation wurde der BOSS am 1.9.1978 in Direktorium für Nationale Sicherheit (DONS) umbenannt. Sein Budget wurde 1979 um 5 Mio Rand auf 29,5 Mio Rand gekürzt.

Die von Premierminister P.W. Botha forcierte Militarisierung des südafrikanischen Herrschaftsapparates schlug sich auch im Geheimdienstbereich deutlich nieder. Wesentliche Aufgabengebiete wurden auf die Polizei und den militärischen Geheimdienst DMI zurückverlagert. Der einst vage als Sicherheitsdienst bezeichnete BOSS/DONS wurde 1981 in Nationaler Nachrichtendienst (NIS) umgetauft, was dessen enger gefaßte Hauptaufgabe der Auslandsaufklärung verdeutlichen sollte.





Ex-CIA-Agent John Stockwell in New York (1978)

gegen Befreiungsbewegungen gefordert wird. Eine solche Atomwaffe von 2,5-3 Kilotonnen Sprengkraft (= 2.500-3.000 Tonnen TNT) explodierte am 22.9.1979 in etwa 8.000 m Höhe über dem Südostatlantik.<sup>27</sup> So die Angaben des CIA, denenzufolge Südafrika Urheber der Explosion war.

Der CIA ist in dieser Frage ein durchaus kompetenter Auskunftgeber. Denn entgegen zahlreichen CIA-Dementis gab es bereits seit 5 Jahren aufwendige Versuche, an die atomaren Versuchsprogramme Südafrikas heranzukommen:

1974 hatte sich die Aufgabenstellung des CIA in bezug auf Südafrika insofern geändert, als man begann, die südafrikanische atomare Forschung auszuspionieren. Dabei hatte man mit dem Einsatz von Agenten vor Ort wenig Glück. Schon 1975 enttarnte der argwöhnische BOSS mehrere solcher Versuche, und die beteiligten Agenten wurden in aller Stille des Landes verwiesen. In der Folge setzten die USA kostspieligere Spionagetechniken ein.

Im Juli und August 1977 lenkten die USA die Flugbahnen ihres militärischen Überwachungs- und Aufklärungssatelliten Big Bird über den nordwestlichen Teil Südafrikas. Etwa zur gleichen Zeit – Ende Juli 1977 – entdeckte der sowjetische Satellit Cosmos 932 eine atomare Testanlage in der südlichen Kalahari-Wüste, nördlich der Stadt Upington. Auf eben dieses Gebiet konzentrierten sich im August 1977 die Big-Bird-Überflüge. Aber der CIA entblödete sich nicht zu behaupten, man habe keine Beweise für die sowjetischen Veröffentlichungen gefunden.

Immerhin entging es dem CIA nicht, daß im September 1979 ein großes Gebiet im Südostatlantik für südafrikanische Manöver gesperrt wurde. Und genau dorthin „verirrte“ sich ein angeblich außer Kontrolle geratener US-amerikanischer Überwachungssatellit vom Typ Vela, der dann die Atomexplosion entdeckte.

Bei den Versuchen der Carter-Administration, die südafrikanische atomare Rüstung auszuspionieren, hatte es im April 1979 einen aufschlußreichen Zwischenfall gegeben: Nach monatelangen Observierungen spionageverdächtiger Flugrouten entdeckten BOSS-Agenten im Tank des persönlichen Flugzeuges von US-Botschafter W.B. Edmondson eine Präzisionskamera mit hunderten von Bildern südafrikanischer Militär- und Nuklearanlagen. Drei Angehörige der US-Botschaft mußten die RSA verlassen.<sup>28</sup>

Dieses war offenkundig ein bewußt kalkulierter Affront ge-

gen die Regierung Carter, die Südafrika wiederholt verbal attackierte. Denn nur wenige Tage später sickerten weitere Informationen durch, mit eben diesem Flugzeug seien seit zwei Jahren viele Flüge über die Frontstaaten unternommen, seien Erkundungen und Aufnahmen von Flüchtlingslagern gemacht worden. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse habe der CIA an den BOSS weitergegeben.

Bei der Bekämpfung von Befreiungsbewegungen waren CIA und BOSS also wieder ein Herz und eine Seele. Wie im Angolakonflikt hatte der gemeinsame Gegner auch gegen andere Frontstaaten zum Schulterschuß der Geheimdienste geführt. Schon 1974 hatten CIA und BOSS gegen die Revolutionsregierung Moçambiques einen – fehlgeschlagenen – Putschversuch der COREMO (Moçambiquanisches Revolutionäres Komitee) unter Führung von P. Gumane finanziell unterstützt.<sup>29</sup> In den folgenden Jahren gelangen einer Terrorbande des Namens Nationaler Moçambiquanischer Widerstand (RNM) aufsehenerregende Erfolge. Der südafrikanische Geheimdienst hatte die RNM organisiert und logistisch unterstützt. Nach schweren Niederlagen der RNM im Juni 1980 sorgte der BOSS mit Hilfe von Söldnern für die Aufstellung neuer Einheiten.

Am 30.1.1981 überfiel ein südafrikanisches Kommando Unterkünfte des Afrikanischen Nationalkongresses Südafrikas (ANC) und des Südafrikanischen Gewerkschaftskongresses (SACTU) in Moçambique. Obwohl ganz in der Nähe dieser Wohnquartiere bei Matola eine Einheit des moçambiquanischen Heeres lag, trotz mehrerer Straßenkontrollen usw. wurde das Rassistenkommmando nicht aufgehalten oder gestört. Die CIA-Station in der moçambiquanischen Hauptstadt Maputo hatte den südafrikanischen Geheimdienst mit detaillierten Informationen über das Ziel informiert und



R. Reagan mit Ex-CIA-Chef G. Bush (l.), jetzt Vizepräsident

durch Bestechung entscheidende Offiziere der moçambiquanischen Armee neutralisiert.<sup>30</sup>

Auf den Seychellen mußten die USA 1979 eine erhebliche Verringerung des Bedienungspersonals einer angeblichen Satelliten-Überwachungsstation hinnehmen: Von den 120 (!) „Technikern“ waren etliche am ersten und gescheiterten Putschversuch gegen die fortschrittliche Regierung des Präsidenten Albert René beteiligt gewesen.

Seit Mitte 1981 kursierten in den USA und in Südafrika Gerüchte und Warnungen über einen bevorstehenden weiteren Putschversuch, der dann Ende November 1981 tatsächlich stattfand. Die aus Südafrika kommende internationale Söldnerbande scheiterte aber schon bei der Landung auf den Seychellen. Ein dabei gefangengenommener Söldner entpuppte sich als südafrikanischer Geheimdienstagent – und wieder gab es Hinweise auf eine Beteiligung des CIA.

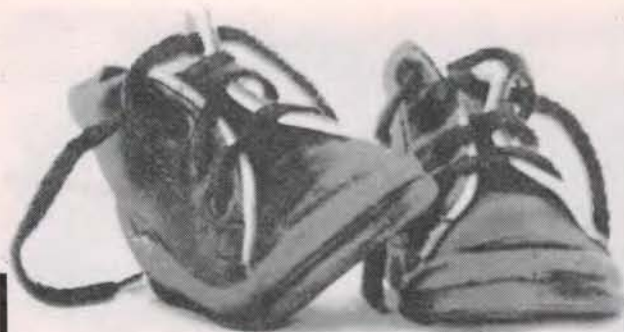
Die Sunday Tribune (Durban/Südafrika) berichtete am 29.11.1981: „Trotz eines knappen, einsilbigen Dementis der US-Regierung betonen verschiedene Söldner-Kreise in Südafrika, daß die Beschaffung der Gelder für die Operation durch den CIA erfolgte... Ihre Erklärung wird gestützt durch ehemalige rhodesische Söldner, die schon vor einem Monat von einer CIA-unterstützten Operation im Indischen Ozean 'ähnlich Bob Denards Invasion auf den Komoren' (im Mai 1978; d. Verf.) sprachen.“<sup>31</sup>

Putsche und Invasionen sind nicht die einzigen Register, die der CIA und der südafrikanische Geheimdienst im Südlichen Afrika zu ziehen wissen. So läuft zum Beispiel seit Jahren ein vom CIA gesponsortes Gewerkschaftsprogramm, dessen eigentliche Absicht es ist, unternehmerfreundliche, nichtradikale Gewerkschaftsfunktionäre heranzuziehen. Im Rahmen dieses Programms hielten sich bis Ende 1981 mit Wissen der Behörden in Pretoria 21 schwarze südafrikanische Gewerkschafter zu Kursen in Washington auf.<sup>32</sup>

Aber solche vergleichsweise sachten CIA-Aktivitäten dürften zukünftig, auch wenn sie fortgesetzt werden, wohl eher am Rande laufen. Darauf scheinen nicht zuletzt die in letzter Zeit häufigen Besuche der Chefs des südafrikanischen militärischen Geheimdienstes DMI, General van der Westhuizen, in Washington hinzudeuten. US-Präsident Reagan und CIA-Chef W. Casey haben aus ihrem militanten Kurs keinen Hehl gemacht – weder gegenüber Mittelamerika und der Karibik noch gegenüber dem Südlichen Afrika. Es fällt nicht schwer, für die nahe Zukunft weitere und brutalere Aktionen des CIA vorauszusagen.

#### Anmerkungen:

- 23) Vgl. J. Stockwell, In Search of Enemies, London 1979, S. 193-195
- 24) Vgl. Covert Action Information Bulletin (CAIB), Washington, Nr. 13/Juli-August 1981, S.31
- 25) Vgl. S. McBride, Secret Collaboration of the West with South Africa; in: UN Centre Against Apartheid (Hrsg.), Notes and Documents, Genf, Nr. 32/1978, S. 1f.
- 26) Vgl. im folgenden: The Star, Johannesburg, 5.5. und 17.6.1980; Sunday Times, Johannesburg, 16. und 28.3.1980; International Herald Tribune (IHT), Zürich, 9.8.1979, 26. und 29.3.1981. Zur militärischen und nuklearen Kooperation vgl. auch: E. Ray/W. Schaap/K. van Meter/L. Wolf (Hrsg.), Dirty Work 2: The CIA in Africa, London 1980, S. 258-280
- 27) Vgl. im folgenden: Z. Cervenka/B. Rogers, The Nuclear Axis, London 1978; IHT, 15.11.1979, 31.1. und 15.-16.3.1980; Guardian, London, 21.10.1980; The Daily Telegraph, London, 31.1.1980
- 28) Vgl. hierzu: Rand Daily Mail, Johannesburg, 13.4.1979; The Star, 14.4.1979; Sunday Times, 15.4.1979; IHT, 30.4.1979; CAIB, Nr. 13/Juli-August 1981, S.31
- 29) Vgl. CounterSpy, Washington, Nr. 1/1976, S.55
- 30) Vgl. AIB 6/1981, S. 4-6
- 31) Zit. nach CAIB, Nr. 16/März 1982, S.6
- 32) Vgl. B. Cohen, The CIA and African Trade Unions, in: Dirty Work 2, a.a.O., S. 70-79; sowie The African Communist, London, Nr. 87, 4/1981, S. 56-64



## Die Kinderschuhe passen uns schon lange nicht mehr. — 21 Jahre frontal — das sozialistische Studentenmagazin

frontal bringt im Mai/Juni u.a.:

### Titel: US-Imperialismus

- Interventionsversuche in Nicaragua
- Kuba: Destabilisierung durch die USA
- Mit CIA und 'Free Europe' gegen die Sozialistischen Staaten  
und außerdem:
- Zu den Demokratischen Sozialisten:  
Klose/Hansen/Butterwegge/Horstmann
- SPD- Parteitag
- Interview mit dem Präsidenten des  
Weltfriedensrates
- KULTUR: Arbeitersport

- Ich möchte ein kostenloses Probeexemplar  
 Ich abonniere die frontal zum Preis von  
12 DM im Jahr

Name: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

Datum/Unterschrift: \_\_\_\_\_

frontal, Postfach 170 203, 53 Bonn 1



# frontal

### Adressenänderungen

bitte rechtzeitig bei der Redaktion  
und bei der Post bekanntgeben!

## 20 Jahre FRELIMO

Am 2. Juli 1961 registrierte die britische Wochenzeitung Observer „unheilverkündende Anzeichen“ aus der portugiesischen Kolonie Moçambique: 2.000 Mann zusätzliche Infanterie- und Fallschirmjägerheiten waren vom Kolonialregime nach Moçambique verlegt worden; allen europäischen Bewohnern war erlaubt worden, Waffen zu erstehen. Es waren die Indizien des nunmehr auch in Portugals ostafrikanischer Kolonie wachsenden Widerstandes gegen die Unterdrückung, nachdem in Angola am 4. Februar jenes Jahres der bewaffnete Befreiungskampf begonnen worden war.

Bereits seit 1956 bestanden zudem in Angola wie auch in der dritten der vier portugiesischen Afrika-Kolonien, in Guinea-Bissau/Kapverden, mit der Volksbewegung für die Befreiung Angolas (MPLA) und der Afrikanischen Unabhängigkeitspartei von Guinea und den Kapverdischen Inseln (PAIGC) (siehe AIB 9/1981, S.38) revolutionäre Befreiungsbewegungen. Am 25. Juni 1962, vor 20 Jahren, wurde dieser Schritt auch von den Freiheitskämpfern Moçambiques getan: die FRELIMO, die Befreiungsfront Moçambiques (Frente de Libertação de Moçambique), wurde gebildet.

Sie konnte sich auf eine lange Geschichte des Widerstandes gegen den portugiesischen Kolonialismus stützen, dem es ohnehin erst zu Beginn dieses Jahrhunderts gelungen war, das gesamte Territorium unter Kontrolle zu bringen. Nie war die Herrschaft des heruntergekommenen, einst mächtigen portugiesischen Kolonialismus über das Gebiet unumstritten gewesen. Aufstände wie derjenige der Zulus im Süden der Kolonie von 1895-98 brachten die Okkupanten an den Rand des Abgrunds.

Moçambique war unter der Kolonialherrschaft ein extrem unterentwickeltes Gebiet geworden. Die Wirtschaft stützte sich auf die Erträge der europäischen Farmen, auf das mit Südafrika und Südrhodesien eng verknüpfte Verkehrswesen (Bahnlinien und Häfen) sowie auf die Einkünfte der zu Zehntausenden jährlich ins rassistische Südafrika oder nach Südrhodesien (das heutige Zimbabwe) als Wanderarbeiter Vermittelten.

Ausbildung und Erziehung genoß nur ein winziger Teil der afrikanischen Bevölkerung. Aus dieser kleinen Gruppe Intellektueller rekrutierte sich jedoch in den 20er Jahren – ähnlich wie in den anderen portugiesischen Kolonien – ein neuer Widerstand: In kulturellen Organisationen wie der „Afrikanischen Vereinigung“ (Gremio Africano) oder der „Afrikanischen Gesellschaft“ (Associação Africana) und unter den an portugiesischen Universitäten studierenden Afrikanern. In den 40er Jahren trafen sich dort bereits viele der späteren Führer der Befreiungsbewegungen Portugiesisch-Afrikas. Ein Wieder-aufleben solcher zumeist nur wenige Mitglieder zählender Zirkel fand um 1955 statt.

Gleichzeitig hatte sich Moçambiques zahlenmäßig freilich nicht sehr starke Arbeiterklasse kämpferisch entwickelt. Auf ihre Aktionen zur Verbesserung ihrer sozialen Lage reagierte das Regime mit blutigem Terror. 1956 starben bei einem Streik in Lorenzo Marques 49 Hafenarbeiter unter Polizeikugeln. Am 16. Juni 1960 verübte das Kolonialregime dann das Massaker von Mueda: etwa 500 Menschen wurden seine Opfer.

Die Gegner der Kolonialherrschaft begannen, sich zu formieren. Drei Oppositionsgruppen entstanden in den letzten Monaten des Jahres 1960 im Exil: die Nationaldemokratische Union (UDENAMO), die Afrikanische Nationalunion (MANU) sowie die Afrikanische Nationalunion des Unabhängigen Moçambique (UNAMI). Sie repräsentierten verschiedene Kräfte des Widerstandes, auch regionale Differenzen waren gegeben. Einigendes Band waren jedoch das Ziel der Unabhängigkeit Moçambiques und der Druck, die Kräfte für dieses Ziel zu vereinen.

Die Vereinigung zur FRELIMO wurde im Juni 1962 vollzogen; im September 1962 hielt die junge Organisation, die faktisch noch aus Führern ohne Gefolgschaft bestand, ihren ersten Kongreß ab. Er formulierte ein Programm mit dem Ziel der „nationalen Befreiung“, das es zu erreichen galt durch „Konsolidierung und Mobilisierung, Vorbereitung auf den Krieg; Erziehung; Diplomatie“ (Eduardo Mondlane).

Zu ihrem Präsidenten wählte die FRELIMO Eduardo Mondlane, 1920 geboren und in Südafrika und den USA zum Soziologen ausgebildet. In Südafrika kam Mondlane Ende der 40er Jahre in Kontakt mit der Befreiungsbewegung des Apartheidstaates, dem Afrikanischen Nationalkongreß (ANC), und einigen seiner Führer wie Nelson Mandela.

Mit Marcelino dos Santos wurde als Verantwortlicher für internationale Beziehungen ein Vertreter jener Gruppe in die Führung gewählt,



Alphabetisierung während des Befreiungskampfes

die an Portugals Universitäten schon radikale Vereinigungen der Studenten aus Portugiesisch-Afrika gebildet und in Kontakt mit der verbotenen Portugiesischen Kommunistischen Partei gestanden hatte. Kaum gegründet, wurde die FRELIMO schon Zerreißproben ausgesetzt. Führende Persönlichkeiten der ehemaligen UDENAMO, MANU und UNAMI wandten sich ab, gründeten Gegenorganisationen, riefen zum Kampf gegen die gerade geschaffene Einheitsorganisation auf. Egoismen, Sektierertum, Tribalismus oder bürgerlicher Nationalismus, dem die sich entwickelnde revolutionäre Orientierung der FRELIMO zu weit ging, zählten zu den Motiven dieser Abspaltungen. Ausnahmslos alle – Personen wie Organisationen – blieben bedeutungslos, einige fanden sich auf der Seite des Feindes wieder, der die FRELIMO unerbittlich bekämpfte.

Die FRELIMO überstand alle diese Krisen dank der Stärke, die sie aus dem wachsenden Rückhalt in der Bevölkerung bezog. Den bewaffneten Kampf hatte sie am 25. September 1964 aufgenommen; sehr bald kontrollierte sie weite Gebiete der nördlichen Provinzen. In diesen befreiten Gebieten organisierte sie mit Erfolg das wirtschaftliche, politische und soziale Leben, die Selbstverteidigung der in ihnen Lebenden.

„Praktisch waren“, schreibt der Autor Filipe Couto, „die regulären Guerillakämpfer und die Mitglieder der Volksmiliz immer auch Lehrer für Lesen, Schreiben und Rechnen, Krankenpfleger oder Bauern.“ Und Eduardo Mondlane führte in seinem berühmt gewordenen Buch „Kampf um Moçambique“ aus: Die FRELIMO „bildet nicht nur Soldaten aus, sie erzieht auch künftige Staatsbürger, die den Menschen, in deren Mitte sie arbeiten, das Gelernte weitervermitteln.“

Die FRELIMO ging daher sogar aus der Krisenentwicklung 1968/69 gestärkt hervor, deren Höhepunkt die Ermordung Eduardo Mondlanes am 4. Februar 1969 darstellte – auch wenn diese (von der portugiesischen Geheimpolizei inszeniert) nur in mittelbarem Zusammenhang mit diesen Prozessen stand. Gegen offen reaktionäre Intentionen einer Fraktion, zu der Uria Simango, bis dahin Vizepräsident der FRELIMO, gehörte, setzte sich die konsequent revolutionäre Linie um Samora Machel und Marcelino dos Santos durch. S. Machel, zuvor Befehlshaber der FRELIMO-Guerillaarmee, wurde am 22. Mai 1970 zum Präsidenten, M. dos Santos zum Vizepräsidenten gewählt.

Mit dem Ausschluß der rechten Kräfte gewann die FRELIMO ihre Handlungsfähigkeit zurück. Bereits 1972 eröffnete sie eine vierte Front gegen die Kolonialarmee, in der ebenfalls der Widerstand gegen das faschistische System und den aussichtslosen Kolonialkrieg wuchs. Die portugiesische Aprilrevolution von 1974 öffnete den Weg zur Unabhängigkeit Moçambiques, auch wenn die FRELIMO noch im Sommer 1974 gezwungen war, mit einer erneuten Offensive den Versuch des neuen Regimes unter General Spínola zu vereiteln, die Unabhängigkeitserklärung zu umgehen.

Am symbolischen 25. April 1975 erklärte Moçambique seine Unabhängigkeit als Volksrepublik. Die FRELIMO stellte sich auf diese neue Etappe des Kampfes für die Zukunft des Volkes auf ihrem dritten (nach 1962 und 1968) Kongreß im Februar 1977 ein: mit einem Programm der „volksdemokratischen Revolution“ und mit der Umbenennung und Umbildung zur marxistisch-leninistischen FRELIMO-Partei der Avantgarde (siehe dazu: AIB 4/1977, S. 3-17, und AIB 5/1977, S. 39-46).

J. Ostrowsky

## Bücher zum Apartheidstaat

Nach Klaus Stephans „Südafrika – Weg in die Tragödie“ und Rolf Seelmann-Eggeberts „Das Kap der Stürme“ nun also ein weiteres Werk aus der rechtsliberalen Ecke der deutschen Medienlandschaft über den Rassenstaat Südafrika. Ich spreche von dem Buch aus der Feder des Spiegel-Journalisten

Erich Wiedemann, *Wir reiten bis wir im Blut versinken*, Hoffmann und Campe, Hamburg 1981, 307 Seiten, 28,- DM

Wie schon seine Vorgänger, so möchte auch E. Wiedemann in leicht leserlicher Form die psychosozialen Wurzeln des Apartheidproblems ergründen (Kap. 1 und 5). Ein zweiter Komplex (Kap. 2 bis 4) beschäftigt sich mit der Lage der Nichtweißen, insbesondere aber mit den Schwarzen, während der Schlußteil der Perspektive des Apartheidregimes aus innenpolitischer und globalstrategischer Sicht gewidmet ist.

E. Wiedemann beginnt mit der Geschichte der Rassentrennung. Ihn bewegt dabei zweierlei: Einmal zu zeigen, daß die Geschichte der Apartheid im Grunde „eine Kette von tragischen Absurditäten“ (S.19) ist, die im Rahmen des Reformkonzepts der National Party unter P.W. Botha und gegen den heftigen Widerstand von weißen Arbeitern und ihren Kirchen allmählich beseitigt werden („der Trend marschiert“). Zum zweiten liegt ihm die Rassenungleichheit am Herzen.



E. Wiedemann kommt zu der Einsicht, daß sich mit Rassengleichheit als Grundlage partnerschaftlichen Zusammenlebens kein Staat machen läßt (S.12). Er fühlt sich, wie wenig später die Autoren des Heidelberger Manifests, von den „linken Gleichheitsfundamentalisten“ in die Ecke gedrängt und kann deshalb die „seit Hitlers rassistischen Exzessen“ tabuisierten Rassenfragen im politischen Alltag nicht in dem Maße zur Geltung bringen, wie es eigentlich vonnöten wäre. Dabei haben Wissenschaftler seiner Meinung nach eine Fülle von Argumenten zur Rassenfrage zusammengetragen. Eine Reihe bringt er uns zur Kenntnis: „ein gewisses Kreativitätsdefizit ist in der Tat in Afrika nicht zu übersehen“ (S.57); „der Afrikaner hat ein gebrochenes Verhältnis zu technischen und logischen Abläufen“ (S.58), weshalb die Entwicklungshilfe dauernd scheitert; und der Intelligenzquotient sei bei „Negern“ aus genetischen Gründen niedriger (S.48). Ob sich Wiedemann nur nicht getraute in Heidelberg mitzuunterzeichnen?

Im Mittelteil stellt E. Wiedemann in eindringlichen Bildern das soziale Elend der Schwarzen in den Bantustans und in Soweto dar. Ich wollte es nach der vorangegangenen Lektüre nicht so recht glauben, aber auch für ihn sind die Bantustans nur „Abfallgruben menschi-

chen Mülls“. Im System der Wanderarbeit sieht er die mörderischste Komponente der Apartheid. Ich lese also weiter und richtig: E. Wiedemann läßt es bei dieser Darstellung nicht bewenden. So schlimm sei es nun auch wieder nicht. In anderen Staaten Afrikas sei es jedenfalls viel schlimmer. „In der Cité von Kinshasa, im Mathare Valley bei Nairobi, in Ikeja, dem Horror-Vorort von Lagos, lebt es sich weit unbequemer als in Südafrikas Negerghettos“ (S.91).

Um derartige Behauptungen untermauern zu können, mußte natürlich gelegentlich beschönigt oder verschwiegen werden. Hier nur zwei aus zahlreichen Beispielen. Wenn E. Wiedemann eine wesentliche Verbesserung der Einkommenssituation der Schwarzen gegenüber den Weißen zu erkennen glaubt, so ist das schlichtweg gelogen. Unter Einschluß der Bantustans sprechen Schätzungen sogar von einer sich vergrößernden Einkommensschere. Auch kann trotz der Aufhebung einiger Gesetze wegen Bildungsschranken, closed shop und anderen Mechanismen wohl kaum von einer Beseitigung der „job reservation“ gesprochen werden, wie E. Wiedemann das tut.

Den Widerstand gegen das Rassenregime schätzt E. Wiedemann gering, sowohl was seine reale Kraft als auch was seine moralische Integrität und Legitimität angeht. Für E. Wiedemann sind da seit Nelson Mandelas Verteidigungsrede im Rivonia-Prozess 1964 nurmehr Mordbrenner und Terroristen am Werk. Angst macht ihm das keine. Südafrika sei kein gutes Terrain für Guerilleros und außerdem hätten afrikanische Befreiungsbewegungen ein autoritäres Regime ohnehin nie ernsthaft gefährden können.

Auch von der Sowjetunion geht nach seiner Auffassung keine Gefahr für die Republik Südafrika aus. Im Westen findet das Regime wieder stärkeren Rückhalt. E. Wiedemann bilanziert gegen Ende doch recht nüchtern die globalstrategischen Aspekte.

Ihm und den weißen Wirtschaftsbossen erscheint die Zukunft mittelfristig rosiger als der weißen Bevölkerung. Das mag seine Richtigkeit haben. Für mich ist das Buch dennoch eine Unverschämtheit. Anders dagegen

Marianne Cornevin, *Apartheid, Mythos und Wirklichkeit*, Hammer-Verlag, 189 Seiten, 12,80 DM.

Das Buch – ursprünglich für die UNESCO verfaßt – ist ein Versuch die historischen Argumente der Rassisten zur Rechtfertigung der Apartheid in konzentrierter Form zu widerlegen. Als Grundlagen wurden das offizielle Jahrbuch der Republik Südafrika von 1977, einige Schulbücher und neuere Veröffentlichungen zweier renommierter burischer Autoren verwendet, d.h. aktuelles und gebräuchliches Propagandamaterial.

Der erste Teil gibt eine Einführung in das, was Apartheid heißt. Vertiefend geht M. Cornevin auf die ideologischen Grundlagen und ihre Ableitung aus der Bibel ein, um schließlich das Verhältnis Staat – reformierte Kirchen näher zu beleuchten. Im zweiten Teil geht es um Geschichte und Ideologie. Im Grunde ist das eine kleine Sozial- und Kulturgeschichte der Buren, die das psychosoziale Verhalten dieser Gesellschaft wesentlich besser erfaßt als dies E. Wiedemann leistet.

Auf den 90 Seiten des Hauptteils werden dann jene zehn Annahmen und Mythen offizieller südafrikanischer Geschichtsschreibung widerlegt, mit denen die Privilegien der weißen Minderheit für alle Zeiten legitimiert werden sollen. Fürs Ausland wohlgehemmt! Vor dem einheimischen Publikum berufen sich die Politiker der Buren immer noch auf das göttliche Recht. Apartheid als Glaubensbekenntnis.

Zu Beginn kann M. Cornevin in überzeugender Weise darlegen, daß es sich bei den schwarzen Südafrikanern nicht um neun verschiedene Ethnien handelt. Die Identität der schwarzen „Nationen“ ist in soziopolitischer wie linguistischer Hinsicht höchst fragwürdig. Diese Einteilung der Schwarzen in neun Nationen, auf der die Bantustan-Politik Südafrikas aufbaut, erscheint höchst suspekt, wenn man bedenkt, daß man dann konsequenterweise auch von zwei weißen Nationen, den Buren und den Engländern, sprechen müßte. Auch sind die Weißen und die Schwarzen nicht zur gleichen Zeit nach Südafrika gekommen und aufeinandergeprallt. Die burischen Voortrekker waren Eroberer, Kolonialisten wie die Europäer in Nordamerika. Detailliert rückt die Autorin die Geschichte der Afrikaner in dieser Region ins rechte Bewußtsein; entlarvt die einseitige Mär der blutrünstigen Despoten, die die zahlreichen kleineren Völker erbarmungslos unterdrückten bis sie von den Buren befreit wurden.

Zur Widerlegung der südafrikanischen Propaganda ist dieses Buch sehr nützlich, aber eben nur was die historische Legitimation der Apartheid angeht. Mir war es stellenweise zu langatmig, zu sehr auf wissenschaftliche Gegenargumentation getrimmt. H. Mayer

## Reagan-Demo am 10. Juni: Dritte-Welt-Szene mit dabei

Die Beteiligung der Dritte-Welt-Szene an der Bonner Friedensdemonstration zum Reagan-Besuch und NATO-Gipfel am 10. Juni 1982 (Aufruf siehe: AIB 5/1982, S.3) hat konkrete Gestalt angenommen. Der am 3. April d.J. geschaffene Koordinationskreis 3. Welt (KK3W), dem die Anti-Apartheid-Bewegung, die Arbeitsgemeinschaft der Dritte-Welt-Läden, das Antiimperialistische Solidaritätskomitee, der Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba, das Informationsbüro Nicaragua sowie die Informationsstellen El Salvador und Guatemala angehören, ist Mitglied im Trägerkreis der Bonner Demonstration.

Der KK3W hat bislang u.a. folgende Entscheidungen getroffen: Bei der Abschlußkundgebung auf den Rheinauen soll das Thema Dritte Welt durch den nikaraguanischen Kulturminister Ernesto Cardenal vertreten sein. Daneben wird es – wie auch zu anderen Themenbereichen – eine kleinere Dritte-Welt-Bühne geben, auf der zwei Stunden lang Vertreter der Befreiungsbewegungen und der Solidaritätsbewegung zu Wort kommen sowie Kulturbeiträge dargeboten werden sollen.

Auf Anregung des KK3W werden verschiedene Dritte-Welt-Zeitschriften, darunter der Informationsdienst Südliches Afrika, das Ila-Info, die blätter des iz3w und das AIB, ein Sonderheft zum Reagan-Besuch herausbringen (Umfang: 76 S., Preis 5,- DM, Bezugsadresse u.a.: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg).



## Palästina-Demonstration

5.000 bis 7.000 Teilnehmer waren am 17. April d.J. dem Aufruf zur Demonstration in Bonn gegen den israelischen Besatzungsterror gefolgt. Neben den Veranstaltern (Informationsstelle Palästina, Palästinensischer Arbeiter- und Studenten-Verein) hatte auch das Antiimperialistische Solidaritätskomitee (ASK) zu der Protestaktion aufgerufen und das brutale Vorgehen der Besatzer scharf verurteilt.

In seiner Kundgebungsrede erklärte der PLO-Vertreter in Bonn, Abdallah Frangi: „Der einzige Weg, um diesem Staat seiner Politik und seinem Terror zu begegnen, liegt darin, Widerstand zu leisten. Und wir leisten Widerstand... Und mit unserer Rückkehr in die Heimat, mit der Verwirklichung unseres Selbstbestimmungsrechts wird auch der Friede wieder einkehren in Palästina.“

## Waffenmesse

Vom 18.-20. Mai fand in Hannover die Militärelektronikmesse IDEE (International Defence Electronic Exposition) statt. Eine aus Protest gegen die IDEE in Hannover gebildete Bürgerinitiative meint: Die gezeigten elektronischen Waffen, alles was Militär- und Polizeichefs interessiert, dienen der Unterdrückung der Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt. Stabile Militär- und Folterregimes ermöglichen den billigen Bezug von Rohstoffen und die rücksichtslose Ausbeutung billiger Arbeitskräfte.

Die Bürgerinitiative hatte sich das Ziel gesteckt, die Durchführung dieser Kriegsmesse zu verhindern oder sie zumindest so zu behindern, daß sich eine Wiederholung erübrigt. Weitere Informationen sind erhältlich unter der Kontaktadresse: Hannoverisches Aktionsbündnis gegen die IDEE c/o BiU-Büro, Hinüber Str. 16, 3000 Hannover 1.

## 6. FIDEF-Kongreß

Am 24./25. April 1982 fand in Essen der 6. Bundeskongreß der Föderation der Arbeitervereine der Türkei in der Bundesrepublik (FIDEF) statt. Schwerpunkte der Diskussion waren die wachsende Ausländerfeindlichkeit in der Bundesrepublik, die Einschränkung der Familienzusammenführung und die Verschlechterung der Ausbildungssituation türkischer Jugendlicher.

Ein weiteres Thema war die Situation in der Türkei. In einer Resolution wurde die Folterpraxis der Junta gegenüber demokratischen Kräften, Gewerkschaftern und Berufsverbänden verurteilt.

Der FIDEF-Kongreß unterstützte die Demonstration zum 8. Mai d.J. in Duisburg, mit der gegen Hinrichtungen und Folter in der Türkei und Türkisch-Kurdistan, gegen Ausländerfeindlichkeit und die Aushöhlung des Asylrechts protestiert werden sollte. Zu ihr hatten 21 türkische und kurdische Organisationen aufgerufen.

## Ausländerstopp?

Vor den Gefahren der Ausländerfeindlichkeit, die nicht nur bei neofaschistischen Kräften, sondern auch zunehmend in der offiziellen Politik rassistische Züge annimmt, warnte Anfang April d.J. der Vorsitzende des DGB, Heinz O. Vetter. In der Tat soll die von Rechtskräften geschürte Hetze einen Keil zwischen deutsche und ausländische Arbeiter treiben. Genau das tut die Bundesregierung. Der von ihr am 4.2.1982 beschlossene „Familiennachzug“ gestattet nur noch „Kindern“ bis zum 16. Lebensjahr und noch seltener den Ehegatten das Nachkommen in die BRD. Der Entwurf der Bundesregierung zur Einbürgerung verdeutlicht die Härte den ausländischen Mitbürgern gegenüber. Ausländer sollen künftig nur noch zwischen dem 18. und dem 21. Lebensjahr Anspruch auf Einbürgerung geltend machen können, falls sie 8 Jahre hier gelebt haben.

Zu diesem Thema ist in der Serie „Argumentation-Information-Dokumentation“ der VVN-Bund der Antifaschisten, Rosserstr. 4, 6 Frankfurt 1, eine umfangreiche Broschüre mit dem Titel „Rassismus heute“ erschienen

(1 DM + 0,80 DM Porto). Ausländerfeindliche Gruppierungen getarnt als „Demokratische Bürgerinitiativen“ entlarvt die VVN-Esslingen in einer Dokumentation. Erhältlich gegen 1 DM + 0,80 DM Porto bei U. Simon, Hindenburgstraße 21a, 7300 Esslingen.

## Aktuelle Buchtips: CIA im Iran



Daß am 4.11.1979 in Teheran eher ein Agentennest als eine US-Botschaft besetzt wurde, beweist das Buch

G. Neuberger/M. Opperskalski: CIA im Iran. Die Geheimdokumente aus der Teheraner US-Botschaft. Lamuv-Verlag, 160 Seiten, 14,- DM.

Die in langwieriger Arbeit von den Botschaftsbesetzern z.T. aus dem Reißwolf wieder zusammengepuzzelten 59 Dokumente werden darin präsentiert, von den Autoren kommentiert und in ihrem historischen Zusammenhang erläutert. Sie belegen die Beziehungen der USA zum Schah-Regime und seinem brutalen Geheimdienst SAVAK, die größtenteils falschen CIA-Einschätzungen der vorrevolutionären Entwicklung im Iran mit ihren fatalen Folgen für die US-Außenpolitik, die Versuche des CIA, den Expräsidenten Bani-Sadr zu rekrutieren usw.. Bundesdeutsche Pässe eines CIA-Agenten deuten auf eine zweifelhafte Rolle der BRD bei den verschiedenen Versuchen hin, einen Putsch gegen die iranische Revolutionsregierung zu inszenieren, sie zumindest zu schwächen.

Die Veröffentlichung der Dokumente trifft den CIA empfindlich, weil sie, so der ehemalige CIA-Agent Philip Agee, „Strukturen, Arbeitsweisen und Methoden der Agency in bisher nicht bekannter Weise bloßstellen. Umfang und Wert der in der besetzten Botschaft gefundenen Dokumente sind einmalig in der Geschichte des CIA.“ Das Buch dokumentiert exemplarisch die Machenschaften der USA gegen Befreiungsbewegungen, ihre Methoden und Tricks, die Vorherrschaft der USA und die Abhängigkeit der Dritten Welt zu sichern.

## Mittelamerika/Karibik

Am 14. April 1982 gab das mexikanische Außenministerium bekannt, die von Lopez Portillo im Februar d.J. angeregten Direktgespräche USA-Nikaragua (siehe AIB 4/1982, S. 4-11) stünden unmittelbar vor der Eröffnung. Nikaragua, Kuba und die salvadorianischen Befreiungsfronten FMLN/FDR bekräftigten gleichzeitig die volle Zustimmung zum mexikanischen Verhandlungsplan.

Der kubanische Ministerpräsident Fidel Castro erklärte am 5. April 1982, die USA hätten nun zu entscheiden, „ob sie die Realität als eine Realität hinnehmen oder ob sie drauflosmarschieren, um an den Realitäten zu scheitern; ob sie einen interventionistischen Weg in dieser Zone (der Karibik; d. Red.) und in Mittelamerika einschlagen oder einen politischen Weg des Dialogs und politischer Lösungen.“ (Granma, 6.4.1982)

Im April d.J. schlug die US-Regierung mehrfach zu. Am 2. April legte sie ihr Veto im UN-Sicherheitsrat ein gegen eine Resolution, die allen Staaten die Verpflichtung zur Nichtintervention in Mittelamerika und der Karibik auferlegte (die USA waren namentlich nicht einmal genannt!). Unterdessen setzte die US-Luftwaffe ihre Spionageflüge über Nikaragua fort, dauerten die vom CIA angeleiteten Sabotageoperationen an, die von Honduras aus auf nikaraguanischem Territorium vollführt werden (siehe AIB 5/1982, S. 10-14). Ende April d.J. starteten die USA ein weiteres Seekriegsmanöver in der Karibik. Und kurz zuvor verordnete R. Reagan den Bürgern der USA ein Reiseverbot nach Kuba.

## Nikaragua

Eden Pastora, der als „Comandante Cero“ der Sandinistischen Front der Nationalen Befreiung (FSLN) 1979 die Eroberung des Nationalpalastes leitete, rief am 15.4.1982 in Kostarika zum bewaffneten Sturz der Regierungsjunta Nikaraguas auf. 10 Monate nach seinem Austritt aus der Regierung bezichtigte er diese einer bürgerlichen Haltung, des Verrats der Revolution sowie des Terrors und Mordes.

In Nikaragua rief dies Massendemonstrationen für die FSLN hervor. Milizangehörige verbrannten ihre von E. Pastora unterschriebenen Ausweise. Die FSLN betonte, der Aufruf erfolge im Gleichklang mit dem US-Interventionismus. Die Patriotische Front der Revolution (FPR) nannte ihn Dienst an der Konterrevolution. Die Guatemaltekeische Revolutionäre Nationale Einheit (URNG) brach alle Verbindungen zu ihm ab.

## El Salvador

Neuer (Übergangs-)Präsident in El Salvador ist – gegen den Willen der faschistischen ARENA-Partei Roberto d'Aubuissons – der 56jährige Alvaro Magana Borge. A. Magana gilt als Kompromißkandidat der drei anderen in der Verfassungsgebenden Versammlung vertretenen Rechtsparteien und der Christdemokraten (siehe AIB 5/1982, S. 4-6). Er ist Präsident der größten Bank des Landes und hat enge Bindungen zur konservativen Militärspitze.

Am 4. Mai d.J. kam es endlich zur Einigung



Neuer Übergangspräsident Magana

über die neue Regierung – gemäß dem Wunsch Washingtons unter Einschluß der christdemokratischen Wahlverlierer. In der Koalition kommen vier Vertreter der ARENA, je drei der Christdemokratischen Partei und der Partei der Nationalen Versöhnung (PCN) sowie vier Unabhängige zusammen. Juntageneral Guillermo Garcia, schon unter Präsident Duarte der starke Mann der Militärs, behält sein Verteidigungsministerium.

Tonangebend in der Koalition dürften folglich die ARENA, die in der Nationalgarde dominiert, und die von General Garcia und der PCN repräsentierte ultrarechte Armeespitze und Oligarchie sein. D'Aubuisson, der Ende April d.J. zum Präsidenten der Verfassungsgebenden Versammlung gewählt worden war, kann mit seinem „totalen Krieg“ beginnen.

## Chile

Die Neubesetzung von 10 Ministerposten Mitte April d.J. muß als eine weitergehende Stärkung der Militärs in der chilenischen Regierung angesehen werden. 11 Zivilisten stehen nun 14 Generäle oder Admiräle gegenüber. Die Übernahme des Innenministeriums durch General Enrique Montero wurde mit fehlender Koordination der staatlichen Sicherheitsdienste begründet. Dies kann nur bedeuten, daß der Opposition, noch härtere Zügel angelegt werden sollen. Auch sind die „Mörder“-Rufe gegen Juntapäsident Pinochet, die während der Trauerfeier für den Ex-Präsidenten Frei im Januar d.J. erklangen, nicht vergessen.

Für die Wirtschaftspolitik ist ein Festhalten an der katastrophalen Linie der Chicagoer Schule, 1981 verantwortlich für 600.000 Arbeitslose und 30% Inflation, sicher. Selbst El Mercurio, als Sprachrohr der Militärs bekannt, bemerkte am 28.3.1982 dazu: „Die Dinge stehen schlecht. Das enttäuscht die Parteigänger der Regierung. Sie gerät in Gefahr, keine weiteren Anhänger mehr zu haben als ihre Soldaten.“

## Algerien

Mehr und mehr Anzeichen für einen Rechtsstrend werden aus Algerien bekannt. Die Auseinandersetzungen konzentrieren sich vor allem auf die Massenorganisationen. In ihnen setzt die regierende Nationale Befreiungsfront (FLN), entsprechend einem Beschluß ihres Zentralkomitees vom Dezember 1981,

demzufolge die Führungskader dieser Organisationen künftig der FLN angehören müssen, gegenwärtig ihre „führende Rolle“ durch. Von dieser Politik betroffen sind in erster Linie Mitglieder und Sympathisanten der illegalen, aber bislang faktisch geduldeten Partei der Sozialistischen Avantgarde, in der die Kommunisten des Landes organisiert sind.

Jüngstes Beispiel dieser gezielten Ausgrenzung von Marxisten ist die Ausschaltung von Abdallah Demene Debbih als Generalsekretär der Zentralgewerkschaft UGTA. Auf dem UGTA-Kongreß Mitte April d.J. war Debbih vorgeworfen worden, die marxistische „Infiltration“ der UGTA gefördert zu haben und für die Vervielfachung von Streiks in den letzten Monaten verantwortlich zu sein. Ähnliche Personalentscheidungen werden von dem bevorstehenden Kongreß der Jugendorganisation UNJA erwartet.

Inhaltlicher Ausdruck dieser Entwicklung könnte ein neuer Investitionskodex sein, der dem Anfang März d.J. gewählten neuen Parlament zur Verabschiedung vorliegt. Danach soll der Privatsektor in Zukunft eine verstärkte staatliche Finanzhilfe erfahren.

## Tschad

Am 11. Februar 1982 hatte der Tschad-Ausschuß der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) die Regierung der Nationalen Einheit (GUNT) aufgefordert, am 28. Februar d.J. einen Waffenstillstand zu schließen, Verhandlungen aufzunehmen sowie Wahlen abzuhalten. Bei Zuwiderhandlung sollte die „Friedenstruppe“ der OAU (siehe AIB 3/1982, S. 36-37) zum 30. Juni d.J. abgezogen werden.

Diese Resolution, die im Widerspruch steht zur Position der OAU, die die GUNT im Juni 1981 als einzig legitime Regierung anerkannt hatte, wurde von der GUNT abgelehnt. Sie wird bei ihren Versuchen, die Truppen Hisène Habrés zurückzuschlagen, offen von der „Friedenstruppe“ behindert. Der Vizepräsident der GUNT, Leutnant Kamougué, der als Repräsentant des vom Krieg verschonten Südens gilt, unterstützte die Forderungen des OAU-Ausschusses. Und er verhindert, daß Steuern aus dem Süden an die GUNT abgeführt werden.

Die Offiziere der Streitkräfte des Tschad (FAT), die Kamougué anführt, haben diesen Erklärungen widersprochen und seine Absetzung verlangt. Goukouni Oueddei, der Präsident des Tschad, erklärte, daß H. Habré (er wird von reaktionären afrikanischen Staaten und den USA unterstützt) nur durch eine Beteiligung aller Fraktionen gestoppt werden könne. Ein Hilfessuchen an andere afrikanische Staaten schloß er nicht aus.

## China—USA

Nach dem Scheitern der von den USA unterstützten Wiedervereinigungsbemühungen der VR China mit Taiwan verschärfen sich die Gegensätze in der Frage der US-Waffenlieferungen an Taiwan. Die Reagan-Administration hatte auf die Proteste Pekings hin bereits (vgl. AIB 11-12/1981 und 2/1982) ihr Vor-

haben, Taiwan mit modernsten Kampfflugzeugen (z.B. F-16) auszurüsten, aufgeben müssen. Jetzt lösten Ersatzteillieferungen für ältere F-5E-Flugzeuge heftige Proteste der VR China aus. Sie wirft den USA einen Eingriff in die von ihr beanspruchte Souveränität über Taiwan vor und droht mit dem Abbau der gegenseitigen Beziehungen.

Unterdessen werden Geheimverhandlungen zwischen den Regierungen der VR China und der USA über eine zeitliche Begrenzung der Waffenlieferungen an Taiwan geführt. Peking will die Einstellung der militärischen Zusammenarbeit der USA mit Taiwan für 1985/86 durchsetzen.

## Laos

Vom 27.-29. April d.J. tagte in Vientiane der 3. Parteitag der Laotischen Revolutionären Volkspartei (LRVP). Die 228 Delegierten, die 35.000 laotische Kommunisten repräsentierten, zogen Bilanz über die Entwicklung des Landes seit dem 2. Parteitag im Jahr 1972.

Der wiedergewählte LRVP-Generalsekretär Kayson Phomvihane ging im politischen Bericht des Zentralkomitees vor allem auf die wirtschaftlich-soziale Entwicklung des Landes ein. Die Reisproduktion wurde seit 1976 von 700.000 auf 1.154.000 t erhöht, das Nationaleinkommen stieg um 43%, das Analphabetentum konnte zu 85% beseitigt werden. Diese Erfolge wurden vor allem mit Hilfe der sozialistischen Länder erreicht. Im außenpolitischen Teil wurde die besondere Rolle des Bündnisses mit Vietnam und Kambodscha bekräftigt.

Der erste Fünfjahresplan betont die weitere Vergesellschaftung der Landwirtschaft, die Erhöhung der Nahrungsmittelproduktion, sowie die Entwicklung des Handwerks und der Klein- und Leichtindustrie.

## Iran-Irak

Im Zeitraum Ende März bis Anfang Mai 1982 errangen die Streitkräfte des Iran den bisher größten Erfolg im Golfkrieg, der seit September 1980 andauert (siehe AIB 1/1981, S. 16-22). Bei ihrer Offensive „Operation Sieg“ eroberten sie in der iranischen Südprowinz Khuzistan über 2.300 qkm okkupierten Territoriums wieder zurück (rund 1/4 der vom Irak vereinnahmten Fläche). Sie entzogen u.a. die Stadt Dezful dem irakischen Zugriff und rückten in Reichweite der besetzten Hafenstadt Korramshar. Saddams Armee hat 25.000 Gefallene und Verwundete sowie 15.000 Gefangene zu beklagen (von insgesamt eingesetzten 75.000 Soldaten).

Westliche Militärexperten „befürchten“, daß der Krieg für den Irak nicht mehr zu gewinnen ist oder sprechen gar vom „Stalingrad des Irak“ (Spiegel, 5.4.1982). Tief beunruhigt sind allen voran Saudi Arabien, die anderen Golfmonarchen und Jordaniens König Hussein, die den Irak mit Freiwilligen und Ölmilliarden (mittlerweise 20-30 Mrd Dollar) unterstützen. Ägypten und die USA liefern unterdessen Waffen an den Irak. Washington strich das Land im Februar 1982 von der Hitliste des „internationalen Terrorismus“,

um jetzt 6 bis 12 US-Lufttransporter des Typs L 100 zuzusagen. Die Reagan-Administration ängstigt sich – wie sie in Washington Anfang April d.J. verlauten ließ – vor der Ausbreitung der islamischen Revolution über die ganze Golfregion, sollte der Iran einen „endgültigen Sieg“ über den irakischen Aggressor erringen.

Die Chancen stehen schlecht auch für die prowestliche Opposition im Innern des Iran, nachdem Mitte April 1982 ein Putschprojekt aufgedeckt wurde. Verwickelt waren u.a. Exaußenminister Sadeq Qotbzadeh, hohe Armeeoffiziere und der 1980 kaltgestellte konservative Ayatollah Schariat-Madari. S. Qotbzadeh gestand in einem Fernsehauftritt am 19. April d.J. ein, die Initiatoren des Putsches hätten geplant, bei einem Treffen in Khomeinis Residenz mit einem Schlag Imam Khomeini und die wichtigsten Führer des Landes zu töten.

## Türkei

Letztes Jahr stoppten die Länder der EG ihre Hilfsprogramme für die Türkei und drohten mit weiteren Sanktionen, falls die Junta nicht von ihrer repressiven Politik ließe. Doch jetzt, da der ehemalige türkische Ministerpräsident Bülent Ecevit vor ein Militärtribunal zitiert wurde (weil er sich politisch geäußert hatte), blieben die Proteste der NATO-Partner aus. Man ist aufgeschreckt über einen eventuellen Austritt Griechenlands aus der NATO, also wird die Türkei zu einem strategischen Faktor noch größerer Bedeutung. Hinzu kommt, daß die Evren-Junta mit ihrer rigorosen Wirtschaftspolitik auf Kosten der Armen bei ausländischen Kreditgebern die Hoffnung keimen läßt, nun endlich doch an ihr Geld (15 Mrd Dollar) zu kommen. „Sie schneiden sich ins eigene Fleisch, wenn sie unsere Verteidigung und Wirtschaft nicht unterstützen“, so Außenminister İler Türkmen.

137 vollstreckte Todesurteile und 108 nachgewiesene Foltertote, das ist die Wirklichkeit in der Türkei seit dem Putsch vom September 1980. Gegen diese brutale Verletzung der Menschenrechte und gegen die Bonner Unterstützung der Junta demonstrierten am 8. Mai d.J. rund 25.000 Menschen in Duisburg.



Siegreiche iranische Truppen nahe der Hafenstadt Korramshar

## BRD-Waffenexporte

Auf einer Geheimsitzung am 28. April d.J. hat der Bundessicherheitsrat (bestehend aus dem Bundeskanzler, dem Außen-, Verteidigungs- und dem Wirtschaftsminister) jetzt endgültig neue Richtlinien für den Waffenexport verabschiedet. Danach tritt an die Stelle der alten Formulierung, wonach Exporte in „Spannungsgebiete“ untersagt waren, nunmehr die Wendung von den „vitalen Interessen“ der Bundesrepublik.

Ausnahmen von der Grundregel, keine Waffen in Nicht-NATO-Länder zu liefern, sollen möglich sein „aufgrund besonderer politischer Bedingungen“ und wenn „vitale außen- und sicherheitspolitische Interessen der Bundesrepublik Deutschland unter Berücksichtigung der Bündnisinteressen“ betroffen sind. Derartige Ausnahmen sollen auch in Zukunft durch Gutachter des Außenministeriums definiert werden.

Sämtliche Beschränkungen fallen nach den neuen Kabinettsrichtlinien für den sog. Sonderschiffbau (Kriegsschiffe) weg, auf den schon bisher ein hoher Anteil des bundesdeutschen Waffenexports entfiel.

## UNO-Seerechtskonferenz

Nach über neunjährigen Verhandlungen hat die UN-Seerechtskonferenz Anfang Mai d.J. mit überwältigender Mehrheit den Entwurf einer internationalen Seerechtskonvention verabschiedet. Die Konvention soll im Dezember 1982 in Caracas/Venezuela zur Zeichnung aufgelegt werden. Sie tritt in Kraft, sobald sie von 61 Staaten ratifiziert worden ist. Die Konvention sieht vor, daß jeder Küstenstaat seine 3-Meilen-Hoheitszone auf 12 Meilen ausdehnen kann. Innerhalb einer Wirtschaftszone von 200 Seemeilen kann der Küstenstaat über alle Ressourcen frei verfügen.

In der Schlußphase der Konferenz war es noch einmal zu harten Auseinandersetzungen über die Regelung des Tiefseebergbaus gekommen. Die von den Entwicklungsländern durchgesetzten Produktionsbeschränkungen bewogen die USA zu einem „Nein“, die anderen kapitalistischen Industrieländer – die Bundesrepublik eingeschlossen – zur Stimmenthaltung.

## Mittelamerikapolitik der USA — auch Lügen will gelernt sein

Neuerdings enden Washingtons Propagandakampagnen immer häufiger mit Eigentoren. Der erste Schuß nach hinten geht noch bei J. Carter los. US-Spionageflieger entdecken 1979 auf Kuba neue Fußballplätze in der Nähe von Kasernen. Da Fußball nicht Nationalsport der Kubaner ist, schließt man messerscharf: Hier wurden kurz vor Beginn der Gipfelkonferenz nichtpaktgebundener Staaten in Havanna (September 1979) sowjetische Kampfbrigaden stationiert. Anschließend stellt sich heraus: In Wirklichkeit handelt es sich um sowjetische Ausbilder, die schon seit 1962 auf der Insel tätig sind. Was dem CIA fast genau so lang bestens bekannt ist. Wie peinlich.

Aber wie eine Schwalbe noch keinen Sommer macht, wird aus einer lächerlichen Szene noch kein Klamaufilm. Seit R. Reagans Auftritt in Washington reißt allerdings die Kette der öffentlichen Blamagen nicht mehr ab. Dabei läßt Reagan seinen Mitarbeitern den Vortritt. Nicht weil er so schlau ist, sondern weil „...er ungenießbar wird, wenn er viel lesen muß ... und immer bereit ist, das Treffen von Entscheidungen an andere weiterzudelegieren“. So zu lesen in der konservativen Zeitschrift US NEWS Ende März 1981. In dem Artikel kommt auch die Abgeordnete Patricia Schroeder zu Wort: „Er redet immer gerne über alte Filme und plötzlich ist die Zeit um, und man kann mit ihm überhaupt nichts richtig durchsprechen...“

Im Februar 1981 soll ein Weißbuch zu El Salvador beweisen, daß die salvadorianischen Guerilleros Waffen aus den sozialistischen Ländern erhalten. Gespickt mit Dokumenten und Fotos. Z.B. spanische Schreibmaschinentexte auf Maschinen ohne „ñ“ und ohne Akzente. Dafür mit Ausdrücken, die in El Salvador ungebräuchlich sind. Zusammengesetzte Fotos, die eher an Puzzles erinnern. Bei soviel Dilettantismus machen selbst die westlichen Verbündeten nicht mehr mit und melden starke Zweifel an der Echtheit der Dokumente an. Später gibt der Verfasser John Glassman gegenüber dem Journalisten J. Kwitny vom Wall Street Journal zu, daß er wesentliche Zahlenangaben selbst erfunden hat.

### Haigs Kette öffentlicher Blamagen

Trotzdem wird der Kram nicht eingemottet. Im Dezember 1981 geht er als Bestandteil des Clark-Berichts per Telex allen US-Botschaften zu. Das Weißbuch hatte lediglich behauptet, daß Kuba die Guerilleros mit M-16-Gewehren versorgt. Jetzt wird erläutert, woher Kuba diese US-amerikanischen Waffen hat: aus US-Militärbeständen, bei der überstürzten Flucht der „marines“ in Vietnam zurückgelassen. Daß die Guerilleros M-16-Gewehre haben, stimmt genau. Diese Waffen werden in aller Welt gehandelt, neu oder gebraucht. So von der Firma INTERARMS in Manchester/England. Oder damals von der Thieu-Armee, die sie an chinesische Geschäftsleute zu Tausenden verscherte. In El Salvador steht der Lieferant der M-16-Gewehre gewissermaßen im eigenen Haus: die salvadorianische Armee.

Und dann passiert wieder eine peinliche Panne. Reporter

der US-Fernsehgesellschaft Cable News Network filmen im Februar 1982 US-Militärberater im Einsatz in El Salvador. Und „leimen“ gleichzeitig das Außenministerium. Denn in der Hand halten die „Berater“ — M-16-Gewehre!

Man wählt die Flucht nach vorn. Im Oktober 1981 veröffentlicht die Washington Post einen Artikel mit der Behauptung, daß Kuba über Nikaragua 500 bis 600 Elitesoldaten nach El Salvador eingeschleust haben soll. Dankbar fängt Außenminister A. Haig den Ball auf und droht Kuba mit Repressalien. Die Beweise: — — —. Das ist der springende Punkt. Es gibt keine.

Und wieder wird ins leere Schwimmbecken gehüpft. In einer Sendung der Fernsehkette ABC vom 5.11.1981 behauptet der CIA-Agent McWhety, Vietnam hätte 1.000 Flugzeuge und Hubschrauber aus zurückgelassenen US-Militärbeständen an Nikaragua geliefert. Er beruft sich dabei auf zuverlässige Quellen im Pentagon. Bei soviel Übertreibung kommt selbst Maggie Thatcher ins Grübeln. Denn wäre das wahr, hätte Nikaragua eine Luftwaffe von der ungefähren Größe der britischen Royal Air Force. Und größer als die Frankreichs und Kanadas zusammen.

Aber so schnell gibt sich A. Haig nicht geschlagen. Triumphierend läßt er durch den stellvertretenden CIA-Chef Inman der Presse Fotos aus Nikaragua präsentieren. Aufgenommen aus US-Spionageflugzeugen. Und was sieht man da? Vier Flugplätze werden ausgebaut. Wozu? Naive Frage: Selbstverständlich — auf Anweisung Moskaus — zu militärischen Zwecken. Hätte sich der Gute doch nur vorher informiert! Denn mit dem Ausbau war noch unter Somoza begonnen worden — auf Anraten US-amerikanischer Spezialisten und anfänglich mit finanzieller Unterstützung der Interamerikanischen Entwicklungsbank in Washington.

Kann man nach soviel Reinfällen immer noch den Mut haben, neue „Beweise“ zaubern zu wollen? Ja, am 12. März 1982. Ein 19-jähriger Nikaraguaner soll wiedergutmachen, was bis jetzt — ohne Ausnahme — in die Hose ging. „Ausgebildet in Kuba“ und „nach El Salvador geschickt von der Regierung Nikaraguas“ — soll er der Weltöffentlichkeit vor der Kamera weismachen. So hatten es ihm die Folterknechte des Regimes in El Salvador ein Jahr lang eingetrichtert. Mit der Alternative: Aussagen oder Sterben.

Im Büro des Sprechers beim US-Außenministerium, Dean Fisher, sind die Kameras auf ihn gerichtet. „Es ist alles nicht wahr“, sagt er. „Man hat mich gefoltert“; er zeigt auf die Narbe neben dem Ohr. „Ich wurde nirgendwo ausgebildet. Ich war auch nicht Soldat der sandinistischen Volksarmee und hatte keinerlei Verbindung zur revolutionären Regierung in Managua.“ Und dann fügt er hinzu: „Da ich nun etwas anderes gesagt habe, als Sie wollten, weiß ich, was mich erwartet... Ich weiß, in wessen Händen ich mich befinde... (Dem Töd) sehe ich gefaßt ins Auge.“ Mr. Fisher verschlägt's die Sprache. Die ganze Welt ist Zeuge der Blamage. Was bleibt dem US-Außenministerium anderes übrig, als den mutigen 19-jährigen nach Nikaragua ausreisen zu lassen!

Peter García